

BEGRÜNDUNG [gem. § 2a BauGB]

zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Gl Wrexen“

Stadt Diemelstadt

Erweiterung der Industrieflächen zur Optimierung der Betriebsabläufe



- 25.11.2022 -

KURZFASSUNG

Die Firma Smurfit Kappa Wrexen Paper & Board möchte ihren Betrieb erweitern und optimieren, um den aktuellen Markterfordernissen Rechnung tragen zu können. Dazu beabsichtigt das Unternehmen im Zentrum des Betriebsgeländes die Betriebsflächen, hauptsächlich für die Lagerung von Papierballen, zu erweitern. Diesem Vorhaben stehen im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzte Kompensationsmaßnahmen entgegen, die nunmehr verlagert werden müssen. Für die Erreichbarkeit der zusätzlichen Betriebsflächen ist eine Teil-Überbauung des Fließgewässers „Orpe“ südlich der Betriebsfläche im Bereich „*Unter der Mißgunst*“ erforderlich.

Die Stadt Diemelstadt beabsichtigt den Bebauungsplan zur Förderung der privaten Initiative zum Erhalt und der Schaffung neuer Arbeitsplätze unter Wahrung kommunaler und öffentlicher Interessen zu ändern, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die industrielle Erweiterung zu schaffen. Mit der Änderung des Bebauungsplanes soll der Bedeutung des Planvorhabens für die Stadt Diemelstadt Rechnung getragen werden, da die ortsansässigen Papierfabriken seit mehr als 100 Jahren ein wesentliches Standbein der Wirtschaft in der Stadt Diemelstadt darstellen. Smurfit Kappa Wrexen Paper & Board GmbH beschäftigt aktuell circa 300 Mitarbeiter am Standort Wrexen.

Durch die Änderung des Bauleitplans soll die städtebauliche Entwicklung und Ordnung gesichert werden, welche durch rechtsverbindliche Festsetzungen gewährleistet wird. Daher ist es die Aufgabe der Planung, die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Kommune nach Maßgabe des Baugesetzbuches (BauGB) planungsrechtlich zu sichern.

INHALTSVERZEICHNIS

	Abbildungsverzeichnis	7
	Abkürzungsverzeichnis	7
1	Allgemeine Ziele und Zwecke der Planung	9
	1.1 Planungsanlass und Planerfordernis.....	9
	1.2 Räumlicher Geltungsbereich	9
	1.3 Alternative Standortüberprüfung	11
2	Ausgangssituation	12
	2.1 Darstellung in übergeordneten Planungen	12
	2.1.1 Regionalplan Nordhessen 2009	12
	2.1.2 Landschaftsrahmenplan Nordhessen 2000	14
	2.1.3 Flächennutzungsplan der Stadt Diemelstadt	14
	2.1.4 Inhalte informeller Planungen	15
	2.2 Rahmenbedingungen	16
	2.2.1 Schutzgebiete nach dem Naturschutzrecht.....	16
	2.2.2 Schutzgebiete nach dem Wasserhaushaltsgesetz	16
	2.2.3 Bodenschutzrelevante Aspekte	17
	2.2.4 Denkmalschutzrechtliche Aspekte.....	17
3	Planungskonzept.....	18
	3.1 Ziele und Zwecke der Planung	18
	3.1.1 Ziel der Planung.....	18
	3.1.2 Zweck der Planung	18
	3.2 Planinhalt	19
	3.2.1 Verkehrliche Erschließung.....	19
	3.2.2 Technische Erschließung	19
	3.3 Erläuterung der Planung	19
	3.4 Öffentliche Belange	23
	3.4.1 Wasser.....	23
	3.4.2 Naturschutz	25
	3.4.3 Netzbetreiber.....	27
	3.4.4 Verkehr	29
	3.5 Begründung der Festsetzungen	31
	3.5.1 Bauplanungsrechtliche Festsetzungen.....	31
	3.5.2 Bauordnungsrechtliche Festsetzungen	37
4	Auswirkungen der Planung.....	38
	4.1 Soziale Auswirkungen	38
	4.2 Stadtplanerische Auswirkungen.....	38
	4.3 Infrastrukturelle Auswirkungen.....	38
	4.3.1 Technische Infrastruktur	38

4.3.2 Soziale Infrastruktur.....	38
4.3.3 Verkehrliche Infrastruktur	38
4.3.4 Umweltrelevante Auswirkungen.....	39

VORBEMERKUNGEN

Den Kommunen muss gemäß Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 137 Abs. 2 Hessische Verfassung und § 1 Abs. 1 Hessische Gemeindeordnung das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieser Selbstverwaltungshoheit der Kommune unterliegt auch die Aufstellung von Bauleitplänen (Flächennutzungspläne, Bebauungspläne) gemäß § 2 BauGB.

Ziel der Bauleitplanung ist die Vorbereitung und Sicherung der baulichen und sonstigen Nutzungen von Grundstücken nach Maßgabe des Baugesetzbuches, der Baunutzungsverordnung sowie der jeweiligen Landesgesetze.

Das Verfahren zur Aufstellung eines verbindlichen Bauleitplanes wird gemäß Baugesetzbuch in zwei Verfahrensschritten durchgeführt. Zunächst ist die Öffentlichkeit möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten. Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind ebenfalls frühzeitig zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufzufordern.

An die Unterrichtung und Erörterung schließt sich das Verfahren zur formellen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden an. Die Erörterung der Planung kann zu einer Änderung der Planung führen.

Der unter Umständen geänderte Planinhalt ist mit der Begründung und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen für die Dauer einer gesetzlich bestimmten Frist auszulegen und der Öffentlichkeit die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind ebenfalls zu unterrichten und zur Äußerung aufzufordern. Die Bauleitpläne benachbarter Gemeinden sind aufeinander abzustimmen.

Die vorgetragenen privaten und öffentlichen Belange sind gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Das Ergebnis ist mitzuteilen. Die Gemeinde beschließt den Bebauungsplan als Satzung. Dem Bauleitplan ist eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB sowie eine zusammenfassende Erklärung beizufügen.

Die konkreten Verfahrensschritte sind im Planteil in den Aufstellungs- und Verfahrensvermerken dargestellt. Der Stand des Verfahrens ist dort abzulesen.

Diemelstadt, 25. November 2022

1 Allgemeine Ziele und Zwecke der Planung

1.1 Planungsanlass und Planerfordernis

Die Firma Smurfit Kappa Wrexen Paper & Board möchte ihren Betrieb erweitern und optimieren, um den aktuellen Markterfordernissen Rechnung tragen zu können. Dazu beabsichtigt das Unternehmen im Zentrum des Betriebsgeländes die Betriebsflächen, hauptsächlich für die Lagerung von Papierballen, zu erweitern. Diesem Vorhaben stehen im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzte Kompensationsmaßnahmen entgegen, die nunmehr verlagert werden sollen. Für die Erreichbarkeit der zusätzlichen Betriebsflächen ist eine Teil-Überbauung des Fließgewässers „Orpe“ südlich der Betriebsfläche im Bereich „*Unter der Mißgunst*“ erforderlich.

Die Stadt Diemelstadt beabsichtigt den Bebauungsplan zur Förderung der privaten Initiative zum Erhalt und der Schaffung neuer Arbeitsplätze unter Wahrung kommunaler und öffentlicher Interessen zu ändern, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die industrielle Erweiterung zu schaffen. Mit der Änderung des Bebauungsplanes soll der Bedeutung des Planvorhabens für die Stadt Diemelstadt Rechnung getragen werden, da die ortsansässigen Papierfabriken seit mehr als 100 Jahren ein wesentliches Standbein der Wirtschaft in der Stadt Diemelstadt darstellen. Smurfit Kappa Wrexen Paper & Board beschäftigt aktuell circa 300 Mitarbeiter am Standort Wrexen.

1.2 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der verfahrensgegenständlichen Flächen befindet sich im Stadtteil Wrexen der Stadt Diemelstadt. Der Stadtteil schließt direkt an die Landesgrenze zu Nordrhein-Westfalen an. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 18 „*GI Wrexen*“ liegt westlich des Stadtteils Wrexen, nördlich der Landesstraße 3438 (Orpethaler Straße) und umfasst das Betriebsgelände der beiden Firmen Smurfit Kappa und Sprick.



Abbildung 1.1 Räumlicher Geltungsbereich

1.3 Alternative Standortüberprüfung

Im Sinne der nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung zum Schutz der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Güter ist die Auswahl eines geeigneten Standortes ein entscheidender Faktor. Das hier gegenständliche Planverfahren umfasst die Flächen eines bestehenden Betriebs und soll eine Erweiterung dessen sichern.

Die Lage des Betriebs zwischen der vorhandenen Wohnbebauung des Stadtteils Wrexen und der Diemelaue ist aufgrund der Betriebsabläufe der papierverarbeitenden Industrie historisch gewachsen. Das für die Produktion erforderliche Wasser kann einem Kanal, der ursprünglich für den Betrieb von Wassermühlen angelegt wurde, entnommen werden. Die besondere Lage ist aufgrund der umgebenden Strukturen ein limitierender Faktor für potentielle Expansionen.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Stadt Diemelstadt der ansässigen Firma eine Möglichkeit zur Erweiterung der Betriebsflächen unter Wahrung kommunaler und öffentlicher Interessen zu eröffnen, ohne eine Standortverlagerung auszulösen. Alternative Standorte für das Planungsvorhaben sind im Kontext der Ausgangssituation und Zielsetzung weniger geeignet, die Ausweisung am Ort des Bestandes stellt die bestmögliche Lösung dar.

2 Ausgangssituation

Für die Umsetzung der Planungsziele ist eine detaillierte Darstellung der Inhalte der Bestandsaufnahme in der Begründung erforderlich. Neben den in diesem Kapitel beschriebenen Rahmenbedingungen wird die vorhandene Ausgangssituation zusätzlich in Kapitel 2 des nach § 2 Abs. 4 BauGB beigefügten Umweltberichts ausführlich beschrieben. Die verfahrensgegenständlichen Flächen befinden sich in privatem Eigentum.

2.1 Darstellung in übergeordneten Planungen

2.1.1 Regionalplan Nordhessen 2009

Der Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und seine Teilräume sind durch Raumordnungspläne, durch raumordnerische Zusammenarbeit und durch Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern.¹ Hierfür hat die oberste Landesplanungsbehörde auf Grundlage von § 4 HLPG den Regionalplan Nordhessen 2009 beschlossen.

Bauleitpläne sind gemäß § 1 Abs. 4 BauGB den Zielen der Raumordnung anzupassen. Dabei unterscheidet das Raumordnungsgesetz in § 3 Abs. 1 ROG zwei verschiedene Arten von Festlegungen.

Grundsätze der Raumordnung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG

Die Beurteilung der Grundsatzfestlegungen umfasst gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG allgemeine Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes als Vorgaben für nachfolgende Abwägungs- und Ermessensentscheidungen. Die Grundsätze der Raumordnung sind in sogenannten „Vorbehaltsgebieten“ planzeichnerisch festgelegt. Ein „Vorbehaltsgebiet“ ist ein Gebiet, welches bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen vorbehalten bleiben soll, dem bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist.

Ziele der Raumordnung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG

Zielfestlegungen sind gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmbar, vom Träger des Landes- oder der Regionalplanung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegung in

¹ § 1 Aufgabe und Leitvorstellung der Raumordnung

Der Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und seine Teilräume sind durch Raumordnungspläne, durch raumordnerische Zusammenarbeit und durch Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern. Dabei sind unterschiedliche Anforderungen an den Raum aufeinander abzustimmen und die auf der jeweiligen Planungsebene auftretenden Konflikte auszugleichen, Vorsorge für einzelne Nutzungen und Funktionen des Raums zu treffen. Leitvorstellung bei der Erfüllung der Aufgabe nach Absatz 1 ist eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen führt. Die Entwicklung, Ordnung und Sicherung der Teilräume soll sich in die Gegebenheiten und Erfordernisse des Gesamtraums einfügen; die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamtraums soll die Gegebenheiten und Erfordernisse seiner Teilräume berücksichtigen (Gegenstromprinzip).

Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes. Ziele der Raumordnung sind gemäß § 4 Abs. 1 ROG bei raumbedeutsamen Planungen zu beachten. Die Ziele der Raumordnung sind in sogenannten „Vorranggebieten“ planzeichnerisch festgelegt. In dem „Vorranggebiet“ sind bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen, was andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen in diesem Gebiet ausschließt, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind. „Vorranggebiete“ lösen nach § 1 Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) für die gemeindliche Bauleitplanung eine Anpassungspflicht aus.²

Der Regionalplan 2009 legt für den überwiegenden Geltungsbereich ein *"Vorranggebiet für Industrie und Gewerbe Bestand"* sowie ein Symbol mit der Bezeichnung *"Kläranlage Bestand"* fest.

Ziel FÜNF zu den Industrie- und Gewerbegebieten bzw. den regionalen Logistikzentren führt aus, dass der Bedarf für die Eigenentwicklung (Bedarf für ortsansässiges Gewerbe durch Erweiterung und Verlagerung) [...] in dem jeweiligen Ortsteil in den *"Vorranggebieten für Industrie und Gewerbe Bestand"* [...] gedeckt werden soll. Die im Regionalplan festgelegten Ziele finden durch die vorliegende Planung Beachtung; den Erfordernissen der Raumordnung wird entsprochen. Die städtebaulichen, denkmal- und landschaftspflegerischen sowie die umwelt- und naturschutzfachlichen Belange werden bei der Planung berücksichtigt.

Der Bereich nördlich des Dammes ist als *"Vorranggebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz"* festgesetzt, da es sich um das Abfluss- und Überschwemmungsgebiet der Diemel bei einem 100-jährigen Hochwasserereignis handelt. Gemäß den Forderungen des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Hessischen Wassergesetzes (HWG) sind diese Flächen vor baulicher Inanspruchnahme zu schützen.

Die Bereiche südlich der öffentlichen Straßenverkehrsfläche dienen dem Ausgleich der Eingriffe in Natur und Landschaft. Die Flächen werden im Flächennutzungsplan als *"Flächen für die Landwirtschaft"* dargestellt, eine Änderung erfolgt nicht.

Der überwiegende Teil der Fläche des Grundstücks (Gemarkung Wrexen, Flur 17, Flurstück 14/1) ist als *"Vorbehaltsgebiet für Forstwirtschaft"* festgelegt. Ein Teilbereich im Süden des Grundstücks ist als *"Vorranggebiet für Landwirtschaft"* festgelegt. Die Grundstücke mit der Bezeichnung: Gemarkung Wrexen, Flur 17, Flurstücke 12 und 13 sind als *"Vorranggebiet für Landwirtschaft"* festgelegt.

Da die Flächen, die im RPN 2009 als *"Vorranggebiet für Landwirtschaft"* dargestellt sind, im Flächennutzungsplan weiterhin als *"Flächen für die Landwirtschaft"* ausgewiesen und als solche genutzt werden, besteht diesbezüglich eine Zielkonformität mit dem RPN 2009. Flächen, die im RPN 2009 als *"Vorbehaltsgebiet für Forstwirtschaft"* festgelegt sind, sind für Aufforstung oder Sukzession vorgesehen. Da die angestrebte Nutzung eine spätere Waldneuanlage jedoch nicht ausschließt, stehen auch diesbezüglich keine Festlegungen des RPN entgegen.

² Die Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen.

2.1.2 Landschaftsrahmenplan Nordhessen 2000

Der räumliche Geltungsbereich befindet sich in der naturräumlichen Haupteinheit „*Westthessisches Berg- und Beckenland*“, welches sich weiter naturräumlich in die Unterkategorien „*Westhessisches Berg- und Senkenland*“, und „*Ostwaldecker Randsenken*“ gliedern lässt.

Das „*Westthessisches Berg- und Senkenland*“ setzt sich auf kleinem Raum aus einer Vielfalt aus Formengesellschaften zusammen. Kern ist die vom „*Kasseler Becken*“ im Norden bis zur „*Oberhessischen Schwelle*“ im Süden reichende „*Westthessische Senke*“. Sie besteht aus einer Vielzahl von kleinen, lößbedeckten Ausräumungs- und Einbruchsbecken. Diese werden durch flache Schwellen getrennt. Häufig durchbrechen kleine Basaltschlote die Oberfläche. Sie geben mit ihren Kuppen und Kegeln der Landschaft ein besonderes Gesicht.

Die Bergländer Nordwestthessens sind nach ihrer geologisch-morphologischen Charakteristik entweder dem „*Osthessischen Bergland*“ zuzuordnen, wie das „*Waldecker Tafelland*“, seine „*Randsenken*“, der „*Burgwald*“ und die „*Oberhessische Schwelle*“, oder aber dem „*Rheinischen Schiefergebirge*“, wie der „*Kellerwald*“. Das recht vielfältig gestaltete „*Habichtswälder Bergland*“ lässt sich am ehesten mit Teilen der „*Kuppenrhön*“ vergleichen.

Die „*Ostwaldecker Randsenken*“ sind ein klimatisch trockener, vorwiegend offener Senkenzug, welche einem geologisch vielfältigen, hauptsächlich mesozoischen Aufbau (hauptsächlich Muschelkalk, sonst Buntsandstein) unterliegt. Bodenplastisch erscheint die „*Ostwaldecker Randsenke*“ in ihrem mittleren und nördlichen Teil als ein trogförmig zwischen „*Waldecker Wald*“ und „*Habichtswälder Bergland*“ eingesenkter, vorwiegend offener Landstrich von 200 bis über 300 Meter ü. NN mit einzelnen, bis 500 Meter hohen Kegelbergen und Kuppen. Die „*Ostwaldecker Randsenke*“ ist ein vorwiegend offener, waldfreier und ackerbaulich genutzter Senkenzug mit kleingegliedeter Boden- und Standortvielfalt.

Die Karte Zustand und Bewertung des Landschaftsrahmenplans Nordhessen 2000 beschreibt für die räumlichen Geltungsbereiche einen bebauten Bereich mit einer Größe von > 50 ha. Die Entwicklungskarte des Landschaftsrahmenplans Nordhessen 2000 legt für die räumlichen Geltungsbereiche des Bauleitplans keinerlei schutzgebietsrelevante Entwicklungsabsichten fest.

2.1.3 Flächennutzungsplan der Stadt Diemelstadt

Die Stadt Diemelstadt stellt für das gesamte Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde durch den in den Grundzügen rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Diemelstadt dar.

Die für die Bebauung vorgesehenen Flächen des räumlichen Geltungsbereiches werden nach der allgemeinen Art ihrer baulichen Nutzung als „*Gewerbliche Bauflächen*“ dargestellt. Zwei Teilbereich werden gem. § 5 Abs. 5 BauGB als „*Grünfläche*“ dargestellt.

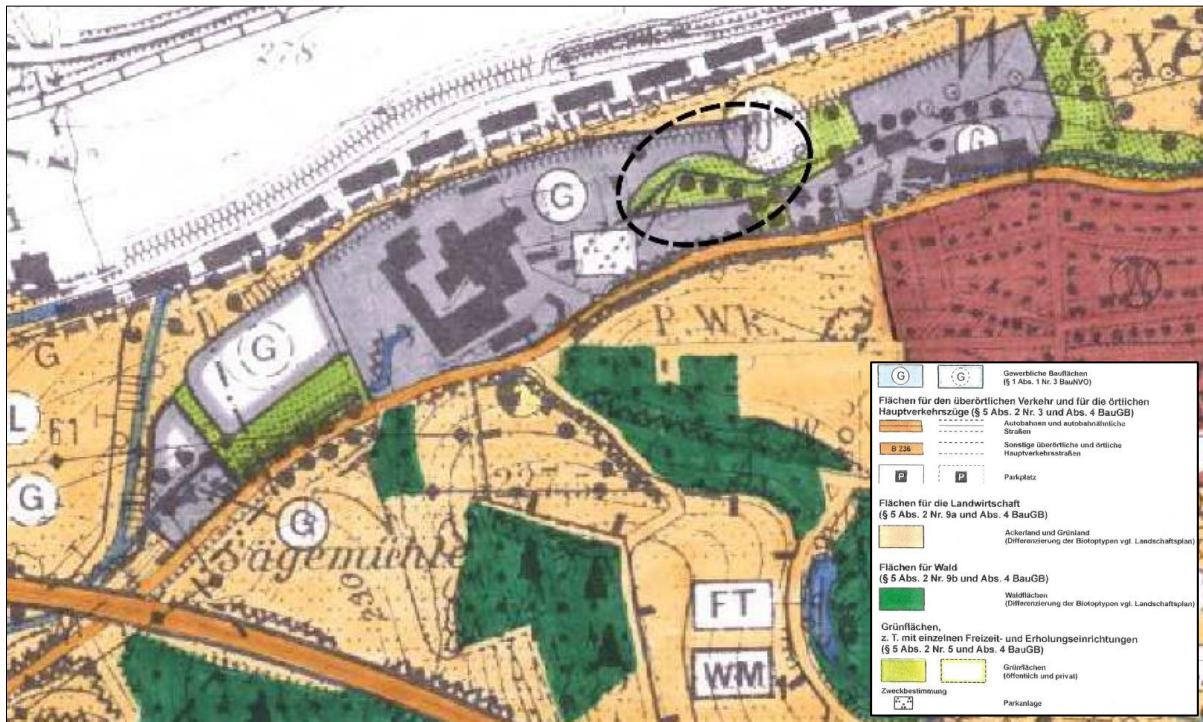


Abbildung 2.1 Darstellung im Flächennutzungsplan

Nördlich des räumlichen Geltungsbereiches sind „Flächen für den Hochwasserschutz“ in Form eines „Überschwemmungsgebietes“ dargestellt.

Die Bereiche südlich der öffentlichen Straßenverkehrsfläche dienen dem Ausgleich der Eingriffe in Natur und Landschaft. Die Flächen werden im Flächennutzungsplan als „Flächen für die Landwirtschaft“ und „Waldflächen“ dargestellt. Da die mit der 3. Änderung des Bebauungsplanes „GI Wrexen“ beabsichtigte besondere Art der baulichen Nutzung („Industriegebiet“) von der rechtswirksamen allgemeinen Art der baulichen Nutzung („Grünflächen“) abweicht, wird den gesetzlichen Vorgaben nicht entsprochen.

Um dem Gebot des § 8 Abs. 2 BauGB, wonach Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln sind, Rechnung tragen zu können, wird gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „GI Wrexen“ auch der Flächennutzungsplan geändert. Gem. § 8 Abs. 3 BauGB kann mit der Änderung eines Bebauungsplans gleichzeitig auch der Flächennutzungsplan aufgestellt, geändert oder ergänzt werden. Es handelt sich hierbei um die 15. Änderung des Flächennutzungsplanes. Durch die Änderung des Flächennutzungsplanes soll eine Änderung der Darstellung als „Grünfläche“ in eine Darstellung als „Gewerblichen Bauflächen“ erfolgen.

2.1.4 Inhalte informeller Planungen

Informelle Planungen, die dem Bebauungsplan zu Grunde zu legen sind, liegen nicht vor.

2.2 Rahmenbedingungen

2.2.1 Schutzgebiete nach dem Naturschutzrecht

Schutzgebiete entsprechend des Bundesnaturschutzgesetzes und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz werden durch die geplante Änderung des Bebauungsplanes nicht beeinträchtigt. FFH- Gebiete und Vogelschutzgebiete gem. Europäischer Vogelschutzrichtlinie sind kein Bestandteil der räumlichen Geltungsbereiche.

2.2.2 Schutzgebiete nach dem Wasserhaushaltsgesetz

In den räumlichen Geltungsbereichen sind keine Trinkwasser- oder Heilquellenschutzgebiete betroffen.

Innerhalb und angrenzend an den räumlichen Geltungsbereich befindet sich das festgesetzte Überschwemmungsgebiet der Diemel. Nach § 78 Abs. 1 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) in der derzeit gültigen Fassung ist die Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich in Bauleitplänen oder in sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch untersagt.

Zusätzlich verlaufen im nördlichen Teilbereich des räumlichen Geltungsbereiches die Überflutungsgrenzen eines hundertjährigen Hochwasserereignisses (HQ₁₀₀) sowie die Überflutungsgrenzen eines extremen Hochwasserereignisses (HQ_{Extrem}) außerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebiets. Diese Überflutungsgrenzen werden als Risikogebiet außerhalb von Überschwemmungsgebieten bezeichnet und sind im Hochwasserrisikomanagementplan „*Diemel / Weser*“ dargestellt. Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten sind nach § 78 b Abs. 1 WHG Gebiete, für die nach § 74 Abs. 2 WHG Gefahrenkarten zu erstellen sind und die nicht nach § 76 Abs. 2 oder Abs. 3 WHG als Überschwemmungsgebiete festgesetzt oder vorläufig gesichert sind. Bei der Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich sowie bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen für nach § 30 Abs. 1 und 2 oder nach § 34 des Baugesetzbuches zu beurteilende Gebiete außerhalb von festgesetzten Überschwemmungsgebieten sind insbesondere der Schutz von Leben und Gesundheit und die Vermeidung erheblicher Sachschäden in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 des Baugesetzbuches zu berücksichtigen.

Das Fließgewässer „*Orpe*“ durchquert den räumlichen Geltungsbereich. Die „*Orpe*“ ist ein Hauptzufluss der Diemel, die den Westteil des Stadtgebietes von Süd nach Nord zerschneidet. Laut Gewässergütekarte von Hessen ist die „*Orpe*“ in weiten Bereichen mäßig belastet; zwischen der Einmündung der „*Keckenbicke*“ und dem Ortsrand von „*Orpethal*“ gilt die „*Orpe*“ als gering belastet. Eine Eingrünung der „*Orpe*“ ist in weiten Bereichen mit standort-typischen Ufergehölzen wie Weiden und Erlen geschlossen vorhanden; auch Obstbäume wie die Kirsche kommen im Auegebiet vor; relativ selten sind Eichen eingestreut.

Südlich von „*Orpethal*“ bis hin zur Einmündung in die „*Diemel*“ sind die Ufer der „*Orpe*“ nur gering mit Gehölzen bestückt. Das Flussbett ist in weiten Bereichen teilbegradigt.

Westlich des räumlichen Geltungsbereiches gabelt sich die „Orpe“. Der westliche Strom mündet in die „Diemel“. Der östliche Strom wird durch eine Wehranlage reglementiert. Das begradigte Flussbett ist durch zahlreiche Überbauungen in weiten Teilen segmentiert.

Gemäß § 38 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts in Verbindung mit § 23 Hessisches Wassergesetz sind die Errichtung oder wesentliche Änderung von baulichen und sonstigen Anlagen, soweit sie nicht standortgebunden oder wasserwirtschaftlich erforderlich sind und die Ausweisung von Baugebieten durch Bauleitpläne oder sonstige Satzungen nach dem Baugesetzbuch verboten.

2.2.3 Bodenschutzrelevante Aspekte

In den räumlichen Geltungsbereichen des Bauleitplans sind keine Altlasten zu erwarten. Durch die Planung werden bislang überwiegend unversiegelte Flächen in Anspruch genommen. Diese besitzen hinsichtlich ihrer Bodenfruchtbarkeit geringe bis mittlere Wertigkeit, für spezialisierte und schutzwürdige Pflanzengesellschaften haben die im Plangebiet vorkommenden Böden eine mittlere Bedeutung.

2.2.4 Denkmalschutzrechtliche Aspekte

Innerhalb der räumlichen Geltungsbereiche befinden sich keine geschützten Natur-, Bau- oder Bodendenkmäler.

3 Planungskonzept

3.1 Ziele und Zwecke der Planung

3.1.1 Ziel der Planung

Die Stadt Diemelstadt beabsichtigt mit der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „*GI Wrexen*“ die planungsrechtliche Sicherung einer Industriefläche zur Betriebsoptimierung und -erweiterung der Firma Smurfit Kappa Wrexen Paper & Board GmbH zu fördern. Dazu sollen im Zentrum des Betriebsgeländes Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft in Industrieflächen umgewandelt werden. Die festgesetzten Kompensationsmaßnahmen sollen räumlich verlagert werden. Für die Erreichbarkeit der zusätzlichen Industrieflächen soll eine weitere Teil-Überbauung des Fließgewässers „*Orpe*“ durchgeführt werden.

Durch die 3. Änderung des Bebauungsplans soll ein Stadtstraßenanschluss neben einer bestehenden Zufahrt (öffentliche Verkehrsfläche) planungsrechtlich gesichert werden. Aufgrund geänderter Entwicklungsabsichten soll der bestehende Stadtstraßenanschluss nicht mehr gebaut werden, sodass die öffentlichen Straßenverkehrsflächen mit Ausnahme der Flächen des bestehenden Brückenbauwerks zurückgenommen werden sollen. Östlich der bestehenden, nicht mehr tragfähigen Brücke soll nun zur Sicherung der Gesamterschließung ein neuer Stadtstraßenanschluss planungsrechtlich gesichert werden. Diesem Vorhaben stehen im rechtskräftigen Bebauungsplan ebenfalls festgesetzte Kompensationsmaßnahmen entgegen, die ebenso verlagert werden sollen. Zugleich soll eine Freihaltefläche innerhalb der öffentlichen Straßenverkehrsfläche zur Anordnung eines übergeordneten Radverkehrsweges in die Planung integriert werden.

Da das Vorhaben dem Erhalt und der zusätzlichen Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen dient, beabsichtigt die Stadt Diemelstadt die private Initiative zur industriellen Entwicklung durch die Änderungen des Bebauungsplanes unter der Wahrung kommunaler und öffentlicher Interessen zu fördern.

3.1.2 Zweck der Planung

Durch die Änderung des Bauleitplans soll die städtebauliche Entwicklung und Ordnung gesichert werden, welche durch rechtsverbindliche Festsetzungen gewährleistet werden soll. Daher ist es die Aufgabe der Planung die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Kommune nach Maßgabe des Baugesetzbuches (BauGB) planungsrechtlich zu sichern. Durch die Änderung des Bauleitplans soll eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung und eine dem Wohl der Allgemeinheit entsprechende sozialgerechte Bodennutzung gewährleistet werden. Gleichzeitig soll die Planung dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.

3.2 Planinhalt

3.2.1 Verkehrliche Erschließung

Diemelstadt hat durch seine zentrale Lage in der Mitte Deutschlands eine überregionale Verkehrsanbindung. Vor allem durch den direkten Autobahnanschluss und die nahe gelegenen Autobahnen und Bundesstraßen (A 44 mit Anschlussstelle in Diemelstadt, A 33 Paderborn-Bielefeld-Osnabrück - ca. 20 Min., A 7 Hannover - Frankfurt - ca. 30 Min., B 252 Gießen – Ostwestfalen, B 68 Paderborn und B 7 Ruhrgebiet - Kassel – Eisenach) ist ein Anschluss an die umliegenden Oberzentren sichergestellt.

Ein Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr ist durch den „*ICE-Regionalbahnhof Warburg*“ (Westfalen) in circa 15 Kilometer Entfernung sichergestellt. Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches befindet sich die Haltestelle „*Diemelstadt-Wrexen Papierfabrik-Haupt*“. Die Haltestelle ist Gegenstand der Linie 526 „*Bad-Arolsen > Diemelstadt*“. Die örtliche Haltestelle ist gleichzeitig auch Haltepunkt des Anruf-Sammel-Taxis (AST). Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr werden durch die Planungen nicht hervorgerufen.

Die fußläufige Erschließung ist über die vorhandenen Stadtstraßen gesichert. Entlang der „*Orpethaler Straße*“ verläuft der „*Diemelradweg*“.

3.2.2 Technische Erschließung

Die technische Erschließung des Betriebs ist gesichert. Eine externe Erweiterung der Netze ist nicht erforderlich.

Die Abwasserbeseitigung ist durch die bestehende Abwasserbeseitigungsanlage generell sichergestellt. Hier ist aufgrund der zu versiegelnden Flächen ein zusätzliches Rückhaltevolumen zu schaffen, sodass eine Erweiterung des Pufferbeckens erforderlich wird. Die öffentlichen Straßenverkehrsflächen entwässern in das Kanalisationsnetz der Stadt Diemelstadt.

Eine geregelte Entsorgung der Abfälle ist durch die Stadt Diemelstadt gewährleistet bzw. wird durch den ansässigen Betrieb gemäß den Bestimmungen des Abfallrechtes erfolgen. Beeinträchtigungen der menschlichen Gesundheit durch ungeordnete Abfallentsorgung sind innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches der 3. Änderung des Bebauungsplanes nicht zu erwarten.

3.3 Erläuterung der Planung

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches soll eine vorhandene Kompensationsmaßnahme (rot gestrichelte Linie) verlagert werden, um die Möglichkeit zur Erweiterung der ortsansässigen Industrie zu eröffnen. Hierbei soll es sich primär um die Erweiterung der Lagerkapazitäten handeln.



Abbildung 3.1 Erweiterung des Industriegebietes / Verlagerung der Grünfläche

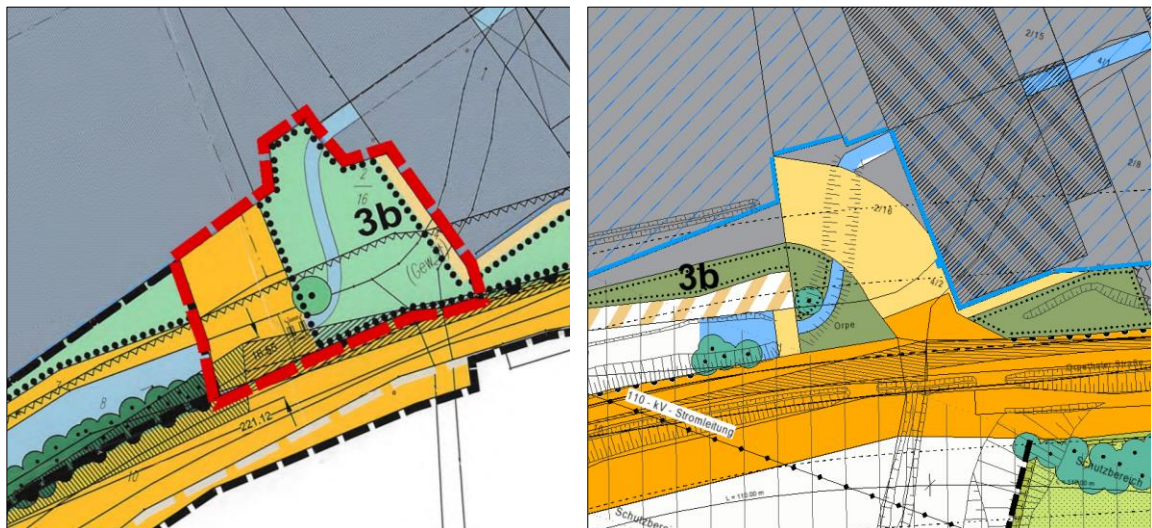
Die Fläche befindet sich östlich der bestehenden Kläranlage und grenzt an das Firmengelände der Firma Sprick GmbH & Co. | Werk Mitte. Die Fläche ist aufgrund der baurechtlichen Ausgangslage und der räumlichen Lage östlich der Abwasserbehandlungsanlage schwer zu erschließen. Daher soll die Fläche über das Fließgewässer „Mühlgraben“ in Form eines Brückenbauwerks erschlossen werden.

Westlich der bestehenden Betriebsgebäude soll ein neuer Stadtstraßenanschluss planungsrechtlich gesichert werden (Abbildung 4.1). Hierdurch soll die verkehrliche Erschließung des Betriebsgeländes neu geregelt und gesichert werden. Durch den Bebauungsplan sollen ausschließlich drei Zu-/Ausfahrten zum Betriebsgelände zulässig sein.

1. Der durch die 3. Änderung des Bebauungsplanes beabsichtigte Stadtstraßenanschluss befindet sich räumlich im direkten Anschluss an eine bestehende Zufahrt (öffentliche Verkehrsfläche), die im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplanes planungsrechtlich gesichert werden sollte. Aufgrund der fehlenden Flächenverfügbarkeit und der nunmehr geänderten Entwicklungsabsichten soll der bestehende Stadtstraßenanschluss nicht mehr gebaut werden, sodass die öffentlichen Straßenverkehrsflächen mit Ausnahme der Flächen des bestehenden Brückenbauwerks zurückgenommen werden sollen.

Mit Inbetriebnahme des neuen Stadtstraßenanschlusses sollen die sich aktuell in Betrieb befindenden östlichen Zufahrten entsprechend der bestehenden Festsetzungen im Bebauungsplan aufgegeben werden.

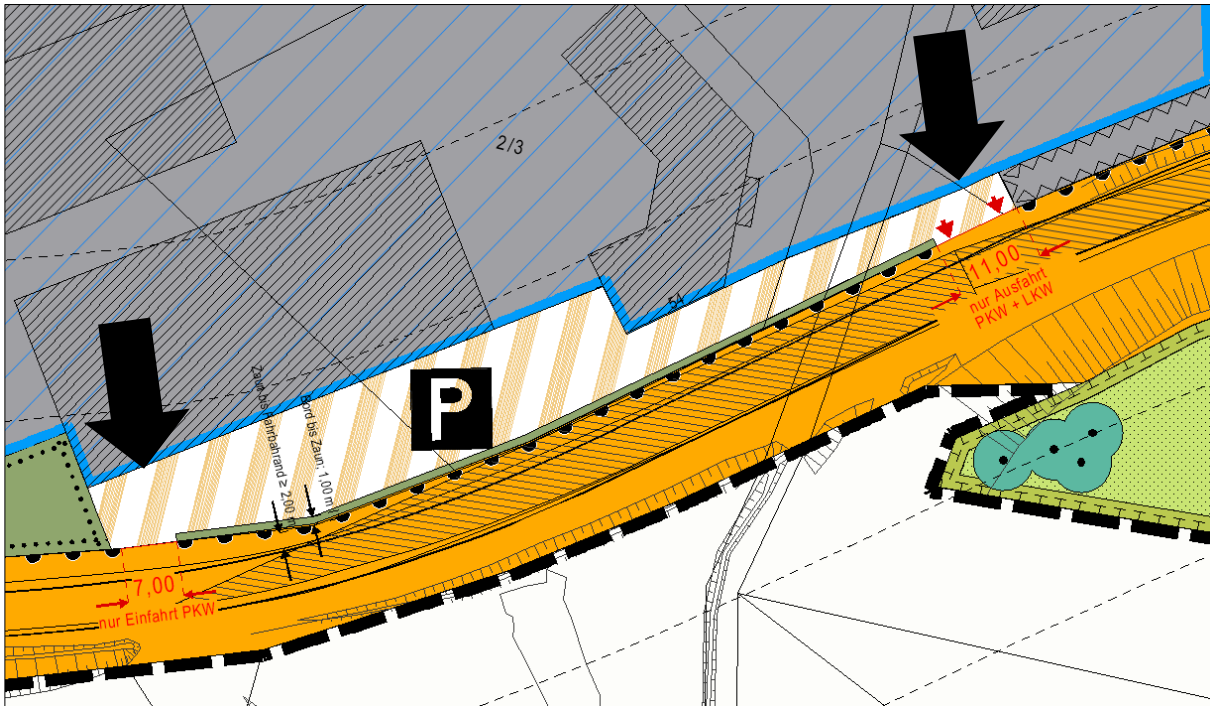
Der Stadtstraßenanschluss soll sowohl als Zufahrt als auch als Ausfahrt genutzt werden.



Abbildungen 4.1 Neuer Stadtstraßenanschluss

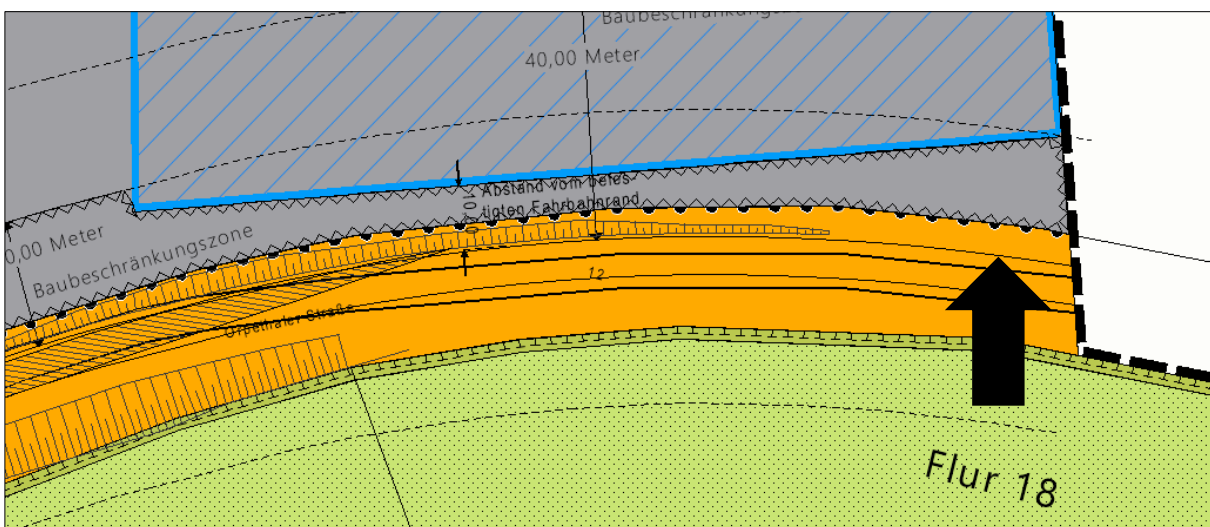
2. Im räumlichen Kontext des Verwaltungsgebäudes soll der vorhandene Parkplatz, bereits durch die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Gl Wrexen“ bauplanungsrechtlich gesichert, neu geordnet werden. Hierfür sollen im Rahmen der 3. Änderung des Bebauungsplanes Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung ausgewiesen werden. Das Konzept zum Parkplatz beinhaltet eine Zufahrt mit einer zulässigen Breite von maximal 7,0 Meter. Die Zufahrt („Einfahrt PKW“) soll ausschließlich dem motorisierten Individualverkehr dienen.
3. Östlich der Einfahrt für den motorisierten Individualverkehr wird eine 11,0 Meter breite Ausfahrt durch die Planzeichnung festgesetzt. Hierbei handelt es sich ausschließlich um eine Ausfahrt. Die Ausfahrt dient sowohl dem motorisierten Individualverkehr als auch dem Lastfahrzeugverkehr („Ausfahrt PKW + LKW“). Durch die Ausfahrt soll die Sicherheit und Leichtigkeit der innerbetrieblichen Verkehre verbessert werden. Dies bedeutet, dass

Lastfahrzeuge den Betrieb über den neuen Stadtstraßenanschluss erschließen und über einen Rundweg ihre Fracht abladen können bevor sie das Betriebsgelände über die Ausfahrt („Ausfahrt PKW + LKW“) verlassen.



Abbildungen 5.1 Zu- und Ausfahrten

Die sich aktuell in betrieb befindende östliche Zufahrt soll nach Inbetriebnahme des neuen Stadtstraßenanschlusses aufgegeben werden. Dies berücksichtigt der Bebauungsplan durch planzeichnerische Festsetzung.



Abbildungen 6.1 Planzeichnung – Rückbau der vorhandenen Erschließungsanlagen

Da die „Orpethaler Straße“ als Landesstraße Gegenstand eines Radwegenetzes ist, wird im Rahmen des Bauleitplanverfahrens der Ausbau eines Radweges planungsrechtlich vorbereitet.

Die Flächen sind in der öffentlichen Verkehrsfläche nach aktuellem Planungsstand vorgesehen. Die Landesstraße benötigt inklusive der Linksabbiegespur eine Breite von 15,0 Meter, für den Radweg und den Wegeseitengraben wurde eine Breite von 5,0 Meter angenommen. Die erforderlichen Böschungen wurden ebenfalls berücksichtigt.

3.4 Öffentliche Belange

3.4.1 Wasser

Zwischen der Diemel und dem Betriebsgelände der Smurfit Kappa Wrexen Paper & Board GmbH & Co.KG verläuft ein Hochwasserschutzdamm, der innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans liegt. Vorgesehen war eine räumliche Erweiterung des Hochwasserschutzdamms zu Gunsten des Industriegebietes und zur Entlastung der innerbetrieblichen Verkehre. Gemäß § 49 Abs. 1 Nr. 1 - 6 Hessisches Wassergesetz (HWG) in der derzeit gültigen Fassung ist an und auf Deichen und in einem Abstand von 5,0 Meter zum Deichfuß die Errichtung oder Erweiterung von baulichen Anlagen sowie die Verlegung von Leitungen, das Durchführen von Abgrabungen, die Vornahme von sonstigen Veränderung am Deichkörper oder sonstige Maßnahmen oder Verhaltensweisen, welche die Unterhaltung unmöglich machen oder wesentlich erschweren oder die Standsicherheit oder Verteidigung des Deichs beeinträchtigen oder zu einer sonstigen Beschädigung der Deiche führen können, verboten. Nach § 78 Abs. 1 WHG ist in festgesetzten Überschwemmungsgebieten die Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich in Bauleitplänen nach dem Baugesetzbuch untersagt. Das Baugebiet (Industriegebiet) ist an die Grenze des festgesetzten Überschwemmungsgebietes anzupassen.

Der Vorgabe wird im Rahmen des Bauleitplanverfahrens entsprochen, indem die räumliche Erweiterung des Hochwasserschutzdamms zu Lasten des Industriegebietes und der innerbetrieblichen Verkehre auf die bestehende Grenze des Hochwasserschutzgebietes zurückgenommen wird. Hierdurch soll dem Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) Rechnung getragen werden.

Bei der Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich sowie bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen für nach § 30 Abs. 1 und 2 oder nach § 34 des Baugesetzbuches zu beurteilende Gebiete außerhalb von festgesetzten Überschwemmungsgebieten sind insbesondere der Schutz von Leben und Gesundheit und die Vermeidung erheblicher Sachschäden in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 des Baugesetzbuches zu berücksichtigen.

Das Baugebiet befindet sich außerhalb der festgesetzten Überschwemmungsgebiete, weshalb grundsätzlich keine Beeinträchtigungen zu erwarten sind. Durch die Flächenversiegelung erhöht sich der Niederschlagswasserabfluss.

Grundsätzlich sind Anlagen zur Herstellung von Papier, Karton oder Pappe nach Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungspflichtig. Im Rahmen der Genehmigung ist der Nachweis zu erbringen, dass das anfallende Niederschlagswasser der versiegelten Flächen rückgehalten und durch die betriebseigene Abwasserbehandlungsanlage vor Einleitung in das Gewässer

behandelt werden kann. Da es sich bei dem Fließgewässer um einen Mühlengraben handelt, der einen konstanten Wasserstand besitzt, sind nachteilige Auswirkungen auf den Schutz von Leben und Gesundheit und die Vermeidung erheblicher Sachschäden nicht zu erwarten.

Aufgrund der eingegangenen Anregung soll die Dammkrone nicht mehr als Zuwegung dienen.

Das Gewässer „Orpe“ durchfließt den Geltungsbereich des Bebauungsplans und ist von den geplanten Änderungen betroffen. Auf dem Firmengelände soll der Mühlgraben, in den Verzeichnissen als Fließgewässer „Orpe“ deklariert, in dem räumlichen Geltungsbereich in Form von Brückenbauwerken teilüberbaut werden. Im westlichen Teilbereich des räumlichen Geltungsbereiches ist eine Zuwegung von der Landesstraße 3438 (Orpethaler Straße) zum Firmengelände geplant. Zwei weitere Brückenbauwerke mit einer Gesamtlänge von 82,5 Metern waren im östlichen Teilbereich des räumlichen Geltungsbereiches vorgesehen.

Gemäß 27 Abs. 1 Nr. 1 WHG sind oberirdische Gewässer so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung ihres ökologischen und ihres chemischen Zustands vermieden wird (Verschlechterungsverbot). Durch die Schließung der bisher offenen Gewässerabschnitte würde eine entsprechende Verschlechterung eintreten.

Im Rahmen der kommunalen Abwägung werden die Brückenbauwerke auf die minimal erforderlichen Bereiche beschränkt. Zusätzlich wird das Planungsrecht des bestehenden Stadtstraßenanschlusses im westlichen Teilbereich zurückgenommen. Um eine Verschlechterung des ökologischen und chemischen Zustands zu vermeiden, wird festgelegt, dass in das Gewässer bis zur Böschungsoberkante nicht eingegriffen werden darf.

Durch die im Nahbereich des Gewässers vorgesehenen Änderungsmaßnahmen wird der Gewässerrandstreifen der „Orpe“ beeinträchtigt. Der Gewässerrandstreifen besitzt gemäß § 38 WHG in Verbindung mit § 23 Abs. 1 HWG im Außenbereich eine Breite von zehn Metern und im Innenbereich im Sinne der §§ 30 und 34 des Baugesetzbuches eine Breite von fünf Metern, gemessen ab der Böschungsoberkante. Im Gewässerrandstreifen sind nach § 23 Abs. 2 Nr. 3 und 4 HWG die Errichtung oder wesentliche Änderung von baulichen und sonstigen Anlagen, soweit sie nicht standortgebunden oder wasserwirtschaftlich erforderlich sind und die Ausweisung von Baugebieten durch Bauleitpläne oder sonstige Satzungen nach dem Baugesetzbuch verboten.

Im Rahmen der kommunalen Abwägung wird der Bebauungsplan dahingehend angepasst, dass keine Baugebiete innerhalb des Uferrandstreifens ausgewiesen werden. Baugebiete werden gemäß § 1 Abs. 2 BauNVO als die für die Bebauung vorgesehenen Flächen nach der besonderen Art ihrer baulichen Nutzung (Baugebiete) festgelegt. Somit wird durch Festsetzung einer privaten Verkehrsfläche den Anforderungen entsprochen.

Bei den geplanten Brückenbauwerken (Errichtung oder wesentliche Änderung von baulichen Anlagen) auf dem Firmengelände handelt es sich um Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern nach § 36 Abs. 1 Nr. 1 WHG. Gemäß § 22 Abs. 1 S. 1 HWG bedarf die Errichtung oder wesentliche Änderung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern der Genehmigung, welche jedoch nur unter den in § 22 Abs. 1 Satz 2 HWG genannten Voraussetzungen erteilt werden darf. Die obere Wasserbehörde hat mit Schreiben vom 01.03.2021

mitgeteilt, dass dies auf die Erstellung den Stadtstraßenanschluss „*Orpethaler Straße*“ und die im östlichen Teilbereich des Bebauungsplanes vorgesehene Brückenbauwerke zutrifft.

3.4.2 Naturschutz

Seitens des Naturschutzes wird angeregt, dass es sich bei den zentralen Grünflächen es sich um die letzten Biotopverbundstrukturen zwischen der südl. der Orpethaler Straße (L3038) gelegenen offenen Feld-Gehölz-Landschaft und der nördlich des Gewerbegebietes angrenzenden, un bebauten Diemelaue handelt. Die Umweltprüfung (Vorentwurf) macht dazu keine Aussage. Die Artenschutzprüfung wird nicht durchgeführt. Demnach wird auch der unmittelbar südlich gelegene Traditionsnistplatz für Mehlschwalben und dessen Sicherungsanspruch auf den bestehenden Biotopverbund zur Diemelaue nicht berücksichtigt.

Vertiefende Untersuchungen sind nur im Falle von Anhaltspunkten für das Vorhandensein seltener oder gefährdeter Tier- oder Pflanzenarten erforderlich - ansonsten ist grundsätzlich eine überschlägige Abschätzung ausreichend, welche Arten in welchem Umfang betroffen sind.

Die betreffenden Flächen wurden in 2017 und 2020 aufgesucht. Bei den Geländebegehungen wurden keine Anhaltspunkte für das Vorhandensein seltener oder gefährdeter Tier- oder Pflanzenarten festgestellt, weshalb eine vertiefende Untersuchung nicht durchgeführt wurde.

Die Mehlschwalbe (*Delichon urbicum*) brütet in weiten Teilen ihres mitteleuropäischen Verbreitungsgebiets fast ausschließlich in dörflichen und städtischen Sekundärlebensräumen. Als europäische Vogelart gehört sie laut § 7 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zu den so genannten besonders geschützten Arten. Sie brütet meist an den Außenwänden von Gebäuden in Ortslage, so dass der Zusammenhang zwischen einem Eingriff an einem Gebäude und den davon betroffenen Brutstätten i. d. R. eindeutig hergestellt werden kann. Die Mehlschwalbe erfüllt darüber hinaus weitere Kriterien, die sie laut Runge et al. (2010) für eine vertiefte Betrachtung bei artenschutzrechtlichen Verfahren in Ortslagen qualifizieren: Sie ist ein Koloniebrüter, zeigt in vielen Regionen Deutschlands gegenwärtig einen negativen Bestandstrend und wurde in der Roten Liste der Brutvögel Deutschlands in Kategorie 3 als gefährdet eingestuft (Grüneberg et al. 2015; Schmolz 2017). Die Mehlschwalbe gehört somit zu den planungsrelevanten Tierarten im Rahmen der Eingriffsregelung. Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es bei nesttreuen Vogelarten, die wie die Mehlschwalbe alte Nester immer wieder nutzen bzw. neue Nester bevorzugt am selben Standort errichten, ganzjährig verboten, deren Nester bzw. Fortpflanzungsstätten zu beschädigen oder zu zerstören (Lukas, Petersen 2014).

Dem § 44 Abs. 1 BNatSchG wird durch die Entwicklungsabsichten der Stadt Diemelstadt entsprochen.

Die von der Unteren Naturschutzbehörde angeregten Traditionsnistplätze für Mehlschwalben befinden sich schwerpunktmäßig im historischen Ortskern. Hier sind einzelne Nistmöglichkeiten in der Hauptstraße, Ringstraße, Gartenstraße. Weitere traditionelle Nistplätze befinden sich an der Schule, der Kirche und den landwirtschaftlich genutzten Hofstellen. Ein Schwalbenhaus im Ortskern wird aktuell nicht angenommen. Die Nistplätze befinden sich daher nicht im räumlichen Kontext des Industriegebiets.

Durch die Lage der Nistplätze wird dem Verbot nach § 44 Abs. 2 BNatSchG wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören, entsprochen. Durch die Planung wird der Erhaltungszustand der lokalen Population der Mehlschwalbe daher nicht verschlechtert.

Zur Stützung der Population der Mehlschwalbe sind dennoch fünf artspezifische Nisthilfen an den baulichen Anlagen innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs anzubringen. Die montierten Kunstnester sollen lediglich als initiierende bzw. lenkende Maßnahme am gewählten Gebäudestandort den Anstoß für eine dauerhafte, sich selbst erhaltende Brutkolonie der Mehlschwalbe geben, in der es den Mehlschwalben auch möglich sein soll, eigene Nester („*Naturnester*“) zu bauen. Beim Anbringen der Nisthilfen ist zu beachten, dass eine ausreichende Entfernung des Anbringungsstandorts der Nisthilfen zu potenziellen Stör- und Gefahrenquellen sicherzustellen ist. Zusätzlich ist zu gewährleisten, dass ein freier Anflug sichergestellt ist (kein „Niedrigflug“ nötig, um Standort zu erreichen: Gefahr durch Prädation Hauskatze o. a.).

Die von der Unteren Naturschutzbehörde festgestellte Qualität der Biotopverbundfunktion der Grünfläche wird in Abrede gestellt. § 21 BNatSchG bezieht sich auf den Erhalt der oberirdischen Gewässer einschließlich ihrer Randstreifen, Uferzonen und Auen als Lebensstätten und Biotope für natürlich vorkommende Tier- und Pflanzenarten. Diese sind so weiterzuentwickeln, dass sie ihre großräumige Vernetzungsfunktion auf Dauer erfüllen können.

Der Mühlgraben, der in den Verzeichnissen als Fließgewässer „*Orpe*“ deklariert ist, besitzt einen deutlich herabgesetzten Wert. Das Fließgewässer gabelt sich westlich des räumlichen Geltungsbereiches, wobei der westliche Strom in die „*Diemel*“ mündet. Der östliche Strom wird durch eine Wehranlage reguliert. Das begradigte Flussbett ist durch zahlreiche Überbauungen in weiten Teilen segmentiert, eine biotopverbindende Struktur besteht durch die Überbauung und die Wehranlage nicht. Das Fließgewässer adaptiert den Charakter der umliegenden Industrielandschaft. Es durchfließt den Geltungsbereich in weiten Teilen verrohrt. Die vorhandene Gewässerstruktur wird in ihrer Gesamtbewertung mit einem sehr stark veränderten Erfüllungsgrad dargestellt. Die jeweiligen Parameter stellen eine sehr hohe Abweichung vom unbeeinflussten Naturzustand dar. Der ohnehin herabgesetzte ökologische Zustand des Gewässers wird durch die Maßnahmen nicht verschlechtert. Bei einer Überbauung des Gewässers durch Brückenbauwerke ist sicherzustellen, dass in die Uferbereichen des Gewässers bis zur Böschungsoberkante nicht eingegriffen wird.

Weiterhin sollen gemäß § 21 Abs. 6 BNatSchG auf regionaler Ebene die von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderliche lineare und punktförmige Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, erhalten und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, geschaffen werden (Biotopvernetzung). Die Ausgleichsmaßnahme (Extensivierung von ca. 6,5 Hektar Grünland) trägt zu diesem Grundsatz in einem umfangreichen Maß bei.

Die Untere Naturschutzbehörde hat angeregt, dass die Eingriffe überwiegend auf Kompensationsflächen von 1990 stattfinden und daher entsprechend ihres erwartungsgemäßen Entwicklungszustandes bewertet werden sollten. Dies gilt sowohl für die in der ursprünglichen und in

der 1. Änderungsfassung dargestellten Flächen 2 und 3b. Im Rahmen der kommunalen Abwägung wird der Anregung gefolgt.

Den Anregungen zur Vermeidung der Beeinträchtigung streng geschützter Arten der Fließgewässer (ggf. Reliktpopulation der Groppe) in den längeren zu überbauenden Gewässerabschnitten und streng geschützter Vogelarten bei der erforderlichen Beseitigung von Gehölzen wird durch textliche Festsetzung entsprochen.

Das nördlich des Hochwasserdammes angrenzende Hochwasserschutzgebiet wird aufgrund der vorgetragenen Anregungen von jeglichen Beeinträchtigungen freigehalten.

Um die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen sicherzustellen, wird eine vertragliche Vereinbarung mit den Grundstückseigentümern der Flächen, die mit einer Umgrenzung für Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft versehen sind, getroffen.

Die Auffassung der Unteren Naturschutzbehörde, dass die bisher noch nicht durchgeführten Kompensationsmaßnahmen als geschützte Lebensräume nach §30 BNatSchG zu bewerten sind, wird nicht gefolgt. Die Flächen liegen inmitten eines Industriegebietes. Mit den damit verbundenen Emissionen und Bewegungen sind ständige betriebsbedingte Wirkungen auf die angrenzenden Lebensräume verbunden. Es ist nicht zu erwarten, dass sich aufgrund dieser Emissionen dieser Teil von Natur und Landschaft eine besondere Bedeutung als Biotop ausübt.

Eine Registrierung des Biotops gem. § 30 Abs. 7 BNatSchG erfolgte nicht. Daher darf angenommen werden, dass das bauplanungsrechtliche Vorhandensein eines Biotops eine andere Anerkennung gegenüber tatsächlich ausgeprägten Biotopen besitzt.

3.4.3 Netzbetreiber

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes befindet sich innerhalb des Leitungsschutzbereiches der 110-kV-Hochspannungsfreileitung Abzweig Wrexen, LH-11-1168 (Mast 023-Portal 999).

Aufgrund der vorgetragenen Anregungen wurde ein Leitungsschutzbereich im Bebauungsplan festgesetzt. Die Netzbetreiberin Avacon Netz GmbH teilt folgende Hinweise mit:

Arbeiten und geplante Bauungen innerhalb des Leitungsschutzbereiches sind grundsätzlich im Detail mit uns abzustimmen. Innerhalb des Leitungsschutzbereiches ist die zulässige Arbeits- und Bauhöhe begrenzt. Eine Bauung im Leitungsschutzbereich ist zu vermeiden. Sollte eine Bauung nicht vermeidbar sein, sind die nach der hierfür festgelegten Norm vorgegebenen Mindestabstände zwingend einzuhalten. Die Arbeitshöhen unter Hochspannungsleitungen richten sich nach der hierfür festgelegten Norm.

Innerhalb der Leitungsschutzbereiche sind die zulässigen Arbeits- und Bauhöhen begrenzt. Arbeiten, Planungen innerhalb eines Streifens von 60,00 m Breite, je zur Hälfte von der Leitungsachse nach beiden Seiten gemessen, stimmen Sie bitte mit uns ab.

Für Bauungen im Leitungsschutzbereich von 110-kV-Hochspannungsleitungen sind unterschiedliche Mindestabstände zu den Leiterseilen einzuhalten. Bei der Ermittlung der Abstände

ist unter der Leitung der größte Durchhang und seitlich der Leitung das größtmögliche Ausschwingen der Leiterseile bei Wind anzunehmen. Dies hat zur Folge, dass innerhalb des Leitungsschutzbereiches nur eingeschränkte Bebauungen, Bodenlagerungen und Arbeitshöhen möglich sind.

Beim Betrieb von Hochspannungsanlagen entstehen elektrische und magnetische Felder. Die Grenzwerte unserer Hochspannungsanlagen werden nach der Bundesimmissionschutzverordnung (26. BimSchV, in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2013) eingehalten. Sollte Ihr geplantes Vorhaben Einfluss auf die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte haben, sind die dadurch entstehenden Kosten, z. B. durch betriebliche Anpassung bis hin zur Ertüchtigung unserer Leitung, von Verursacher zu tragen.

Der Einwirkungsbereich zur Einhaltung der Grenzwerte von elektrischen Anlagen ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder (26. BimSchVVwV, in der Fassung vom 26. Februar 2016) ergänzend zur 26. BImSchV geregelt und umfasst bei Freileitungen mit einer Spannung ab 110 kV einen Radius von 200,0 m um die jeweiligen elektrischen Anlagen.

Nach Abschluss der Baumaßnahme ist der Avacon Netz GmbH vom Antragsteller ein Nachweis zu erbringen, dass die Grenzwerte nach der 26. BimSchV und der 26. BimSchVVwV eingehalten werden.

Bei einer Änderung der Flurstücke (Teilungen, Zusammenlegungen o. Ä.) sind alle Rechte des alten Bestandes auf den neuen Bestand zu übernehmen. Dies trifft für alle Flurstücke zu, die sich im Leitungsschutzbereich unserer 110-kV-Hochspannungsfreileitung befinden. Für die betroffenen Grundstücke ist eine neue Dienstbarkeit nach aktuellem Stand abzuschließen.

Bei Dachkonstruktionen und -eindeckungen aus leitenden Baustoffen ist vom Bauherrn ein Fachmann zur Durchführung eventuell notwendiger Erdungsmaßnahmen hinzuzuziehen. Die Kosten dieser Maßnahme sind vom Verursacher zu tragen. Dieser Punkt gilt auch hinsichtlich der möglichen Beeinträchtigung von elektronischen Geräten wie Computern usw.

Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass mit Vogelkot sowie bei ungünstigen Witterungsverhältnissen mit Eisabwurf von den Leiterseilen unserer 110-kV-Hochspannungsfreileitung zu rechnen ist. Für solche natur- und witterungsbedingten Schäden wird von unserer Seite keine Haftung übernommen.

An unseren 110-kV-Hochspannungsfreileitungen können bei bestimmten Witterungsverhältnissen (Wind, Regen, Nebel oder Raureif) Geräusche/Koronaentladungen entstehen. Diese sind anlagenbedingt nicht vermeidbar und führen zu keinem Anspruch gegen die Avacon Netz GmbH.

Abgrabungen an den Maststandorten dürfen nicht vorgenommen werden. Sollten innerhalb eines Sicherheitsabstandes von 10,0 m um einen Maststandort Abgrabungsarbeiten erforderlich werden, so sind diese mit uns im Detail abzustimmen.

Die Maststandorte müssen für Instandhaltungsmaßnahmen zu jeder Zeit, auch mit schwerem Gerät wie z.B. Lastkraftwagen oder Kran, zugänglich sein.

Vorgesehene Reklameeinrichtungen, Fahnenstangen sowie Beleuchtungseinrichtungen o. Ä. innerhalb des Leitungsschutzbereiches müssen mit der Avacon Netz GmbH abgestimmt werden.

Bäume mit einer großen Endwuchshöhe dürfen innerhalb des Leitungsschutzbereiches nicht angepflanzt werden, da andernfalls die Einhaltung der Sicherheitsabstände in kürzester Zeit nicht

mehr gewährleistet ist. Empfehlenswert sind standortgerechte Wildgehölze wie Büsche und Sträucher bis zur Kategorie Großsträucher, die mit geringer Wuchshöhe einen dauerhaft ausreichenden Abstand zu den Leiterseilen einhalten.

Der spannungsabhängige Sicherheitsabstand zur 110-kV-Hochspannungsfreileitung (Abstand bei Arbeiten in der Nähe unter Spannung stehender Teile) beträgt in jedem Fall 3,0 m.

Der Sicherheitsabstand zu den Leiterseilen muss jederzeit, auch bei Witterungseinflüssen wie Wind, eingehalten werden und darf keinesfalls unterschritten werden, da sonst Lebensgefahr besteht.

Sollte eine Freischaltung unserer 110-kV-Hochspannungsfreileitung für Arbeiten im Leitungsschutzbereich erforderlich sein, berücksichtigen Sie bitte, dass eine Freischaltung nicht immer möglich ist. Eine benötigte Freischaltung ist mit einer Vorlaufzeit von mindestens vier Wochen vor dem gewünschten Freischalttermin von uns auf Durchführbarkeit zu prüfen. Die durch eine Verkehrssicherung oder Freischaltung entstehenden Kosten sind vom Verursacher zu tragen.

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches befinden sich Telekommunikationsleitungen der „Telekom Deutschland GmbH“. Gegen die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 "Gl Wrexen" bestehen grundsätzlich keine Einwände. Die „Telekom Deutschland GmbH“ teilt folgende Hinweise mit:

In Planbereichen befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus den beigefügten Lageplänen ersichtlich sind. Diese versorgen die vorhandene Bebauung. Die Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen - sind betroffen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Telekommunikationslinien in ihrem Bestand und in ihrem weiteren Betrieb gefährdet sind. Die Aufwendungen der Telekom müssen bei der Verwirklichung des Bebauungsplanes so gering wie möglich gehalten werden. Deshalb bitten wir, unsere Belange wie folgt zu berücksichtigen:

Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen Telekommunikationslinien müssen weiterhin gewährleistet bleiben. Wir bitten deshalb, konkrete Maßnahmen so auf die vorhandenen Telekommunikationslinien abzustimmen, dass eine Veränderung oder Verlegung der Telekommunikationslinien vermieden werden kann.

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit freigehalten, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.

3.4.4 Verkehr

Die 1. Änderung des Bebauungsplans hat einen neuen Stadtstraßenanschluss im Bereich einer bestehenden Gewölbebrücke für das Industriegebiet vorgesehen. Aufgrund der fehlenden Flächenverfügbarkeit soll nun ein neuer Stadtstraßenanschluss neben dem planungsrechtlich

gesicherten Stadtstraßenanschlusses entwickelt werden. Es ist zu anzunehmen, dass durch die 1. Änderung des Bebauungsplanes planungsrechtlich gesicherte öffentliche Stadtstraßenanschluss nicht mehr gebaut wird. Im Rahmen der kommunalen Abwägung wird der Geltungsbereich der 3. Änderung daher um diesen Bereich erweitert und der Stadtstraßenanschluss in das Planungsrecht des Ursprung-Bebauungsplanes zurückgeführt.

Im Vorentwurf zum Bebauungsplan war der neue Stadtstraßenanschluss als private Verkehrsfläche ausgewiesen. In Absprache mit dem Straßenbaulastträger wird die private Verkehrsfläche im Bereich des Anschlusses an die „*Orpethaler Straße*“ als öffentliche Verkehrsfläche (10,0 Meter) ausgewiesen.

Im Zuge der 1. Änderung des Bebauungsplans sollte die östliche Zufahrt (in direkter Nachbarschaft zur Firma Sprick) entfallen und die Verkehrsströme (Besucher, Personal, LKW) geordnet werden. Dies sollte mit der Herstellung des damaligen neuen Stadtstraßenanschlusses erfolgen. Der Stadtstraßenanschluss konnte aufgrund der fehlenden Flächenverfügbarkeit aber nicht realisiert werden. Mit der 3. Änderung des Bebauungsplanes soll entsprechend der planzeichnerischen Festsetzungen das Konzept der 1. Änderung des Bebauungsplanes beibehalten werden. Demnach sind planungsrechtlich drei Berührungspunkte (siehe Beschreibung 3.2.1) mit der Landesstraße 3438 vorhanden.

An dem westlichen Stadtstraßenanschluss sind durchschnittlich täglich 118 Zufahrten durch Lastkraftwagen zu erwarten. Ausfahrten über den Stadtstraßenanschluss erfolgen durchschnittlich durch 39 Lastkraftwagen. Die verbleibenden 79 Lastkraftwagen verlassen das Betriebsgelände über die im Bebauungsplan festgesetzte östliche Ausfahrt. Durch die Erweiterung der Lagerkapazitäten sollen keine zusätzlichen Verkehre ausgelöst werden.

Die planungsrechtlich vorhandene Zufahrt bleibt für Personenkraftwagen im Bereich der Parkplätze (Verwaltungsgebäude) erhalten. Die Zufahrt wurde als private Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung festgesetzt, da die Festsetzung der Fläche als Industriegebiet aufgrund der überlagernden Festsetzung einer Bauverbotszone die Zulässigkeit von Fahrwegen, Stellplätzen oder Ähnliches unterbindet. Diese PKW-Zufahrt nutzen voraussichtlich 200 Personenkraftwagen. Verlassen werden die Fahrzeuge das Betriebsgelände über die im Bebauungsplan festgesetzte östliche Ausfahrt (200 PKW + 79 LKW).

Für den neuen Stadtstraßenanschluss ist ein Brückenbauwerk auf dem Grundstück des Betriebsgeländes notwendig, bei dem hydraulische Prüfungen grundsätzlich erforderlich werden. Bei diesem Unterführungsbauwerk wird berücksichtigt, dass sich der Abflussquerschnitt durch das neue Brückenbauwerk nicht verringert bzw. nachteilig verändert wird. Die vorhandene Gewölbebrücke (westlich des neuen Stadtstraßenanschlusses) bildet die geringste Querschnittsanforderung im Verlauf der „*Orpe*“. Die durch ein hinterlegtes digitales Geländemodell ermittelten Höhenknoten ergeben, dass - bevor der maximale Wasserspiegel die Bauwerksunterkonstruktion der vorhandenen Gewölbebrücke sowie des geplanten Unterführungsbauwerkes erreicht wird - die Vorflut „*Orpe*“ bordvoll und oberstromig über die Uferbegrenzungen getreten ist. Die Unterkonstruktion des geplanten Unterführungsbauwerkes liegt höher als die Unterkonstruktion der vorhandenen Gewölbebrücke. Es ist vorgesehen, im geplanten Ausbaubereich den Abflussquerschnitt gegenüber dem vorhandenen zu verbreitern. Auf näher

beschriebene hydraulische Nachweise wird durch den Einfluss der oberstromig vorgeschalteten „Sägemühle“ verzichtet.

Für die Errichtung und den Betrieb des Unterführungsbauwerk müssen keine Grundstücke des Straßenbaulastträgers in Anspruch genommen werden. Die Sichtdreiecke wurden im Rahmen der kommunalen Abwägung in der Planzeichnung zum Bebauungsplan ergänzt.

3.5 Begründung der Festsetzungen

3.5.1 Bauplanungsrechtliche Festsetzungen

3.5.1.1 Art der baulichen Nutzung

[Die Änderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Flächen, die bisher als private Grünflächen mit der Überlagerung einer Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft planungsrechtlich gesichert waren.]

Das Plangebiet wird gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 9 BauNVO als „*Industriegebiet*“ festgesetzt. Das primäre Ziel der Planfestsetzung ist es, der Nachfrage nach Industriefläche Rechnung zu tragen und dadurch gleichzeitig die Möglichkeit zu schaffen, die ortsansässigen Unternehmen mit Erweiterungsflächen zu versorgen. Die Festsetzung soll das gegenwärtige Defizit verfügbarer Industriefläche innerhalb der Tallage zwischen Diemelau und Wohnbebauung in Form einer städtebaulich geordneten Entwicklung ausgleichen.

Die Festsetzung der Art baulichen Nutzung dient gem. § 9 Abs. 1 BauNVO „*ausschließlich der Unterbringung von Gewerbebetrieben, und zwar vorwiegend solcher Betriebe, die in anderen Baugebieten unzulässig sind*“. Zulässig sind neben „*Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe*“ auch „*Tankstellen*“.

3.5.1.2 Maß der baulichen Nutzung

Die „*Grundflächenzahl*“, die „*Baumassenzahl*“ und die „*Gesamthöhe*“ gelten durch Aufnahme in die 3. Änderung des Bebauungsplanes unverändert fort.

Die Festsetzung zur überbaubaren Grundstücksfläche wird auf Grundlage des § 16 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO getroffen. Der Gesetzestext erfordert bei Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung im Bebauungsplan „*stets*“ eine Festsetzung der Grundflächenzahl oder der Größe der Grundflächen der baulichen Anlagen (vgl. auch OVG NW, U.v. 16.8.1995 -7a D 154/94 – NVwZ 1996,923 = NWVBl. 1997,265). Die Grundflächenzahl gibt an, wieviel Quadratmeter Grundfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig sind. Durch die Festsetzung der Grundflächenzahl beabsichtigt die Stadt Diemelstadt der hervorgehobenen Bedeutung, die diesem Maßbestimmungsfaktor für die geordnete städtebauliche Entwicklung zukommt, Rechnung zu tragen. Es sollen die Anforderungen des § 19 Abs. 4 BauNVO berücksichtigt werden, indem die Ermittlung des jeweiligen baugrundstücksbezogenen „*Summenmaß*“ ermöglicht wird. Die für die Ermittlung der Grundfläche maßgebende Fläche des Baugrundstücks wird durch das „*Baugebiet*“ bestimmt. Außerhalb dieser durch Planzeichnung festgesetzten „*Baugebiete*“ oder

sonst eindeutig abgrenzbaren Flächen, wie z.B. „Grünflächen“ oder „Verkehrsflächen“ liegenden Grundstücksteile sind kein „Baugebiet“ und daher nicht anzurechnen.

Die Festsetzung zur Höhe baulicher Anlagen wird auf Grundlage des § 16 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO getroffen. Der Gesetzestext erfordert bei Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung im Bebauungsplan eine Festsetzung zur Höhe baulicher Anlagen bzw. der Zahl der Vollgeschosse, wenn ohne ihre Festsetzung öffentliche Belange, insbesondere das Orts- und Landschaftsbild, beeinträchtigt werden können. Die Stadt Diemelstadt hat einen Verzicht auf die Festsetzung zur Höhe baulicher Anlagen in pflichtgemäßer Ausübung ihres Planungsermessens geprüft. Mit dem Ergebnis, dass durch das Planvorhaben eine Einwirkungsmöglichkeit auf das Orts- und Landschaftsbild besteht, ist eine Festsetzung zu treffen.

Durch die Festsetzung zur Höhe baulicher Anlagen sollen die Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild, alle durch eine Höhenentwicklung berührten Belange begrenzt werden. Durch die Begrenzung der Auswirkung soll gleichzeitig sichergestellt werden, dass sich die Bebauung in die bestehende Industrieanlage einfügt.

Zur eindeutigen Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen sind gem. § 18 Abs. 1 BauNVO die erforderlichen Bezugspunkte zu bestimmen. Die Höhe wird in der Maßeinheit „Meter (m)“ bestimmt. Als unterer Bezugspunkt wird festgelegt, dass die Geländeoberfläche als Bezugspunkt im Baugenehmigungsverfahren nach Hessischer Bauordnung festzulegen ist.

Als obere Bezugspunkte wird die Gesamthöhe festgesetzt. Als Gesamthöhe (GH) wird der Abstand zwischen der im Baugenehmigungsverfahren nach Hessischer Bauordnung festgelegten Geländeoberfläche und der Firstlinie bzw. die oberste schattenwerfende Kante oder der höchste Punkt einer baulichen Anlage bestimmt. Durch die Festsetzung sollen die Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild, alle durch eine Höhenentwicklung berührten Belange begrenzt werden. Durch die Begrenzung der Auswirkung soll gleichzeitig sichergestellt werden, dass sich die Bebauung in das bestehende Ortsbild einfügt.

Die weiteren Festsetzungen gelten durch Aufnahme in die 3. Änderung des Bebauungsplanes unverändert fort.

3.5.1.3 Bauweise und überbaubare Grundstücksflächen

Die festgesetzte abweichende Bauweise ermöglicht bauliche Anlagen mit mehr als 50 Meter Länge. Durch die Festsetzung sollen Betriebsabläufe optimiert werden können. Die Festsetzung gilt durch Aufnahme in die 3. Änderung des Bebauungsplanes unverändert fort.

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen festgesetzt. Durch die Festsetzung von Baugrenzen soll sichergestellt werden, dass in einem Abstand von 5,00 Meter zum Deichfuß die Errichtung oder Erweiterung von baulichen Anlagen gemäß § 49 Abs. 1 Nr. 1 - 6 Hessisches Wassergesetz (HWG) unterbunden wird.

Die im Süden des Baugebietes ausgewiesene Baugrenze begründet sich in der angrenzenden Landesstraße. Gemäß § 25 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) dürfen längs von land- und Kreisstraßen Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 20 Meter, gemessen vom

äußeren Rand der befestigten Fahrbahn nicht errichtet werden. Maßgebend dafür ist die Lage außerhalb der Ortsdurchfahrt, der davon betroffene Bereich ist im Plan gekennzeichnet.

3.5.1.4 Flächen die von der Bebauung freizuhalten sind.

Die von der Bebauung freizuhaltenden Flächen leiten sich aus dem o.g. § 23 Abs 1 HStrG ab. Gemäß § 23 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) dürfen längs von land- und Kreisstraßen Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 20 Meter, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn sowie bauliche Anlagen jeglicher Art, die über Zufahrten an Landesstraßen oder Kreisstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen nicht errichtet werden. Maßgebend dafür ist die Lage außerhalb der Ortsdurchfahrt, der davon betroffene Bereich ist im Plan gekennzeichnet.

3.5.1.5 Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Die „*Orpethaler Straße*“ wird als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Die öffentliche Straßenverkehrsfläche wird im westlichen Teilbereich in einer Breite von 30,5 Meter festgesetzt, um die beidseitigen Böschungen, eine Linksabbiegespur und den Bau eines Radweges planungsrechtlich zu sichern.

Die Linksabbiegespur wird erforderlich, da mit der 3. Änderung des Bebauungsplanes ein neuer Stadtstraßenanschluss zur Erschließung des Industriegebietes planungsrechtlich gesichert werden soll. Der Stadtstraßenanschluss wird als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Die weitere Zufahrt (nach 10,0 Meter) erfolgt als private Straßenverkehrsfläche.

Gleichzeitig wird die durch die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „*GI Wrexen*“ eröffnete Möglichkeit zur Erschließung des Industriegebietes (hier: in Form einer öffentlichen Verkehrsfläche, Brückenbauwerk) planungsrechtlich zurückgenommen, indem die Flächen als „*Wasserflächen, Fließgewässer Orpe*“ bzw. „*private Straßenverkehrsfläche*“ festgesetzt werden. Die Festsetzung wird getroffen, da die Stadt Diemelstadt keine Eigentümerin der Flächen ist und keine dauerhafte öffentliche Nutzung sicherstellen kann. Gleichzeitig soll die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sichergestellt werden, indem vermieden wird, dass die Linksabbiegespur zwei unmittelbar aufeinanderfolgende Stadtstraßenanschlüsse bedient.

Die Bereiche ohne Ein- und Ausfahrten werden an den privaten und öffentlichen Stadtstraßenanschluss angepasst, in den weiteren Bereichen gelten die Bereiche ohne Ein- und Ausfahrten durch Aufnahme in die 3. Änderung des Bebauungsplanes unverändert fort. Die Festsetzung wird getroffen, um ein Erschließungskonzept für das Industriegebiet planungsrechtlich zu sichern. Hierbei soll die Zufahrt über den neuen Stadtstraßenanschluss erfolgen, die Zufahrten im westlichen Bereich sollen für den Lieferverkehr aufgegeben werden. Die Zufahrt zum öffentlichen Parkplatz gilt ebenso wie die östlich liegende Ausfahrt durch Aufnahme in die 3. Änderung des Bebauungsplanes unverändert fort.

Die Grundstücke mit der Bezeichnung Gemarkung Wrexen, Flur 17, Flurstück 7 sowie Flur 5, Flurstücke 35 und 34/6 sollen als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung (hier Wirtschaftsweg und Erschließung Industriegebiet) festgesetzt werden, da durch die Unterbrechung des Stadtstraßennetzes in Form einer privaten Straßenverkehrsfläche eine öffentliche

Stadtstraße obsolet wird. Gleichzeitig soll die Verkehrsfläche auf dem Grundstück mit der Bezeichnung Gemarkung Wrexen, Flur 5, Flurstück 36/7 aufgrund eines Übertragungsfehlers in der 1. Änderung des Bebauungsplanes verlagert werden. Die Art der Nutzung der Flurstücke 36/7 und 34/6 wird durch die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 getauscht, um die ursprünglichen Entwicklungsabsichten zu sichern.

Die Straßenbegrenzungslinie gilt durch Aufnahme in die 3. Änderung des Bebauungsplanes unverändert fort.

3.5.1.6 Führung von Versorgungsleitungen

Die unterirdische Führung von Versorgungsleitungen wird aus städtebaulichen Gründen festgesetzt. Durch die Festsetzungen kann einerseits die Landschaftsbildbeeinträchtigung und andererseits die Störanfälligkeit sowie das Gefahrenpotenzial für den Menschen minimiert werden.

3.5.1.7 Grünflächen

Die Flächen werden als private Grünflächen festgesetzt. Durch die Aufnahme in die 3. Änderung des Bebauungsplanes gilt die Festsetzung unverändert fort.

3.5.1.8 Wasserflächen und Flächen für den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses

Das Fließgewässer „Orpe“ durchquert den räumlichen Geltungsbereich. Daher werden die Flächen des Fließgewässers, welche bisher nicht überbaut sind, als „Wasserflächen“ festgesetzt.

Gemäß § 27 Abs. 1 Nr. 1 WHG sind oberirdische Gewässer so zu bewirtschaften, dass eine Verschlechterung ihres ökologischen und ihres chemischen Zustands vermieden wird (Verschlechterungsverbot). Durch eine Überbauung der bisher offenen Gewässerabschnitte (private Straßenverkehrsflächen) kann eine entsprechende Verschlechterung eintreten. Die beabsichtigten Überbauungen werden Sinne der Abwägung auf den minimal erforderlichen Bereich (z.B. Überfahrten, etc.) beschränkt.

Um die Erschließung des Industriegebietes über den neuen Stadtanschluss planungsrechtlich zu sichern, ist eine Überstellung des Fließgewässers „Orpe“ erforderlich. Hierfür wird eine private Straßenverkehrsfläche auf dem Grundstück Gemarkung Wrexen, Flur 17, Flurstück 2/16 ausgewiesen. Die Verkehrsfläche überstellt das Gewässer in einer Breite von 15,5 Meter. Um dem § 27 Abs. 1 Nr. 1 WHG zu entsprechen, wird gleichzeitig eine öffentliche Verkehrsfläche (20,5 Meter) planungsrechtlich zurückgenommen und stattdessen „Wasserflächen“ festgesetzt. Durch die Verlagerung wird das Gewässer nicht nachteilig beeinträchtigt. Durch die Verlagerung der Erschließungsanlage an die bestehende Gebäudesubstanz wird die Segmentierung des Gewässers herabgesetzt.

Das Brückenbauwerk im Zentrum des Plangebietes soll planungsrechtlich um 5,0 Meter erweitert werden. Die Erweiterung soll der Sicherheit der innerbetrieblichen Abläufe dienen, indem die unterschiedlichen Verkehre (Zulieferung und Transport innerhalb) getrennt werden und das Kollisionsrisiko minimiert wird.

Das Ziel der Planung ist die Erweiterung des Industriegebietes in östliche Richtung um ca. 6.000 Quadratmeter. Durch die Lage der Industriefläche östlich der Abwasserbehandlungsanlage ist eine Erschließung der Fläche nicht möglich. Durch einen Rückbau und einer Verlagerung der Abwasserbehandlungsanlage könnte die Fläche u.U. erschlossen werden. Alternativ zum Rückbau der Abwasserbehandlungsanlage kann die Fläche über das südlich liegende Industriegebiet erschlossen werden. Da die beiden Industrieflächen durch das Fließgewässer „Orpe“ und dessen Uferstreifen voneinander getrennt sind, ist eine Querung des Wassers zwingend erforderlich. Während es sich bei den beiden o.g. Brückenbauwerken um die Erweiterung und Verlagerung des Bestandes handelt, ist hier eine neue Querung des Gewässers erforderlich.

Das Fließgewässer „Orpe“ wird in den Gewässertyp *„feinmaterialreiche, silikatische Mittelgebirgsbäche (s)“* eingestuft. Die „Orpe“ durchzieht, in wesentlichen Teilen verrohrt, das Betriebsgelände. Daher adaptiert das Fließgewässer den Charakter der umliegenden Industrielandschaft. Die vorhandene Gewässerstruktur wird in ihrer Gesamtbewertung mit einem sehr stark veränderten Erfüllungsgrad dargestellt. Die jeweiligen Parameter stellen eine sehr hohe Abweichung vom unbeeinflussten Naturzustand dar. Auf der siebenstufigen Skala erreicht die Gesamtbewertung bestenfalls einen Erfüllungsgrad der Güteklasse IV (deutlich veränderte Gewässerabschnitte), begründet in einem sich als Grünland darstellenden Gewässerumfeld, für welches planungsrechtlich bereits die Möglichkeit einer Versiegelung besteht. Die originären gewässermorphologischen Parameter erfahren durchweg eine schlechtere Bewertung. Durch die vorhandenen Wehre zur Energiegewinnung sowie der Kanalisierung der Orpe unter- und oberhalb des Geltungsbereichs ist die biologische Ausstattung sehr stark eingeschränkt. Merklich veränderte Attribute (Güteklasse V) sind u.a. das Längsprofil, das Querprofil, die Sohlstruktur und die Uferstruktur rechts. Einen Erfüllungsgrad eines stark geschädigten bzw. sehr stark veränderten Gewässerabschnittes (Güteklasse VI) weisen die Laufentwicklung und die Uferstruktur links auf. Das Gewässerumfeld links besitzt eine vollständige Veränderung.

Bei dieser Überbauung der „Orpe“ soll vermieden werden in das Ufer (bis Böschungskante) einzugreifen. Unter dieser Voraussetzung ist keine nachteilige Beeinträchtigung des teilbegradigten Fließgewässers zu erwarten.

In das Überschwemmungsgebiet nördlich der Industrieflächen wird entsprechend der gesetzlichen Vorgaben nicht eingegriffen.

Gemäß § 49 Abs. 1 Nr. 1 - 6 Hessisches Wassergesetz (HWG) in der derzeit gültigen Fassung ist an und auf Deichen und in einem Abstand von 5,0 Meter zum Deichfuß die Errichtung oder Erweiterung von baulichen Anlagen sowie die Verlegung von Leitungen, das Durchführen von Abgrabungen, die Vornahme von sonstigen Veränderung am Deichkörper oder sonstige Maßnahmen oder Verhaltensweisen, welche die Unterhaltung unmöglich machen oder wesentlich erschweren oder die Standsicherheit oder Verteidigung des Deichs beeinträchtigen oder zu einer sonstigen Beschädigung der Deiche führen können, verboten. Die Wasserbehörde kann von den o. g. Verboten auf Antrag befreien, wenn die Verbote im Einzelfall zu einer unbilligen Härte führen würden (§ 49 Abs. 3 Satz 1 HWG), jedoch darf eine Befreiung nicht erteilt werden, wenn die Sicherheit des Deichs, dessen Unterhaltung oder die Deichverteidigung

beeinträchtigt wird (§ 49 Abs. 3 Satz 2 HWG). Die Baugrenzen werden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben festgelegt.

Durch die Festsetzungen soll den Belangen des Hochwasserschutzes Rechnung getragen werden.

3.5.1.9 Flächen für die Landwirtschaft

Die Stadt Diemelstadt beabsichtigt durch die Festsetzung von „*Flächen für die Landwirtschaft*“ den Zielen des Regionalplans Rechnung zu tragen. Durch die Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 18a BauGB wird die Zulässigkeit auf alle mit den Funktionen der Landwirtschaft verbundenen und ihnen dienenden Vorhaben begrenzt.

Grundsätzlich enthält § 201 BauGB eine Legaldefinition zum Begriff der „*Landwirtschaft*“. Demnach ist „*Landwirtschaft*“ im Sinne des Baugesetzbuches insbesondere der Ackerbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft einschließlich Tierhaltung, soweit das Futter überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann, die gartenbauliche Erzeugung, der Erwerbsobstbau, der Weinbau, die berufsmäßige Imkerei und die berufsmäßige Binnenfischerei.

Die Stadt Diemelstadt beabsichtigt von der Möglichkeit, nur einzelne Nutzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 18a BauGB für Flächen für die Landwirtschaft zuzulassen, Gebrauch zu machen. Aufgrund der Beschaffenheit, der Größe bzw. Bewirtschaftungsbreite und der Topographie der „*Flächen für die Landwirtschaft*“ sind lediglich die in der textlichen Festsetzung aufgeführten Formen von Landwirtschaft zulässig.

Vor dem Hintergrund der Festlegungen des Regionalplans 2009 („*Vorbehaltsgebiet für Forstwirtschaft*“) soll die angestrebte Nutzung der Flächen eine spätere Waldneuanlage nicht ausschließen.

3.5.1.10 Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden Natur und Landschaft

Das Verbot, Bäume, Gebüsche und andere Gehölze innerhalb der Zeit vom 01. März bis zum 30. September zu schneiden, auf Stock zu setzen oder zu beseitigen, wird durch textliche Festsetzung gesichert, um die Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes durch den Bebauungsplan zu bekräftigen. Gleichzeitig soll durch die Ergänzung der gesetzlichen Vorgaben durch die Festsetzung zum Erhalt vorhandener Gehölzstrukturen die Voraussetzung für die dauerhafte Erhaltung wertvoller Bäume bzw. Gehölze und ihrer besonderen Funktionen als Gerüst des Biotopverbundes sowie als Nahrungs- und Lebensraum insbesondere für zahlreiche Insekten, Kleinsäuger und Vogelarten an den vorhandenen Standorten geschaffen werden. Die Ersatzpflanzungsverpflichtung soll sicherstellen, dass bei Abgang ein neuer Baum bzw. ein neues Gehölz an ungefähr gleicher Stelle die entsprechende Funktion übernimmt. Die Festsetzung sichert die dauerhafte Erhaltung der positiven klimatischen Wirkungen des Baum- bzw. Gehölzbestandes. Die Erhaltung und Nachpflanzungsverpflichtung für orts- bzw. landschaftsbildprägende Bäume/Gehölze dient zudem der Bewahrung der Identität des Gebietes.

Durch das Verbot soll der Anregung des Landkreises Waldeck-Frankenberg, Fachdienst Natur-, und Landschaftsschutz entsprochen werden. Durch die Maßnahme sollen die Beeinträchtigungen streng geschützter Vogelarten bei der erforderlichen Beseitigung von Gehölzen vermieden werden. Zusätzlich sollen zur Vermeidung der Schädigung von Individuen Vogelschutzfolien an Glasflächen von Neubauten, die größer als 2,5 Quadratmeter sind, angebracht werden.

Durch die Festsetzung zur Verwendung insektenschonender Leuchtmittel soll die erforderliche Beleuchtung insektenschonend gestaltet werden, sodass negative Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Tiere ausgeschlossen werden können.

Die Festsetzungen zu den Maßnahmen 3b, 3c und 5 gelten durch Aufnahme in die 3. Änderung des Bebauungsplanes unverändert fort.

3.5.2 Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen gelten durch Aufnahme in die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „GI Wrexen“ unverändert fort.

4 Auswirkungen der Planung

4.1 Soziale Auswirkungen

Durch die Änderung des Bebauungsplanes sind keine nachteiligen sozialen Auswirkungen zu erwarten.

4.2 Stadtplanerische Auswirkungen

Die Änderung des Bebauungsplanes ist aus stadtplanerischen Gesichtspunkten durchweg positiv zu bewerten, da durch die Erweiterung keine Außenbereichsflächen in Anspruch genommen werden müssen.

4.3 Infrastrukturelle Auswirkungen

4.3.1 Technische Infrastruktur

Durch die Änderung des Bebauungsplanes sind Auswirkungen auf die technische Infrastruktur zu erwarten. Durch eine zusätzliche Versiegelung von ca. 0,5 ha Fläche ist ein erhöhter Niederschlagswasserabfluss zu erwarten. Hierbei ist die betriebseigene Abwasserbehandlungsanlage an die zusätzlich zu versiegelnden Flächen anzupassen. Weitere nachteilige Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

4.3.2 Soziale Infrastruktur

Durch die Änderung des Bebauungsplanes sind keine nachteiligen Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur zu erwarten.

4.3.3 Verkehrliche Infrastruktur

Durch die Änderung des Bebauungsplanes sind keine nachteiligen Auswirkungen auf die verkehrliche Infrastruktur zu erwarten. Die verkehrliche Infrastruktur erfährt gegenüber dem bestehenden Planungsrecht nur baubedingt eine höhere Auslastung. Durch die Planung sind keine anlagenbedingten Auswirkungen zu erwarten, da ausschließlich der Lagerbestand erhöht wird.

4.3.4 Umweltsrelevante Auswirkungen

4.3.4.1 Biotische Schutzgüter

Da das Konfliktpotenzial für Pflanzen und Lebensräume maßgeblich von der Wertigkeit der in Anspruch genommenen Flächen abhängt, ist für die Wiesenfläche im Kontext der umliegenden Industrielandschaft ein geringes bis mittleres Konfliktpotential vorhanden. Die verfahrensgenständlichen Flächen weisen aufgrund der vorgesehenen Nutzung kein Potential zur Aufwertung der Lebensräume für **Pflanzen** und **Tiere** auf. Durch die flächenhaften Bodenversiegelungen werden Pflanzen und Tieren Lebensräume entzogen. Im Zuge der Betriebsphase kann es aufgrund von Bewegungen und Emissionen zu weiteren Störungen von Tierarten kommen. Über die Verlagerung der bestehenden Ausgleichsmaßnahmen sind zusätzliche Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Das langfristige Management der verlagerten Ausgleichsmaßnahmen sieht Flächen mit einem extensiven Grünlandcharakter vor. Durch Beweidung kann eine heterogene Fläche mit kleinräumigen Strukturen innerhalb der Vegetation Nischen für verschiedene Tier- und Pflanzenarten bieten.

Durch die Änderung des Bauleitplans sind zeitlich begrenzte Auswirkung von baubedingten Emissionen, ausgelöst durch Lärm, Staub- und Erschütterung, zu erwarten. Aufgrund der Lage des Geltungsbereiches, der anthropogenen Vorbelastungen und der Auswirkungen ergeben sich hinsichtlich des Schutzgutes **Mensch** keine erheblichen Beeinträchtigungen. Zusätzlich besitzt der Planungsraum aufgrund der Vorbelastungen sowie der Zerschneidungseffekte keinen Wert als **Erholungsraum**. Daher sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten.

4.3.4.2 Abiotische Schutzgüter

Aus dem Planvorhaben resultiert eine dauerhafte Beeinträchtigung des Schutzgutes **Boden** in Form von Bodenverdichtungen und Bodenversiegelungen. Die natürlichen Funktionen des Bodens können nicht mehr wahrgenommen werden. Auf versiegelten und teilversiegelten Flächen kann zudem Niederschlagswasser nur bedingt versickern, die Grundwasserneubildung wird in der Folge verringert und der Bodenwasserhaushalt gestört. Ein Schadstoffeintrag über den Boden in das Schutzgut **Wasser** ist bei sachgemäßem Umgang mit wassergefährdenden Stoffen nicht zu erwarten. Für die Schutzgüter sind Ausgleichsmaßnahmen im Bebauungsplan festgesetzt.

Durch die Standortwahl sind keine für die Kaltluftproduktion mit klimatischer Ausgleichsfunktion relevanten Flächen betroffen. Daher ist eine erhebliche Beeinträchtigung des **Klimas** bzw. der **Luft** auszuschließen.

Umweltbericht [zur Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB]

zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Gl Wrexen“

Stadt Diemelstadt

Erweiterung von Industrieflächen



- 25.11.2022 -

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung	5
1.1	Planinhalt und primäre Ziele	5
1.2	Darstellung der einschlägigen Fachgesetze	5
2	Bestandsaufnahme Bewertung	9
2.1	Schutzgüter Boden und Fläche	9
2.2	Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	14
2.3	Schutzgut Wasser	20
2.4	Schutzgüter Luft, Klima und Lufthygiene	23
2.5	Schutzgüter Landschaft und Landschaftsbild	25
2.6	Wirkungsgefüge	27
2.7	Natura 2000-Gebiete und sonst. Schutzgebiete	28
2.8	Schutzgüter Mensch, seine Gesundheit und die Bevölkerung insgesamt	28
2.9	Schutzgut Kultur- und Sachgüter	30
3	Ausgleichsmaßnahmen	31
3.1	Eingriffsregelung	31
3.2	Naturschutzrechtlicher Ausgleich	36
3.3	Bewertung	37
3.4	Maßnahme zur Überwachung der Umweltauswirkungen	37
4	Alternative Standorte	39
5	Sonstige Angaben	40
5.1	Sachgerechter Umgang mit Abfällen	40
5.2	Sachgerechter Umgang mit Abwässern	40
5.3	Umgang mit erneuerbaren Energien	40
5.4	Technisches Verfahren	40

VORBEMERKUNGEN

Entsprechend den Forderungen der §§ 2 Abs. 4¹ und 2a² Baugesetzbuch wurde für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a eine Umweltprüfung durchgeführt. In der Umweltprüfung werden auf Grundlage der Anlage 1 zu diesem Gesetzbuch die erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet. Gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) legt die Gemeinde für jeden Bauleitplan fest, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Belange für die Abwägung erforderlich ist. Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans in angemessener Weise verlangt werden kann. Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen.

Der Umweltbericht wird gemäß der Abschichtungsregelung des § 2 Abs. 4 Satz 5³ Baugesetzbuch – wonach bei Plänen, die zu einer Planhierarchie gehören, Mehrfachprüfungen vermieden werden sollen – für die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „Gl Wrexen“ und für den im Parallelverfahren zu ändernden Flächennutzungsplan (15. Änderung) zusammen erstellt.

Diemelstadt, 25. November 2022

1 § 2 Abs. 4 BauGB - Für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Absatz 6 Nummer 7 und § 1a wird eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden; die Anlage 1 zu diesem Gesetzbuch ist anzuwenden. Umweltauswirkungen: Mit dem Begriff Umweltauswirkungen sind durch Menschen in der Umwelt verursachte Auswirkungen auf die Umweltschutzgüter gemeint.

2 § 2 a BauGB - Die Gemeinde hat im Aufstellungsverfahren dem Entwurf des Bauleitplans eine Begründung beizufügen. In ihr sind entsprechend dem Stand des Verfahrens

1. die Ziele, Zwecke und wesentlichen Auswirkungen des Bauleitplans und

2. in dem Umweltbericht nach der Anlage 1 zu diesem Gesetzbuch die auf Grund der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes darzulegen. Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil der Begründung.

3 § 2 Abs. 4 Satz 5 BauGB - Wird eine Umweltprüfung für das Plangebiet oder für Teile davon in einem Raumordnungs-, Flächennutzungs- oder Bebauungsplanverfahren durchgeführt, soll die Umweltprüfung in einem zeitlich nachfolgend oder gleichzeitig durchgeführten Bauleitplanverfahren auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen beschränkt werden.

1 Einleitung

1.1 Planinhalt und primäre Ziele

Die Stadt Diemelstadt beabsichtigt mit der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 „*GI Wrexen*“ die planungsrechtliche Absicherung einer Nutzungsänderung zur Betriebsoptimierung und -erweiterung eines ortsansässigen Betriebes. Anlass der Planung sind die Entwicklungsabsichten der Firma Smurfit Kappa Wrexen Paper & Board, die ihren Betrieb optimieren und erweitern möchte, um den aktuellen Markterfordernissen Rechnung zu tragen. Dazu sollen im Zentrum des Betriebsgeländes Betriebsflächen erweitert werden. Diesem Vorhaben stehen im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzte Ausgleichsmaßnahmen entgegen, die nunmehr verlagert werden sollen.

Für die Erreichbarkeit der zusätzlichen Betriebsflächen ist eine Teil-Überbauung des begrabten Mühlgrabens („*Orpe*“) erforderlich. Um die Gesamterschließung sichern zu können, soll die Anbindung über einen neuen Stadtstraßenanschluss an die vorhandene Landstraße Nr. 3438 „*Orpethaler Straße*“ erfolgen. Hierfür ist die Verlagerung einer Teil-Überbauung erforderlich.

Mit der Änderung des Bauleitplans soll der Bedeutung des Planvorhabens für die Stadt Diemelstadt Rechnung getragen werden, da die ortsansässigen Papierfabriken seit mehr als 100 Jahren ein wesentliches Standbein der Wirtschaft in der Stadt Diemelstadt darstellen. Smurfit Kappa Wrexen Paper & Board beschäftigt aktuell 300 Mitarbeiter am Standort Wrexen.

Da das Vorhaben dem Erhalt und der zusätzlichen Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen dient, beabsichtigt die Stadt Diemelstadt die private Initiative zur gewerblichen Erweiterung durch die Änderungen des Bebauungsplanes unter der Wahrung kommunaler und öffentlicher Interessen zu fördern.

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches ist die Versiegelung einer Fläche vorgesehen, die die Lagerung von Papierballen ermöglichen soll. Die Festsetzungen zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise, den überbaubaren Grundstücksflächen sowie den örtlichen Bauvorschriften werden auf Grundlage des § 9 Abs. 1 BauGB und teils in Verbindung mit § 91 HBO getroffen. Die Flächeninanspruchnahme ist der Bilanzierung nach hessischer Kompensationsverordnung zu entnehmen.

1.2 Darstellung der einschlägigen Fachgesetze

Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind gem. § 1 Abs. 6 BauGB insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, zu berücksichtigen. Hierzu zählen gem. § 1 Absatz 6 Nr. 7 BauGB insbesondere

- a) die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt,
- b) die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes,
- c) umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt,
- d) umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter,
- e) die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern,
- f) die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie,
- g) die Darstellungen von Landschaftsplänen sowie von sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechts,
- h) die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden,
- i) die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a bis d,
- j) unbeschadet des § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, auf die Belange nach den Buchstaben a bis d und i.

Durch die Umweltprüfung werden die auf Grundlage der Anlage 1 zum Baugesetzbuch erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in dem vorliegenden Umweltbericht beschrieben und bewertet. Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil der Begründung. Das Ergebnis der Umweltprüfung ist gem. § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB in der Abwägung zu berücksichtigen.

Für die abzuhandelnden Schutzgüter sind die jeweiligen Fachgesetze, in denen die allgemeinen (nicht abschließenden) Grundsätze und Ziele definiert werden, von Bedeutung.

Tabelle 1 – Umweltbericht // Rechtliche Grundlagen

Schutzgut	Fachgesetz	Grundsätze und Zielaussagen
Boden	Baugesetzbuch [BauGB]	Sparsamer und schonender Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden (Bodenschutzklausel).
	Bundesbodenschutzgesetz [BBodSchG]	Nachhaltige Sicherung oder Wiederherstellung der Funktionen des Bodens. Schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden.
	Baugesetzbuch [BauGB]	Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen,

Fläche	Bundesnatur- schutzgesetz [BNatSchG]	Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden. Großflächige, weitgehend unzerschnittene Landschaftsräume sind vor weiterer Zerschneidung zu bewahren. Die erneute Inanspruchnahme bereits bebauter Flächen sowie die Bebauung unbebauter Flächen im beplanten und unbeplanten Innenbereich, soweit sie nicht für Grünflächen vorgesehen sind, hat Vorrang vor der Inanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich. Verkehrswege, Energieleitungen und ähnliche Vorhaben sollen landschaftsgerecht geführt, gestaltet und gebündelt werden.
Wasser	Wasserhaushalts- gesetz [WHG] Hessische Wasser- gesetz [HWG]	Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigung ihrer ökologischen Funktionen. Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit.
Luft, Klima	Bundesimmissions- schutzgesetz [BImSchG]	Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigung, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnlichen Erscheinungen).
Pflanzen, Tiere, Biologische Vielfalt	Baugesetzbuch [BauGB] Bundesnatur- schutzgesetz [BNatSchG] FFH- und Vogel- schutzrichtlinie	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturhaushaltes und der Landschaftspflege insbesondere die Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima und das Wirkungsgefüge zwischen ihnen sowie die Landschaft und die biologische Vielfalt, die Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung und der Europäischen Vogelschutzgebiete, sowie die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes von seinen in § 1, Absatz 6 Nr. 7a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes) zu berücksichtigen. Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage des Menschen auch in Verantwortung künftiger Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereichen zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und soweit erforderlich wiederherzustellen, dass die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Regenerationsfähigkeit und die nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Tier und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensstätten und Lebensräume, sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit, sowie der der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind Schutz und Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen von gemeinschaftlicher Bedeutung zur Sicherstellung einer biologischen Vielfalt und insbesondere die Erhaltung wildlebender Vogelarten.
Landschaft	Baugesetzbuch [BauGB]	Vermeidung/Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes.
Mensch	Baugesetzbuch [BauGB] Bundesimmissions- schutzgesetz [BImSchG]	Berücksichtigung der Belange des Umweltschutzes bei der Aufstellung der Bauleitpläne, insbesondere die Vermeidung von Emissionen. Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch

		Luftverunreinigung, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnlichen Erscheinungen).
Kultur- und Sachgüter	Bundesnatur- schutzgesetz [BNatSchG]	Naturlandschaften und historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern sind vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren.
	Hessisches Denk- malschutzgesetz [HDSchG]	Kulturdenkmäler als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und Entwicklung zu schützen und zu erhalten sowie darauf hinzuwirken, dass sie in die städtebauliche Entwicklung, Raumordnung und den Erhalt der historisch gewachsenen Kulturlandschaft einbezogen werden.

Tabelle 2 – Fachplanungen

Fachplanungen	Grundsätze und Zielaussagen
Regionalplan Nordhessen 2009	Vorranggebiet für die Landwirtschaft Vorbehaltsgebiet für die Landwirtschaft Vorbehaltsgebiet für den Grundwasserschutz Vorbehaltsgebiet für Forstwirtschaft Vorranggebieten für Industrie und Gewerbe Bestand Vorranggebiet für vorbeugenden Hochwasserschutz
Flächennutzungsplan der Stadt Diemelstadt	Öffentliche Grünfläche; Zweckbestimmung Parkanlage Gewerbliche Bauflächen Flächen für die Landwirtschaft Flächen für die Forstwirtschaft Öffentliche Straßenverkehrsflächen

2 Bestandsaufnahme | Bewertung

2.1 Schutzgüter Boden und Fläche

Schutzgüter Boden und Fläche

Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Im Folgenden werden die Schutzgüter Boden und Fläche entsprechend ihrer aktuellen Nutzung sowie gemäß der Arbeitshilfe zur Berücksichtigung von Bodenschutzbelangen in der Abwägung und der Umweltprüfung nach Baugesetzbuch in Hessen „Bodenschutz in der Bauleitplanung“ beschrieben und in Hinblick auf die vorliegende Planung bewertet. Als Grundlage dient die Bodenfunktionsbewertung des Boden Viewers Hessen, der verschiedene Bodenfunktionen (Lebensraum, Ertragspotenzial, Feldkapazität, Nitratrückhalt) zu einer Gesamtbewertung zusammenfügt, der Geologie Viewer Hessen sowie der Flächennutzungsplan der Stadt Diemelstadt.

Geologischer Strukturraum

Der Planungsraum befindet sich im Westhessischen Berg- und Senkenland, Haupteinheiten „Ostwaldecker Randsenken“. Die Ostwaldecker Randsenken ist ein im mittleren und nördlichen Teil trogförmig eingesenkter, kleingekammerter Landstrich. Der Naturraum liegt auf einer Höhe von 200 bis 300 m mit einzelnen bis 500 m hohen markanten Kegelbergen und Kuppen. Es handelt sich um eine geologisch vielfältige Senken-, Graben- und Bruchschollenzzone mit in NNW-Richtung verlaufenden, langen Staffelbrüchen und Gräben aus dem Buntsandstein und Muschelkalk. Tiefer liegende Flächen sind meist mit tiefergründigen, basen- und nährstoffreichen Verwitterungs- und Lehmböden gekennzeichnet.

Der geologische Untergrund des Gebiets wird aus Mittlerem Buntsandstein gebildet, aus dem sich mittel- bis tiefgründige, lehmige Böden und Braunerden geringer Sättigung gebildet haben. Die Schichten des Buntsandsteins sind durch hohe Wasserdurchlässigkeit, geringe Wasserspeicherkapazität und geringe chemische Pufferkapazität geprägt. Die Böden im nördlichen Änderungsbereich werden aus carbonatfreien, schluffig-lehmigen Auensedimenten gebildet. Diese werden weitgehend durch die industrielle Nutzung des Gebietes beeinflusst. Ohne die anthropogenen Handlungen und Nutzung der Böden wären in den Auenbereichen Aueböden (Vega / Vega – Gley) verbreitet.

Morphologie

Die Morphologie des Planungsraum wird durch eine Altaue geprägt. Die benachbarte Talaue, von Überschwemmung und Grundwasser beeinflusst, bildet den tiefsten Teil des Talbodens und ist charakterstiftend für die naturräumliche Untereinheit.

Aktuelle Nutzung

Die verfahrensgegenständlichen Flächen werden zum Teil landwirtschaftlich bewirtschaftet. Die landwirtschaftliche Nutzung findet durch eine Beweidung statt, aktuell in Form einer Mutterkuhhaltung.

Bodenfunktionsbewertung

Der Boden des Planungsraums übernimmt wichtige Funktionen als Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen sowie zentrale Funktionen im Wasser- und Nährstoffhaushalt. Die Bewertungen der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Flächen fallen aufgrund der Eigenschaften der Böden verschieden aus. Für beide Geltungsbereiche weist die Grünlandzahl einen Wert von > 50 bis ≤ 55 auf. Insgesamt entspricht das Ertragspotential, welches sich sowohl aus der Bodenbeschaffenheit als auch aus den klimatischen Bedingungen zusammensetzt, einem hohen bis sehr hohen Erfüllungsgrad. Die Funktion des Wasserhaushaltes wird über das Kriterium Feldkapazität des Bodens definiert. Diese weist in dem räumlichen Geltungsbereich einen mittleren Erfüllungsgrad auf, wohingegen das Nitratrückhaltevermögen des Bodens einen sehr hohen Erfüllungsgrad aufweist. Im Hinblick auf die Erosionsanfälligkeit der Böden besteht aufgrund der gegenwärtigen Nutzung keine Gefährdung.

Die Funktion des Bodens im Wasserhaushalt ist mit einem hohen Wert bestimmt. Als Lebensraum für Pflanzen besitzt der Boden durch das Kriterium Standorttypisierung für die Biotopentwicklung und dem Kriterium Ertragspotential eine geringe bis mittlere Bedeutung. Die aggregierende Gesamtbewertung der Bodenfunktionen aus den Einzelbewertungen weist in den räumlichen Geltungsbereichen eine Gesamtbewertung der Klassen mittel bis hoch auf. Die Böden der umliegenden Bereiche werden mit einem mittleren Erfüllungsgrad bewertet.

Altlasten

In den räumlichen Geltungsbereichen des Bauleitplans sind keine Altlasten zu erwarten.

Bodenbedeutung

Seltene oder gefährdete Bodenarten, wie Moore bzw. besonders nährstoffarme Böden, sind nicht vorhanden. Ein besonderes Entwicklungspotenzial des Bodens ist nicht festzustellen. Der Boden im Geltungsbereich hat keine Bedeutung als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei nicht Durchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung des Planvorhabens ist anzunehmen, dass eine veränderte Flächennutzung und folgende Veränderungen des Schutzgutes im Geltungsbereich offensichtlich nicht zu erwarten sind.

Es ist zu erwarten, dass durch die fehlende Erweiterungsmöglichkeit der ortsansässige Betrieb den Standort wechselt. Für einen Standortwechsel kommen Flächen in bestehenden Industriegebieten oder in neu auszuweisenden Gebieten in Frage. Bei einem Standortwechsel kann eine Industriebranche zurückbleiben.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands
- Baubedingt

Eingriffe // Auswirkungen:

- *Bodenverdichtung durch Baustelleneinrichtungen, Bodenmieten und Materiallagerung*
- *Bodenverdichtung durch Fahrzeugbewegungen und Erschütterungen in Abhängigkeit der Witterungsverhältnisse*
- *Verlust von Bodenfunktionen durch Grabarbeiten für Dränung und sonst. Leitungsverlegungen / Bodenbewegungen*

- Betriebsbedingt
 - Anlagenbedingt
- *Bodenauftrag beim Nivellieren der Flächen*
 - *Keine*
 - *Verlust der Funktion als Lebensraum für Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen durch Voll- und Teilversiegelungen*
 - *Verlust der Funktion als Bestandteil des Naturhaushaltes in Form von Wasser- und Nährstoffkreisläufen durch Voll- und Teilversiegelungen*
 - *Verlust der Filter-, Puffer- und Stoffumwandlungsfunktion des Bodens, insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers, durch Voll- und Teilversiegelungen*

Die allgemein als Bodenschutzklausel bezeichneten Regelungen in § 1 a Abs. 2 Satz 1 BauGB fordern einen sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden. Für das Planvorhaben kommen lediglich Flächen in unmittelbarem räumlichen Zusammenhang zur aktuellen Produktionsstelle in Frage. Vor dem Hintergrund der Nachverdichtung sind lediglich die Flächen des Änderungsbereiches in Erwägung zu ziehen. Weitere Alternativen ergeben sich aufgrund der besonderen Lagegunst und der Entwicklungsabsichten vor dem Hintergrund einer Betriebserweiterung und -optimierung nicht.

Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen fest gestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen

- *Erweiterung bestehender Betriebsstrukturen, statt Neubau in einem Industriegebiet mit Erweiterungsmöglichkeiten*
- *Begrenzung der zusätzlich in Anspruch zu nehmenden Flächen, [Berücksichtigung von § 1a Abs. 2 BauGB]*
- *Begrenzung der Größe des Funktionsgebäudes zur Vermeidung der Inanspruchnahme zusätzlicher Böden und zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen aufgrund der Verluste von natürlichen Bodenfunktionen [Berücksichtigung von § 1a Abs. 2 BauGB]*
- *Ortsnahe Reinigung (Abwasserbehandlungsanlage) und Einleitung in das Fließgewässer „Orpe“*
- *Auf die gesetzlichen Regelungen zum Bodenschutz bei Bauarbeiten wird hingewiesen.*
- *Ausgleichsmaßnahmen, Festsetzung extensiver Grünlandflächen mit Verzicht auf Düngemittel- und Pestizideinsatz*

Maßnahmen zum vorbeugenden Bodenschutz

Bei der Veräußerung der Grundstücke sollen folgende Maßnahmen über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag verbindlich festgelegt werden:

- *Maßnahmen zum Bodenschutz bei der Baudurchführung, wie z.B. der Schutz des Mutterbodens nach § 202 Baugesetzbuch; von stark belasteten oder befahrenen Bereichen ist zuvor der Oberboden abzutragen.*
- *Vermeidung von Bodenverdichtungen; bei verdichtungsempfindlichen Böden (Feuchte) und Böden mit einem hohen Funktionserfüllungsgrad hat die Belastung des Bodens so gering wie möglich zu erfolgen, d.h. gegebenenfalls Einsatz von Baggermatten, breiten Rädern oder Kettenlaufwerken etc. und die Berücksichtigung der Witterung beim Befahren von Böden.*
- *Ausreichend dimensionierte Baustelleneinrichtung und Lagerflächen nach Möglichkeit im Bereich bereits verdichteter bzw. versiegelter Böden sowie gegebenenfalls Verwendung von Geotextil oder Tragschotter.*
- *Wo logistisch möglich, sind Flächen vom Baustellenverkehr auszunehmen, z.B. durch Absperrung mit Bauzäunen oder Einrichtung fester Baustraßen und Lagerflächen; bodenschonend Einrichtung und Rückbau.*

- *Vermeidung von Fremdwasserzufluss; gegebenenfalls vom Hang herabkommender Niederschlag ist z.B. durch einen Entwässerungsgraben an der hangaufwärts gelegenen Seite des Grundstückes während der Bauphase, um das unbegrünte Grundstück herumzuleiten; Anlegen von Rückhalteeinrichtungen und Retentionsflächen.*
- *Technische Maßnahmen zum Erosionsschutz.*
- *Sachgerechte Zwischenlagerung und Wiedereinbau des Oberbodens*
- *Lagerflächen vor Ort sind aussagekräftig zu kennzeichnen; die Höhe der Boden-Mieten darf 2 Meter bzw. 4 Meter bei Ober- bzw. Unterboden nicht übersteigen. Die Bodenmieten dürfen nicht befahren werden und sind bei mehrmonatiger Standzeit zu profilieren, gegebenenfalls unter Verwendung von Geotextil oder Erosionsschutzmatten, gezielt zu begrünen und regelmäßig zu kontrollieren.*
- *Fachgerechter Umgang mit Bodenaushub und Wiederverwertung des Bodenaushubs am Eingriffsort, d.h. der Ober- und Unterboden ist separat auszubauen, zu lagern und in der ursprünglichen Reihenfolge wieder einzubauen.*
- *Beseitigung von Verdichtungen im Unterboden, d.h. verdichteter Boden ist nach Abschluss der Bauarbeiten und vor Auftrag des Oberbodens und der Eingrünung zu lockern (Tiefenlockerung). Danach darf der Boden nicht mehr befahren werden.*
- *Zuführen organischer Substanz und Kalken (Erhaltung der Bodenstruktur, hohe Gefügestabilität, hohe Wasserspeicherfähigkeit, positive Effekte auf Bodenorganismen).*
- *Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht mit Verweis auf die Arbeitshilfe „Rekultivierung von Tagebau- und sonstigen Abgrabungsflächen“ (HMUKLV, Stand: März 2017)*

Bewertung

Versiegelte Böden können ihre natürlichen Bodenfunktionen nicht mehr wahrnehmen. Der derzeitige Flächenverbrauch, der mit einer Erhöhung der Rate versiegelter Böden einher geht, würde bei anhaltender Geschwindigkeit den Freiraum künftiger Generationen zur selbstbestimmten Gestaltung ihrer Lebensräume zunehmend einengen und die Chancen für gleichwertige Lebensbedingungen verringern. Im Zuge der Baumaßnahme resultieren großflächige Versiegelungen, aus denen ein Verlust sämtlicher vorhandener Bodenfunktionen (z.B. Lebensraum-, Puffer-, und Filter- und Speicherfunktion, Funktion zur Regulierung der Temperaturbildung, zum Abbau von organischen Stoffen und mineralischen Nährstoffen durch Bodenorganismen usw.) resultiert. Durch die Maßnahmen sind negative Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes zu erwarten, die in engem Zusammenhang mit den Auswirkungen auf die Böden stehen. Auf versiegelten und teilversiegelten Flächen kann Niederschlagswasser nur bedingt versickern, die Grundwasserneubildung wird in der Folge verringert und der Bodenwasserhaushalt gestört. Durch die Maßnahme wird ein tiefgehender Eingriff in das Schutzgut Boden vorgenommen, welcher durch Ausgleichsmaßnahmen zu kompensieren ist.

Im Ergebnis wird ein bedeutender Eingriff in das Schutzgut Boden; aber nicht in das Schutzgut Fläche vorgenommen. Aufgrund der anlagenbedingten Auswirkungen werden Kompensationsmaßnahmen erforderlich. Somit kann der Eingriff in den Boden ausgeglichen werden. Dem Grundsatz eines sparsamen Umganges mit Grund und Boden wird gefolgt. Bei

Berücksichtigung der beschriebenen Ausgleichs-, Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen ergeben sich hinsichtlich des Schutzgutes keine erheblichen Beeinträchtigungen. Böden mit besonderen Standorteigenschaften oder mit natur- oder kulturgeschichtlicher Bedeutung sind voraussichtlich nicht betroffen. Die natürlichen Funktionen der Böden gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 3 Buchstabe c BBodSchG werden durch die vorliegende Planung unter Berücksichtigung der durchzuführenden Ausgleichsmaßnahmen nicht erheblich beeinträchtigt.

2.2 Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Schutzgüter Tiere und Pflanzen

Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

*Der räumliche Geltungsbereich beinhaltet das bestehende Industriegebiet, die westlich angrenzende Wiesenfläche, den vorhandenen Hochwasserschutzwall sowie den nördlich liegenden Auebereich. Die Wiesenfläche lässt sich in zwei Teilbereiche gliedern. Die westliche der beiden Wiesen/Weiden ist aufgrund der Lage an der „Orpe“ frisch bis feucht, weist aber keine typische Feuchtwiesen-Vegetation auf. In der Grasnarbe dominiert (fast 100 Prozent) aus Ein- und Nachsaaten hervorgegangenes Weidelgras (*Lolium perenne*), an zertretenen Stellen einige exempl. Stumpflättriger Ampfer (*Rumex obtusifolius*). Auf der östlichen der beiden Wiesen dominiert Wiesen-Knäulgras (*Dactylis glomerata*), daneben auch Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*), der ebenfalls auf frischen/nassen Boden hinweist. In dem hochwüchsigen reinen Gras-Bestand kommen keine für Feuchtwiesen typischen Kräuter vor, auch für Auenwiesen typische Hochstauden, die z.B. am Diemelufer wachsen (Wiesen-Storchschnabel, Kohldistel, Beinwell) sind nicht vorhanden. Beide Flächen werden aktuell in Mutterkuhhaltung beweidet.*

Der Hochwasserdamm weist eine eher magerrasenartige Vegetation auf. Seltene oder gefährdete Pflanzenarten sind nicht vorhanden, jedoch kann der Damm Biotopvernetzungsfunction für Schmetterlinge und andere Blütenbesucher wahrnehmen.

*Die Wiesen/Weiden in der Diemelaue nördlich des Damms werden aktuell von Rindern beweidet, der westlichste Teil gemäht. Auf diesen Flächen befinden sich mehrere betriebseigene Brauchwasserbrunnen. Der Boden ist insgesamt nicht nass und offenbar sehr gut drainiert und trittfest. Insgesamt sind diese Flächen etwas artenreicher als die oben beschriebenen Wiesen/Weiden an der „Orpe“. Neben den Gräsern kommen zumindest noch Rotklee, Spitzwegerich und randlich auch schwache Magerkeitszeiger wie Schafgarbe (*Achillea millefolium*) und Ferkelkraut (*Hypochaeris radicata*) vor. In der gemähten Fläche war außerdem Rotes Straußgras (*Agrostis tenuis*) anzutreffen, weswegen diese Flächen eher als Extensivgrünland anzusprechen wären. Seltene Tier- oder Pflanzenarten waren nicht anzutreffen.*

NATURA 2000 Gebiete im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes
Durch die Änderung des Bauleitplans wird das gemäß § 31 ff. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gesicherte europäische Schutzgebietsnetz "Natura 2000" nicht beeinträchtigt.

Sonstige Schutzgebiete

Schutzgebiete entsprechend des Bundesnaturschutzgesetzes und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz werden durch die geplante Änderung des vorliegenden Bauleitplans nicht beeinträchtigt. Die Wiesenfläche ist Gegenstand einer planungsrechtlich festgesetzten Ausgleichsmaßnahme, deren Entwicklungsziele bis zum Zeitpunkt der Bestandsaufnahme nicht eingetreten sind.

Seitens der Unteren Naturschutzbehörde wird die Annahme getroffen, dass sich durch die damaligen Festsetzungen und einer 30-jährigen Entwicklung besonders geschützte Biotope entwickelt hätten.

Die Flächen liegen inmitten eines Industriegebietes. Mit den damit verbundenen Emissionen und Bewegungen sind ständige betriebsbedingte Wirkungen auf die angrenzenden Lebensräume verbunden. Es ist nicht zu erwarten, dass aufgrund dieser Emissionen und durch den Industriebetrieb beeinträchtigten Umfeldes dieser Teil von Natur und Landschaft eine besondere Bedeutung als Biotop ausübt.

Eine Registrierung des Biotops gem. § 30 Abs. 7 BNatSchG erfolgte nicht. Daher darf angenommen werden, dass das bauplanungsrechtliche Vorhandensein eines Biotops eine andere Anerkennung gegenüber tatsächlich ausgeprägten Biotopen besitzt.

Artenschutzrechtliche Gegebenheiten

Der nördliche, innerbetriebliche Geltungsbereich stellt sich als von einer Bebauung und Emissionen umgebener, regelmäßig gepflegter Wiesenbereich im Anschluss an einen Auenbereich dar. Der Bereich ist durch eine engmaschige Zaunanlage von diesem höherwertigen Bereich getrennt. In den südlichen Randbereichen befinden sich einige Ufergehölze entlang der „Orpe“. Bei der Fläche handelt es sich um naturnahe Restbestände im technisch überprägten Umfeld mit wichtigen Biotopverbundfunktion zwischen dem südlich der L3438 gelegenen Offenland und der nördlich gelegenen Diemelau.

Mit Stellungnahme vom 17.03.2021 hat der Landkreis Waldeck-Frankenberg, Fachdienst Natur- und Landschaftsschutz weiterhin angeregt, dass sich in dem Gewässer Reliktpopulation der Groppe befinden können.

Amphibien:

Die Eigenschaften des Habitats von Amphibien reichen von geschlossenen, waldigen Lebensräumen bis zu offenen, extrem vegetationsarmen Landschaften in den ersten Sukzessionsstadien. Die Habitate bestehen zumeist aus zwei nahe beieinander liegenden Biotoptypen: einem aquatischen (Laichgewässer) und einem terrestrischen (Landhabitat) Habitat. Bei dem Fließgewässer „Orpe“ handelt es sich um einen Mühlengraben, der unabhängig der Niederschlagsverhältnisse eine konstant hohe Fließgeschwindigkeit und einen konstanten Wasserstand besitzt. Das begradigte und teils eingefasste Gewässerbett besitzt eine mäßig ausgeprägte Wasser- und Ufervegetation. Die steilen Böschungsbereiche werden regelmäßig unterhalten. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten sind Amphibien nicht zu erwarten.

Reptilien:

Die Habitate von Reptilien sind auf bestimmte Lebensraumtypen beschränkt. Neben strukturierten Hängen, Heiden und Wiesen sind Ton-, Sand- und Kiesgruben, Felsen und Steinbrüche, Hangmauern, Ruderalstellen und -flächen sowie Feuchtgebiete Lebensräume, in denen Reptilien zu erwarten sind. Die Wiesen/Weiden sind aufgrund der Lage an der „Orpe“ frisch bis

feucht, weisen aber keine typische Feuchtwiesen-Vegetation auf. In der Grasnarbe dominiert (fast 100 Prozent) aus Ein- und Nachsaaten hervorgegangenes Weidelgras (Lolium perenne), an zertretenen Stellen einige exempl. Stumpflättriger Ampfer (Rumex obtusifolius). Auf der östlichen der beiden Wiesen dominiert Wiesen-Knäulgras (Dactylis glomerata), daneben auch Wiesen-Fuchsschwanz (Alopecurus pratensis), der ebenfalls auf frischen/nassen Boden hinweist. In dem hochwüchsigen reinen Gras-Bestand kommen keine für Feuchtwiesen typischen Kräuter vor. Die Flächen werden aktuell in Mutterkuhhaltung beweidet. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten sind Reptilien nicht zu erwarten.

Säugetiere:

Geschützte Säugetiere sind aufgrund der Abtrennung durch die engmaschige Zaunanlage in den höherwertigen Bereichen nicht zu erwarten. Für Fledermäuse stellt der Planungsraum ein Nahrungshabitat dar.

Tagfalter und weitere Insekten:

Tagfalter besiedeln verschiedene terrestrische Lebensräume. In der Agrarlandschaft stellen vor allem extensive Wiesen und Säume ein wichtiges Habitat dar. Im Geltungsbereich des Bebauungsplans befindet sich der Hochwasserdamm, der eine eher magerartenartige Vegetation aufweist. Diese kann für Tagfalter oder andere blütensuchende Arten eine besondere Lebensraumqualität darstellen.

Insekten stellen die artenreichste Klasse der Tiere dar und besiedeln nahezu jeden Lebensraum. Der Rückgang der Insekten ist dabei auf verschiedene Ursachen zurückzuführen (z.B. Landnutzungswandel, Nutzungsintensivierung, Flächenverbrauch u.a.). Der Planungsraum besteht aus landwirtschaftlich genutzten Wiesenflächen mit schmalen, artenarmen Säumen und Wegen. Eine herausragende Bedeutung der Flächen für Insekten ist vor dem Hintergrund der Nutzung nicht zu erwarten.

Avifauna:

Mit Stellungnahme vom 17.03.2021 hat der Landkreis Waldeck-Frankenberg, Fachdienst Natur- und Landschaftsschutz darauf hingewiesen, dass die Grünflächen eine biotopverbindende Funktion für die Mehlschwalbe (Verantwortungsart) aufweisen. Diese soll die Wiesenfläche kreuzen um Nahrung im Bereich der „Diemel“ aufzunehmen.

Die Mehlschwalbe (Delichon urbicum) brütet in weiten Teilen ihres mitteleuropäischen Verbreitungsgebiets fast ausschließlich in dörflichen und städtischen Sekundärlebensräumen. Als europäische Vogelart gehört sie laut § 7 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zu den so genannten besonders geschützten Arten. Sie brütet meist an den Außenwänden von Gebäuden in Ortslage, so dass der Zusammenhang zwischen einem Eingriff an einem Gebäude und den davon betroffenen Bruten i. d. R. eindeutig hergestellt werden kann. Die Mehlschwalbe erfüllt darüber hinaus weitere Kriterien, die sie laut Runge et al. (2010) für eine vertiefte Betrachtung bei artenschutzrechtlichen Verfahren in Ortslage

qualifizieren: Sie ist ein Koloniebrüter, zeigt in vielen Regionen Deutschlands gegenwärtig einen negativen Bestandstrend und wurde in der Roten Liste der Brutvögel Deutschlands in Kategorie 3 als gefährdet eingestuft (Grüneberg et al. 2015; Schmolz 2017). Die Mehlschwalbe gehört somit zu den planungsrelevanten Tierarten im Rahmen der Eingriffsregelung. Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es bei nesttreuen Vogelarten, die wie die Mehlschwalbe alte Nester immer wieder nutzen bzw. neue Nester bevorzugt am selben Standort errichten, ganzjährig verboten, deren Nester bzw. Fortpflanzungsstätten zu beschädigen oder zu zerstören (Lukas, Petersen 2014). Die von der Unteren Naturschutzbehörde angeregten Traditionsnistplätze für Mehlschwalben befinden sich schwerpunktmäßig im historischen Ortskern. Hier sind einzelne Nistmöglichkeiten in der Haupt-, Ring- und Gartenstraße. Weitere traditionelle Nistplätze befinden sich an der Schule, der Kirche und den landwirtschaftlich genutzten Hofstellen. Ein Schwalbenhaus im Ortskern wird aktuell nicht angenommen.

Durch die Lage der Nistplätze wird dem Verbot nach § 44 Abs. 2 BNatSchG wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören, entsprochen.

Aufgrund der Lage der Änderungsbereiche, den typischen Emissionen, welche von den Industrieflächen ausgehen sowie der Eingriffsgrenze ist ein Vorkommen planungsrelevanter Arten innerhalb der Grenzen der Geltungsbereiche fast vollständig auszuschließen. Allein eine Nutzung als Nahrungshabitat kann nicht ausgeschlossen werden. Aufgrund der geringen Größe der Fläche und der Lage des Plangebietes mit umgebender großräumig bebauter Industrielandschaft bestehen jedoch keine essentiellen Habitatfunktionen. Auch die der Fläche zugeschriebene biotopverbindende Funktion, kann aufgrund der Lage der bekannten Fortpflanzungsstätten der Art nicht bestätigt werden.

Biologische Vielfalt

Der Begriff biologische Vielfalt oder Biodiversität umfasst laut Bundesamt für Naturschutz, die Vielfalt der Arten, die Vielfalt der Lebensräume und die genetische Vielfalt innerhalb der Tier- und Pflanzenarten. Alle drei Bereiche sind eng miteinander verknüpft und beeinflussen sich auch gegenseitig. Der Lebensraum wiederum hängt von bestimmten Umweltbedingungen wie Boden-, Klima- und Wasserverhältnissen ab.

Die Hessische Biodiversitätsstrategie verfolgt das Ziel, in Hessen die natürlich und kulturhistorisch entstandene Artenvielfalt in für die einzelnen Lebensräume charakteristischer Ausprägung zu stabilisieren und zu erhalten. Dabei soll die vorhandene naturraumtypische Vielfalt von Lebensräumen dauerhaft gesichert werden und sich in einem günstigen Erhaltungszustand befinden. Wildlebende Arten (Tiere, Pflanzen, Pilze, Mikroorganismen) sollen in ihrer genetischen Vielfalt und in ihrer natürlichen Verteilung –auch im Boden und Wasser– vorhanden sein.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei nicht Durchführung der Planung	<p><i>Aufgrund der vorhandenen Nutzungs- und Lebensraumtypen sind sowohl die biologische Vielfalt als auch die Funktion der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern als maximal durchschnittlich zu bewerten. Das im Gebiet befindliche Fließgewässer „Orpe“ ist durch die Industrieanlagen mit Wehren zur Energiegewinnung sowie der Kanalisierung in seiner biologischen Ausstattung sehr stark eingeschränkt. Eine Passierbarkeit ist sowohl flussaufwärts als auch flussabwärts nicht gegeben. Besondere Ausprägungen der biologischen Vielfalt sind nicht festzustellen.</i></p> <p><i>Bei Nichtdurchführung des Planvorhabens ist anzunehmen, dass sich aufgrund bestehender Kompensationsverpflichtungen Veränderungen hinsichtlich der Schutzgüter Pflanzen und Tiere gegenüber dem derzeitigen Zustand ergeben. Auf der privaten Grünfläche sind Kompensationsmaßnahmen durchzuführen.</i></p> <p><i>Die landwirtschaftlich genutzten Wiesen werden im Sinne einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft weiterhin gedüngt.</i></p> <p><i>Es ist zu erwarten, dass die südlich liegende Industriefläche entsprechend des bestehenden Planungsrechts (Höhe 17,0 Meter mit einzelnen Ausnahmen bis zu 65,0 Meter) bebaut werden. Hierdurch wird der Wert biotopverbindenden Strukturen herabgesetzt.</i></p>
Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands	Eingriffe // Auswirkungen:
- Baubedingt	<ul style="list-style-type: none">• <i>Erhöhung des Verkehrsaufkommens durch Baumaschinen</i>• <i>Temporäre Beeinträchtigungen von Saumstrukturen entlang der Wege durch Kontakt mit und Emissionen aus Baustellenverkehr und Baumaschinen</i>• <i>Beeinträchtigungen von Individuen durch Baulärm, Bewegung und sonst. Emissionen</i>• <i>Inanspruchnahme von Flächen durch Baustelleneinrichtungen, Bodenmieten und Materiallagerung</i>• <i>Temporäre Beeinträchtigungen durch Grabarbeiten für sonst. Leitungsverlegungen</i>
- Betriebsbedingt	<ul style="list-style-type: none">• <i>Betriebsbedingte Emissionen in Form von Verkehr (Lärm, Licht, stoffliche Emissionen)</i>
- Anlagenbedingt	<ul style="list-style-type: none">• <i>Verdrängung der Vegetation durch Versiegelung und Teilversiegelung der Grünfläche, Ausbau des Industriegebietes</i>• <i>Verdrängung von Habitaten durch Versiegelung und Teilversiegelung der Grünfläche, Ausbau des Industriegebietes</i>• <i>Beeinträchtigung des Gewässers durch Überbauung</i>
Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen fest gestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen	<ul style="list-style-type: none">• <i>Dauerhafte Begrünung von nicht bebauten Flächen zum Ausgleich der versiegelten und teilversiegelten Flächen, Teilausgleich der vorhandenen Vegetations- und Habitatstrukturen</i>• <i>Pflanzmaßnahmen für Stellplätze zur strukturräumlichen Gliederung und Erweiterung der Vegetations- und Habitatstrukturen</i>• <i>Begrenzung der Fläche des Baugebietes, keine Inanspruchnahme des Damms</i>• <i>Begrenzung der Grundflächenzahl zur Vermeidung der Inanspruchnahme von Flächen zur potentiellen Vegetationsentwicklung</i>

- *Begrenzung der Baummassenzahl, um das bauliche Volumen (Scheuchwirkungen) zu limitieren*
- *Erhalt der Böschungskante bei Überbrückung des Gewässers*
- *Zeitliche Regelung zur Entnahme von Gehölzen, um eine Schädigung von Individuen gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG auszuschließen*
- *Vogelschutzfolien an Glasflächen > 2,5 Quadratmeter, um Kollisionsrisiken zu minimieren*
- *Anbringen von drei Kunstnestern an der der Diemel zugewandten Gebäudeseite als habitatstützende Maßnahme für die Verantwortungsart Mehlschwalbe*
- *Nutzungsregelung der landwirtschaftlichen Flächen zum Ausgleich der versiegelten und teilversiegelten Flächen, Erweiterung der vorhandenen Habitatstrukturen*
- *Nutzungsregelung der landwirtschaftlichen Nutzung zum Ausgleich der versiegelten und teilversiegelten Flächen, Verschiebung des Artenspektrums, Erhöhung der Artenvielfalt*
- *Ersatz von Bäumen innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches bei Entnahme*
- *Maßnahme zur Überprüfung des Vorkommens der Groppe, um Individuen bei Vorhandensein umsiedeln zu können*

Bewertung

Durch die anlagenbedingten Maßnahmen gehen Lebensräume für Tiere und Pflanzen verloren, die aufgrund ihrer Lage und der tatsächlichen Nutzung nur geringe bis mittlere Funktionen für den Naturhaushalt innehaben. Für die Arten sind ausreichend Ausweichflächen, insbesondere durch den Auenbereich vorhanden, so dass die Auswirkungen, insbesondere auch auf die Avifauna als geringfügig eingeschätzt werden können.

Durch die Änderung des Bebauungsplanes wird eine Verlagerung festgesetzter Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft ausgelöst. Die Maßnahmen wurden nicht umgesetzt. In der Bilanzierung ist daher der Entwicklungszustand nach 30 Jahren anzunehmen. Für den Verlust dieser Flächen ist ein entsprechender Ersatz an anderer Stelle zu schaffen. Der vorhandene Biotopwert soll auf bisher intensiv bewirtschafteten Grünlandflächen in unmittelbarer räumlicher Nähe zum Eingriffsort verlagert werden.

Eine Betroffenheit besonders bzw. streng geschützter Pflanzen- und Tierarten gemäß Bundesnaturschutzgesetz kann aus fachlicher Sicht unter Berücksichtigung der Ausgleichsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Besonders geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG sind durch die Änderung des Bebauungsplanes nicht betroffen. Die Intensität der Beeinträchtigungen auf das Schutzgut wird als insgesamt gering eingeschätzt. Durch die Umsetzung der Planung werden nach aktueller Bewertung keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände gem. § 44 BNatSchG ausgelöst.

2.3 Schutzgut Wasser

Schutzgut Wasser

Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches befindet sich das Fließgewässer „Orpe“. Die „Orpe“ ist ein Hauptzufluss der Diemel, die den Westteil des Stadtgebietes von Süd nach Nord zerschneidet. Westlich des räumlichen Geltungsbereiches gabelt sich die „Orpe“. Der westliche Strom mündet in die „Diemel“. Der östliche Strom wird durch eine Wehranlage reguliert. Das begradigte Flussbett ist innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches durch zahlreiche Überbauungen in weiten Teilen segmentiert. Das Fließgewässer adaptiert den Charakter der umliegenden Industrielandschaft. Die vorhandene Gewässerstruktur wird in ihrer Gesamtbewertung mit einem sehr stark veränderten Erfüllungsgrad dargestellt.

Die jeweiligen Parameter stellen eine sehr hohe Abweichung vom unbeeinflussten Naturzustand dar. Auf der siebenstufigen Skala erreicht die Gesamtbewertung bestenfalls einen Erfüllungsgrad der Güteklasse IV (deutlich veränderte Gewässerabschnitte), begründet in einem sich als Grünland darstellendem Gewässerumfelds, für welches zudem planungsrechtlich bereits die Möglichkeit einer Versiegelung besteht. Die originären gewässermorphologischen Parameter erfahren durchweg eine schlechtere Bewertung. Durch die vorhandenen Wehre zur Energiegewinnung sowie der Kanalisierung der „Orpe“ unter- und oberhalb des Geltungsbereichs ist die biologische Ausstattung sehr stark eingeschränkt. Merklich veränderte Attribute (Güteklasse V) sind u.a. das Längsprofil, das Querprofil, die Sohlstruktur und die Uferstruktur rechts. Einen Erfüllungsgrad eines stark geschädigten bzw. sehr stark veränderten Gewässerabschnittes (Güteklasse VI) weisen die Laufentwicklung und die Uferstruktur links auf. Das Gewässerumfeld links besitzt eine vollständige Veränderung. Das Fließgewässer wird in den Gewässertyp „Feinmaterialreiche „silikatische Mittelgebirgsbäche (s)“ eingestuft.

Nördlich des bestehenden Industriegebietes befindet sich ein Überschwemmungsgebiet nach § 76 WHG. Überschwemmungsgebiete sind Gebiete zwischen oberirdischen Gewässern (Diemel) und Dämmen, die bei Hochwasser eines oberirdischen Gewässers überschwemmt oder durchflossen oder die für Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden. Der bestehende Hochwasserschutzdamm trennt die Betriebsflächen räumlich von dem Überschwemmungsgebiet.

Der Grundwasserstand steht in engem Kontakt zum Wasserstand des Gewässers. Der Grundwasserleiter ist hier Buntsandstein. Im unmittelbaren Geltungsbereich sind keine weiteren Oberflächengewässer vorhanden. Trinkwasserschutz- oder Heilquellenschutzgebiete werden durch die Planung nicht berührt.

Wenngleich die „Diemel“ durch einen Hochwasserschutzdamm vom Betriebsgelände getrennt ist, so ist insbesondere der offene Verlauf der „Orpe“ inmitten der Industrieanlage – trotz bereits bestehender Kanalisierung entsprechend vulnerabel. Die vorhandene Industrieanlage stellt grundsätzlich eine Gefahrenquelle für das Schutzgut Wasser dar.

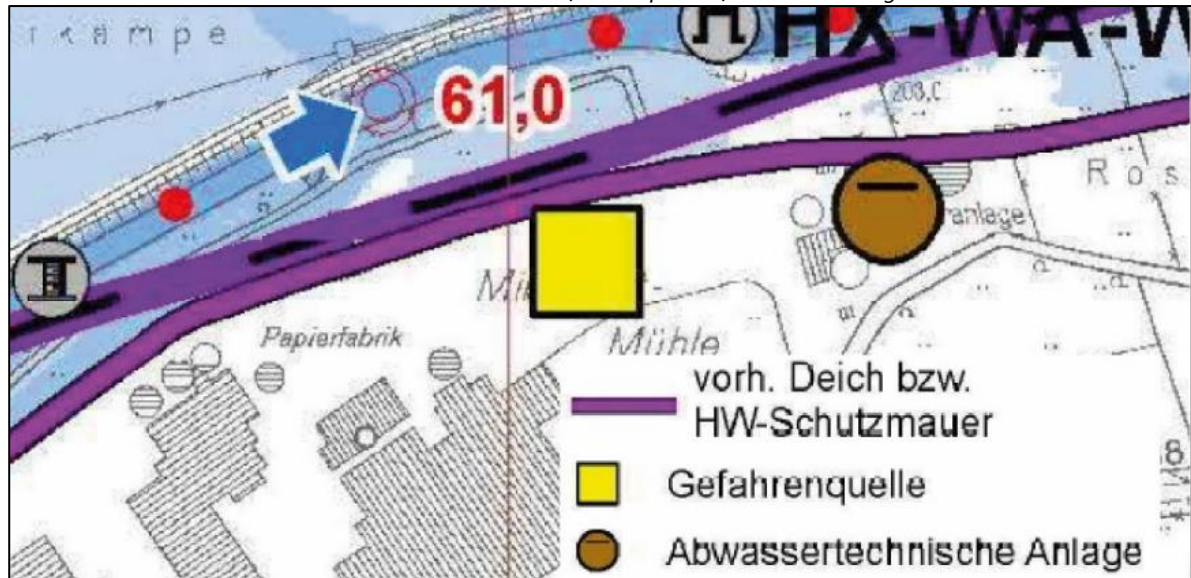


Abbildung 1
Darstellung der Überflutungsflächen/ -tiefen mit Fließgeschwindigkeit in der Umgebung des Planungsraumes

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei nicht Durchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung des Planvorhabens ist anzunehmen, dass eine veränderte Flächennutzung und folgende Veränderungen des Schutzgutes im Geltungsbereich offensichtlich nicht zu erwarten sind.

Es ist zu erwarten, dass durch die fehlende Erweiterungsmöglichkeit der ortsansässige Betrieb den Standort wechselt. Für einen Standortwechsel kommen Flächen in bestehenden Industriegebieten oder in neu auszuweisenden Gebieten in Frage. Bei einem Standortwechsel kann eine Industriebranche zurückbleiben.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands

Eingriffe // Auswirkungen:

- Baubedingt
- Betriebsbedingt
- Anlagenbedingt

- Möglicher Schadstoffeintrag durch Leckagen in Baumaschinen
- Keine
- Erhöhung des Niederschlagswasserabflusses durch zusätzliche Versiegelungen
- Potentielle Beeinträchtigung der Grundwasserneubildungsrate durch zusätzliche Bodenversiegelungen
- Verlust an Flächen für die Versickerung von Niederschlagswasser bzw. für die Grundwasserneubildungsrate

Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen festgestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen

- *Durch Überbauung des Fließgewässers weitere Herabsetzung der ohnehin deutlich reduzierten fließgewässerökologischen Funktionen*
- *Kein Eingriff in das Hochwasserschutzgebiet*
- *Planungsrechtliche Rücknahme einer Überquerung des Fließgewässers „Orpe“*
- *Räumliche Begrenzung neuer Überquerungen des Fließgewässers „Orpe“, Reduzierung auf erforderliche Fahrbahnbreiten unter Berücksichtigung sicherheitstechnischer Aspekte*
- *Sicherung des Uferrandstreifens*
- *Überbauung der „Orpe“ ohne Beeinträchtigung des Ufers (bis Böschungskante)*
- *Begrenzung der Grundflächenzahl zur Vermeidung zusätzlicher Versiegelungen im Hinblick auf den Niederschlagswasserabfluss*
- *Nutzungsregelung der landwirtschaftlichen Fläche zum Ausgleich bei gleichzeitigem Verzicht auf synthetische Pflanzenschutz- und Düngemittel*
- *Dauerhafte Begrünung von nicht bebauten Flächen zum Ausgleich der versiegelten und teilversiegelten Flächen, Verringerung des Niederschlagswasserabflusses*
- *Pflanzmaßnahmen für Stellplätze zur Vermeidung der Ansammlung des Oberflächenwassers, Speicherung des Niederschlagswassers und zeitversetzte Abgabe des Wassers bzw. ortsnahen Versickerung*
- *Ortsnahe Behandlung des Niederschlagswassers vor Einleitung in das angrenzende Fließgewässer „Orpe“, um den Anforderungen zur ortsnahen Verwertung des anfallenden Niederschlagswassers Rechnung zu tragen und Auswirkungen auf das Grundwasserregime zu minimieren*

Bewertung

Der Planungsraum befindet sich in einem bestehenden Industriegebiet. Durch die Entwicklungsabsichten werden Flächen voll- oder teilversiegelt, weshalb es zu einem zusätzlichen Niederschlagswasserabfluss und einer Änderung des Grundwasserregimes kommen kann. Zusätzlich soll das vorhandene Fließgewässer „Orpe“ durch eine weitere Überbauung weiter segmentiert werden. Dies hat eine zusätzliche Herabsetzung der ohnehin deutlich reduzierten fließgewässerökologischen Funktionen zur Folge.

Im Hinblick auf die Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen können negative Beeinträchtigungen zu einem erhöhten Niederschlagswasserabfluss und einer Änderung des Grundwasserregimes reduziert werden.

Für die Eingriffe werden schutzgutübergreifende Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt.

2.4 Schutzgüter Luft, Klima und Lufthygiene

Schutzgüter Luft und Klima

Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Der nordhessische Raum gehört der gemäßigten Klimazone an. Winde aus westlicher Richtung bewirken einen erhöhten Niederschlag. Sie sind mit einem maritimen (atlantischen) bis kontinentalen Klima vergleichbar. Die Hauptwindrichtung im Sommer ist Nordwest, während im Winter Südwestwinde überwiegen. Dies bedingt ein deutlich subkontinental geprägtes Klimagebiet.

Für die Stadt Diemelstadt liegen nur großklimatische Daten auf dem Klimaatlas von Hessen, 1981, vor (Hrsg. Deutscher Wetterdienst, Offenbach). Danach liegt die mittlere Lufttemperatur im Jahr bei durchschnittlich 7,5 – 8°C. Die mittlere Niederschlagshöhe im Jahr schwankt zwischen 650 und 700 mm im Ostteil und zwischen 700 und 750 mm im Westteil dieser Region.

Die Vegetationsperiode, die definiert wird als die Dauer von Tagen, bei der die Lufttemperatur $\geq 5^\circ\text{C}$ ist, dauert im Schnitt 225 Tage in beiden Bereichen; in den höheren Lagen liegt sie bei rund 220 Tagen. Der Beginn der Periode liegt ungefähr um den 25. März, sie endet in den tieferen oder östlicheren Lagen ca. am 10. November, in höheren Lagen rund 5 Tage früher. In dieser Zeit fällt im Ostteil des Planungsraumes rund 525 mm, im Westteil rund 575 mm Niederschlag.

Die durchschnittliche Anzahl der Sommertage im Jahr mit einer Mindesttemperatur von $\geq 25^\circ\text{C}$ liegt bei ca. 25 Tagen, Frosttage mit einer Minimumtemperatur von $< 0^\circ\text{C}$ gibt es an ca. 90 Tagen im Jahr. Reine Eistage, die eine Maximumtemperatur unter 0°C aufweisen, treten durchschnittlich an 25 Tagen im Jahr auf. Die mittlere Anzahl der Tage mit Nebel - hier überwiegend als Talnebel in größeren Auebereichen (Diemel-, Orpe-, Kälberbachaue) – liegt bei ca. 40 Tagen, im „Rhodener Forst“ und anderen nebelarmen Hanglagen tritt Nebel nur an ca. 20 Tagen im Jahr auf.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei nicht Durchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung des Planvorhabens ist anzunehmen, dass eine veränderte Flächennutzung und sich daraus anschließende Veränderungen des Schutzgutes im Geltungsbereich offensichtlich nicht zu erwarten sind.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands

Eingriffe // Auswirkungen:

- Eingriff

- Temporäre Beeinträchtigungen der Lufthygiene durch Emissionen aus Baumaschinen und Baustellenverkehr

- Betriebsbedingt

- Beeinträchtigungen der Lufthygiene aus Heizungsanlagen
- Beeinträchtigungen der Lufthygiene aus Verkehr

- Anlagenbedingt

- Verlust an Flächen für die Versickerung von Niederschlagswasser durch Teil- und Vollversiegelung, keine zeitversetzte Abgabe von Niederschlagswasser, weniger Verdunstungskühle
- Erhöhung der Oberflächenrauigkeit durch bauliche Anlagen

Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen fest gestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen	<ul style="list-style-type: none">• <i>Erhöhung der Umgebungstemperatur durch Versiegelung</i>• <i>Begrenzung der Grundflächenzahl im Hinblick auf die Wärmeabstrahlung der Oberflächen</i>• <i>Begrenzung der Höhe der baulichen Anlagen zur Minimierung der Oberflächenrauigkeit</i>• <i>Nutzungsregelung der landwirtschaftlichen Fläche zur Minimierung der Auswirkungen auf die Umgebungstemperatur, Speicherung und zeitversetzte Abgabe von Niederschlagswasser, Verdunstungskühle</i>• <i>Erhalt bestehender Gehölzstrukturen</i>
Bewertung	<p><i>Da durch die Standortwahl keine für die Kaltluftproduktion mit klimatischer Ausgleichsfunktion relevanten Flächen betroffen sind, ist eine erhebliche Beeinträchtigung des Klimas bzw. der Luft auszuschließen. Die Lufthygiene wird baubedingt temporär beeinträchtigt.</i></p>

2.5 Schutzgüter Landschaft und Landschaftsbild

Landschaft / Landschaftsbild

Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Diemelstadt liegt im Nordwesten von Hessen im Westhessischen Berg- und Senkenland. Der Stadtteil Wrexen schließt direkt an die Landesgrenze zu Nordrhein-Westfalen an. Der Geltungsbereich der Änderung des Bauleitplanes befindet sich westlich des Stadtteils Wrexen.

Das Untersuchungsgebiet ist Gegenstand einer Industrielandschaft. Einerseits erstreckt sich die Landesstraße 3438 (Orpetalstraße) entlang der Betriebsflächen. Andererseits bedingt die industrielle Nutzung das Landschaftsbild in den ansonsten weitgehend als Grünland genutzten Talbereichen von Diemel und Orpe.

Die anthropogen stark vorbelasteten Flächen besitzen keine Erholungsfunktion.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei nicht Durchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung des Planvorhabens ist anzunehmen, dass eine veränderte Flächennutzung und folgende Veränderungen des Schutzgutes im Geltungsbereich offensichtlich nicht zu erwarten sind.

Es ist zu erwarten, dass durch die fehlende Erweiterungsmöglichkeit der ortsansässige Betrieb den Standort wechselt. Für einen Standortwechsel kommen Flächen in bestehenden Industriegebieten oder in neu auszuweisenden Gebieten in Frage. Bei einem Standortwechsel kann eine Industriebranche zurückbleiben.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands

Eingriffe // Auswirkungen:

Baubedingt

- *Temporäre Beeinträchtigungen durch Baustellenfahrzeuge*

Betriebsbedingt

- *Beeinträchtigungen durch Verkehr*
- *Beeinträchtigung durch sonst. Immissionen*

Anlagenbedingt

- *Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch bauliche Anlagen*
- *Beeinträchtigung durch Schornsteine*
- *Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch die Nachverdichtung des Industriegebietes*

Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen fest gestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen

- *Nachverdichtung zur Vermeidung der Inanspruchnahme bisher nicht bebauter Flächen im Außenbereich*
- *Erhalt bestehender Gehölze zur Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes*
- *Pflanzmaßnahmen für Stellplätze zur strukturräumlichen Gliederung und Minimierung der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes*
- *Begrenzung der Grundflächenzahl zur Vermeidung zusätzlicher Auswirkungen auf das Landschaftsbild*
- *Begrenzung Baumassenzahl zur Vermeidung zusätzlicher Auswirkungen auf das Landschaftsbild*

Bewertung

Durch die vorhandenen Industrieflächen besteht aktuell eine Vorbelastung hinsichtlich der wahrnehmbaren Industrie sowie der Barriere- bzw. Zerschneidungswirkung, sodass eine zusätzliche Beeinträchtigung nicht erheblich ist. Eine Zusatzbewertung

hinsichtlich des Schutzgutes Landschaftsbild wird aufgrund der Nachverdichtung für nicht erforderlich erachtet. Erhebliche Beeinträchtigungen bestehen nicht.

Der funktionale Zusammenhang gilt als gewahrt, da die Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen die gestörte Funktion des Naturhaushaltes wiederherstellt und das Landschaftsbild landschaftsgerecht neugestaltet wird. Dem § 8 Abs. 2 Satz 4 BNatSchG wird Folge geleistet, da die Beeinträchtigungen der Werte und Funktionen des Landschaftsbilds nach Beendigung des Eingriffs nicht erheblich sind und aufgrund der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen keine nachhaltigen Beeinträchtigungen zurückbleiben

2.6 Wirkungsgefüge

Wirkungsgefüge							
Wirkfaktor	Mensch	Tiere / Pflanzen	Boden	Wasser	Klima / Luft	Landschaft	Kultur / Sachgüter
► Wirkung auf ▼ Mensch		Artenvielfalt, ökologische Strukturen verbessern die Erholungsfunktion			Einfluss auf Siedungsklima und Wohlbefinden des Menschen	Landschaft dient als Erholungsraum	---
Tiere u. Pflanzen	Störung durch Personen	Einfluss der Vegetation auf die Tierwelt	Boden als Lebensraum	Einfluss Bodenwasserhaushalt auf die Vegetation	Beeinflusst Standortfaktoren für Vegetation	Vernetzung von Lebensräumen	---
Boden	Veränderung durch Verdichtung, Versiegelung	Zusammensetzung der Bodenorganismen wirkt sich auf die Bodenentstehung aus		Einfluss auf die Bodenentwicklung	Einfluss auf Bodenentstehung, Verwitterung		---
Wasser	Gefahr durch Schadstoffeintrag	Vegetation erhöht Wasserspeicher- und -filterfähigkeit	Schadstofffilter und -puffer, Einfluss auf die Grundwasserneubildung		Einfluss auf Grundwasserneubildungsrate		---
Klima und Luft	Veränderung der Lufthygiene, Luftbahnen und Wärmeabstrahlung	Steigerung der Kaltluftproduktivität, Verdunstungskühlung	Speicherung von Wasser, Verdunstungskühlung	Verdunstungskühlung		Einflussfaktor bei Ausbildung des Mikroklimas	---
Landschaft	Kulturlandschaft (anthropogen verändert)	Arten- und Strukturereichtum als Charakteristikum			Beeinflusst Standortfaktoren für Vegetation		---
Kultur u. Sachgüter	Kulturgüter sind im Planungsgebiet nicht bekannt. Sachgüter werden über die Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere abgehandelt						

Grundsätzlich beeinflussen sich die verschiedenen Schutzgüter Boden, Wasserhaushalt, Vegetation, Tierwelt, Luft und Klima in ihrer Funktion gegenseitig. So können sich z.B. Teilbodenversiegelungen durch ein verringertes Versickern von Niederschlägen auf die Grundwasserneubildungsrate, das Ableiten von Niederschlägen in die Kanalisation auf das Abflussverhalten von Gewässern auswirken. Gleichzeitig können sich Versiegelungen erhöhend auf die Lufttemperatur auswirken und verdrängen Pflanzen und Tiere aus ihren Lebensräumen.

Vor dem Hintergrund einer Maßnahme zur Nachverdichtung im industriellen Sektor am abgelegenen Rand des besiedelten Bereiches sowie der langjährig etablierten Nutzungsstrukturen sind sowohl die biologische Vielfalt als auch die Funktion der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern in ihrer Gesamtheit als gering bis maximal durchschnittlich zu bewerten.

2.7 Natura 2000-Gebiete und sonst. Schutzgebiete

Schutzgebiete

Bewertung

Schutzgebiete entsprechend des Bundesnaturschutzgesetzes und des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz werden durch die geplante Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes nicht beeinträchtigt. FFH- Gebiete und Vogelschutzgebiete gemäß europäischer Vogelschutzrichtlinie sind kein Bestandteil des räumlichen Geltungsbereichs und werden durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt.

2.8 Schutzgüter Mensch, seine Gesundheit und die Bevölkerung insgesamt

Schutzgut Mensch, seine Gesundheit und die Bevölkerung insgesamt

Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands (Basisszenario)

Übermäßige Geräuschentwicklungen (Lärm) können zu einer Beeinträchtigung der Gesundheit des Menschen führen. Zu den wichtigsten Quellen einer Lärmbelastung gehören neben Straßen- und Luftverkehr die Industrie und das Gewerbe. Der gesamte Planungsraum ist durch die gewerbliche und industrielle Nutzung sowohl durch die Tätigkeiten auf den Betriebs- und Werksgeländen als auch durch Lärm des Liefer- (und Kundenverkehrs) stark vorbelastet.

Emissionen sind luftverunreinigende Stoffe, die z. B. aus ortsfesten Anlagen, dem Straßenverkehr und aus Hausbrandfeuerungen in die Atmosphäre eingeleitet werden. Luftverunreinigende Stoffe können als Partikel (z. B. Staub, Ruß), Gase (z. B. Kohlenmonoxid, Stickoxide, Schwefeldioxid) oder Gerüche auftreten. Sie können aus definierten Quellen (Kamine, Abgasrohre) oder aus diffusen Quellen (Mülldeponien, Halden, Umfüllstationen, Werkhallenentlüftungen) in die Atmosphäre gelangen. Luftschadstoffe stellen ein wichtiges Gefährdungspotenzial für den Menschen dar. Sie entstehen insbesondere durch menschliche Tätigkeiten. Zu den wichtigsten Quellen von Luftschadstoffen gehören der Verkehr, Industrie und Gewerbe sowie Kraftwerke. Erhöhte Belastungen können im Nahbereich der Industriefläche auftreten. Durch die gesetzliche Festlegung von Grenzwerten ist allerdings eine erhebliche Beeinträchtigung durch die Luftbelastung ausgeschlossen.

Künstliche Lichtquellen werden in unserer Gesellschaft heute in großem Umfang eingesetzt. Lichtimmissionen gehören aber zu den schädlichen Umwelteinwirkungen, wenn sie nach Art, Ausmaß und Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit herbeizuführen. Zum Schutz des Menschen vor belästigenden Lichtimmissionen im Privatbereich bestehen Immissionsrichtwerte, die von gewerblichen Anlagen eingehalten werden müssen.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei nicht Durchführung der Planung	<i>Bei Nichtdurchführung des Planvorhabens ist anzunehmen, dass eine veränderte Flächennutzung und sich anschließende Veränderungen des Schutzgutes im Geltungsbereich offensichtlich nicht zu erwarten sind.</i>
Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands	Eingriffe // Auswirkungen:
- Baubedingt	<ul style="list-style-type: none">• <i>Temporäre Beeinträchtigungen der Lufthygiene durch Baustellenfahrzeuge und Baumaschinen, Staubemissionen</i>• <i>Temporäre Beeinträchtigungen durch Lärmemissionen</i>
- Betriebsbedingt	<ul style="list-style-type: none">• <i>Betriebsbedingte Emissionen durch Verkehr, Beeinträchtigung der Lufthygiene</i>• <i>Betriebsbedingte Emissionen durch Licht, Erhöhung der Beeinträchtigung durch Lichtverschmutzung</i>• <i>Betriebsbedingte Emissionen durch Lärm</i>
- Anlagenbedingt	<ul style="list-style-type: none">• <i>Keine</i>
Beschreibung der geplanten Maßnahmen, mit denen fest gestellte erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert oder soweit möglich ausgeglichen werden sollen	<ul style="list-style-type: none">• <i>Nachverdichtung zur Vermeidung neuer Immissionsquellen</i>
Bewertung	<p><i>Die baubedingten Auswirkungen sind zeitlich und räumlich begrenzt. Da keine Wohnbebauung an die Vorhabenfläche grenzt, sind lärm-, staub- und erschütterungsbedingte Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch unerheblich. Das erhöhte Verkehrsaufkommen ist ebenfalls zeitlich sehr begrenzt.</i></p> <p><i>Aufgrund der Lage des Geltungsbereiches außerhalb des besiedelten Raumes und der nur geringfügigen Auswirkungen der beschriebenen Faktoren ergeben sich hinsichtlich des Schutzgutes Mensch keine erheblichen Beeinträchtigungen.</i></p> <p><i>Der Planungsraum besitzt aufgrund der anthropogenen Vorbelastungen sowie der Zerschneidungseffekte keinen Wert als Erholungsraum. Daher sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten.</i></p>

2.9 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Schutzgut Kultur- und Sachgüter		
Bestand		<i>Innerhalb der verfahrensgegenständlichen Flächen befinden sich keine geschützten Bau-, Natur- oder Bodendenkmäler.</i>
Eingriff	Baubedingt	• keine
	Betriebsbedingt	• keine
	Anlagenbedingt	• keine
Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei nicht Durchführung der Planung		<i>Bei Nichtdurchführung des Planvorhabens ist anzunehmen, dass eine veränderte Flächennutzung und sich anschließende Veränderungen des Schutzgutes im Geltungsbereich offensichtlich nicht zu erwarten sind.</i>
Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung		<ul style="list-style-type: none"> • Sollten dennoch bei Erdarbeiten Bodendenkmäler wie Mauern, Steinsetzungen, Bodenverfärbungen und Fundgegenstände, z. B. Scherben, Steingeräte, Skelettreste entdeckt werden, sind diese nach § 21 HDSchG unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege, hessenArchäologie, oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden. Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen (§ 21 Abs. 3 HDSchG). • Keine Beeinträchtigung von geschützten und schützenswerten Bau- und Bodendenkmälern • Erhalt von Stadt-/Ortsbildern
Bewertung		<i>Visuelle Beeinträchtigungen im Umfeld geschützter oder schützenswerter Kultur-, Bau- und Bodendenkmäler, die sich sowohl im Siedlungskontext als auch im landschaftlichen Freiraum befinden, werden nicht erwartet. Daher ist keine erhebliche Beeinträchtigung zu erwarten.</i>

3 Ausgleichsmaßnahmen

3.1 Eingriffsregelung

Nach § 15 BNatSchG sind unvermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft ausgleichspflichtig. Dies gilt gemäß § 18 BNatSchG auch im Zusammenhang mit der Bauleitplanung. Grundsätzlich sollen die Ausgleichsmaßnahmen unter Wahrung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung die quantitative und qualitative Kompensation gewährleisten.

Die Bewertung des Eingriffs erfolgt nach den aktuellen Erkenntnissen des wissenschaftlichen Naturschutzes. Als Bewertungsgrundlage zur Ermittlung der Eingriffserheblichkeit dient eine Begutachtung der Eingriffsflächen mit einer Bestandsaufnahme in Form einer Biotoptypen- und Nutzungskartierung. Die Bilanzierung des Eingriffs erfolgt über die Hessische Kompensationsverordnung (KV) vom 26. Oktober 2018.

Tabelle 3 – Bilanzierung nach hessischer Kompensationsverordnung 2018

Nutzungstyp nach Anlage 3 KV		BWP/m ²	Fläche je Nutzungstyp in m ²		Biotopwert	
Typ-Nr.	Bezeichnung		vorher	nachher	vorher	nachher
Bestand						
04.600	Feldgehölz (Baumhecke), großflächig Deckungsgrad der Bäume > 50% (im Unterschied zu Hecken / Gebüsch)	50	1.931	1.432	96.550	-71.600
05.226	Sonstige Flussabschnitte, Gewässerstrukturgüteklasse 3 oder schlechte	44	4.044	3.608	177.936	-158.752
10.510	Sehr stark oder völlig versiegelte Flächen, davon:	3				
	• Verkehrsflächen		17.916	22.900	53.748	- 68.700
	• Industriegebiet (80 Prozent überbaubar)		101.289	106.164	303.866	-318.492
10.610	Bewachsene unbefestigte Feldweg	25	18	0	450	0
11.221	Gärtnerisch gepflegte Anlagen im besiedelten Bereich, arten- und strukturarme Hausgärten	14	25.322	26.541	354.511	-371.574
06.350	Intensiv genutzte Wirtschaftswiesen und Mähweiden Silagewiesen und Mähweiden mit meist mind. 4- maliger Nutzungsfrequenz und starker Düngung, artenarm	21	53.345	0	1.120.245	0
06.350	Intensiv genutzte Wirtschaftswiesen und Mähweiden, inkl. Neuanlage (Flurstücke 16 und 17)	19	14.335	0	272.365	0
06.350	Extensiv genutzte Wirtschaftswiesen und Mähweiden (Kompensation gemäß B-Plan)	27*	0	64.919	0	- 1.752.813
Bestehende Kompensationsmaßnahmen:						
	Ausgleichsmaßnahme 2	Ø 51,5*	7.939	1.676	408.859	- 86.314
	Ausgleichsmaßnahme 3b	39	6.455	5.354	251.745	- 208.806
	Ausgleichsmaßnahme 3c	-	12.254	12.254	---	---
	Ausgleichsmaßnahme 5	-	7.590	7.590	---	---
SUMME			252.438	252.438	3.040.275	- 3.037.051
BIOTOPWERTDIFFERENZ					3.224	

* Fünf Punkte Aufwertung für die extensive Nutzung der Wiesenflächen inkl. Verzicht auf Düngemittel und Pestizideinsatz. Zuzüglich ein Punkt Aufwertung durch Schlitzsaat mit Regiosaatgut zur Artanreicherung.

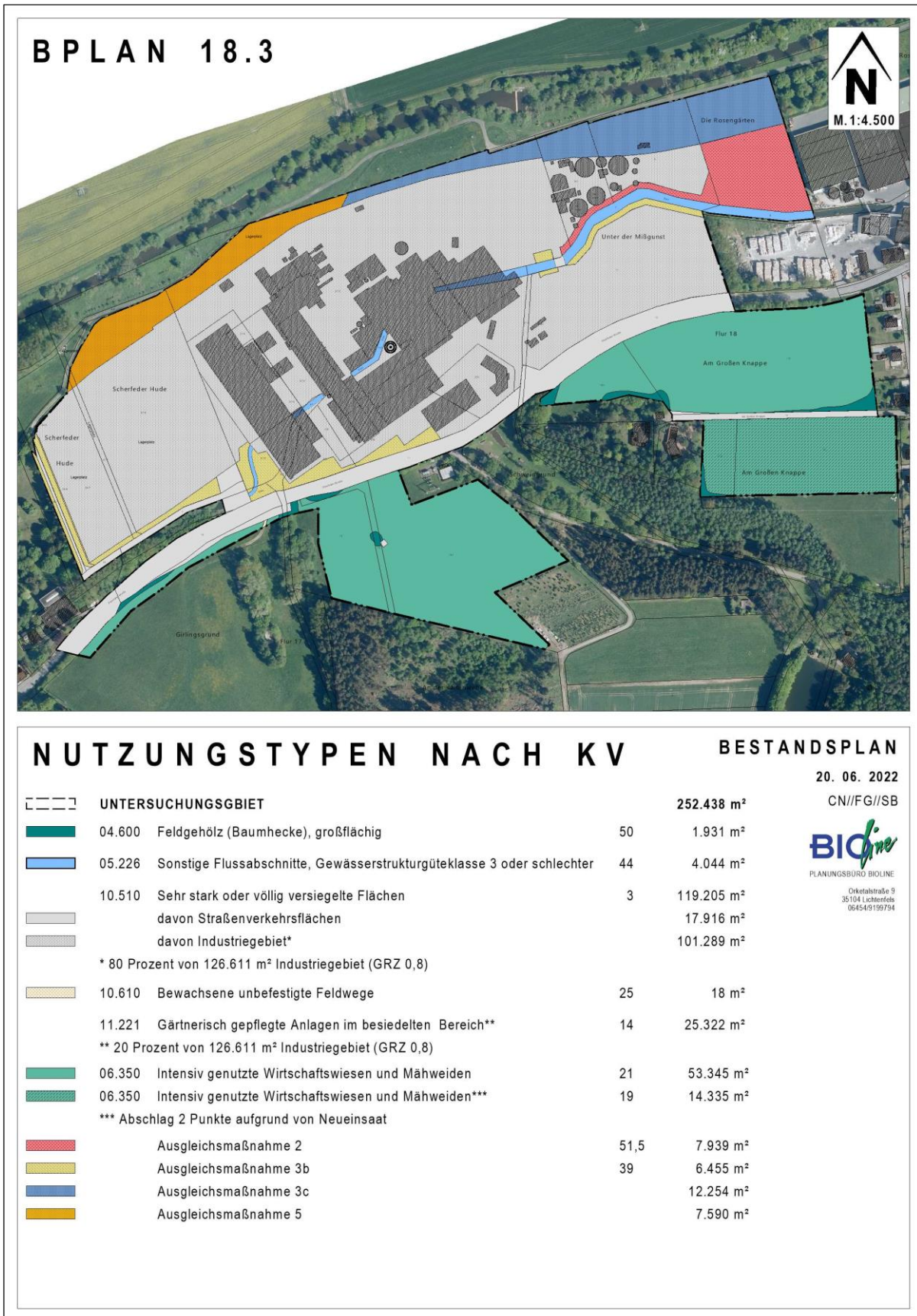
Die Ausgleichmaßnahmen mit der Bezeichnung „Fläche 2“ setzen sich aus 35% Wasserfläche (Röhrichtzone), 40 Prozent Feuchtwiese und 25 Prozent Gehölzstandort zusammen. Der Biotopwert setzt sich daher aus den folgenden Biotoptypen zusammen:

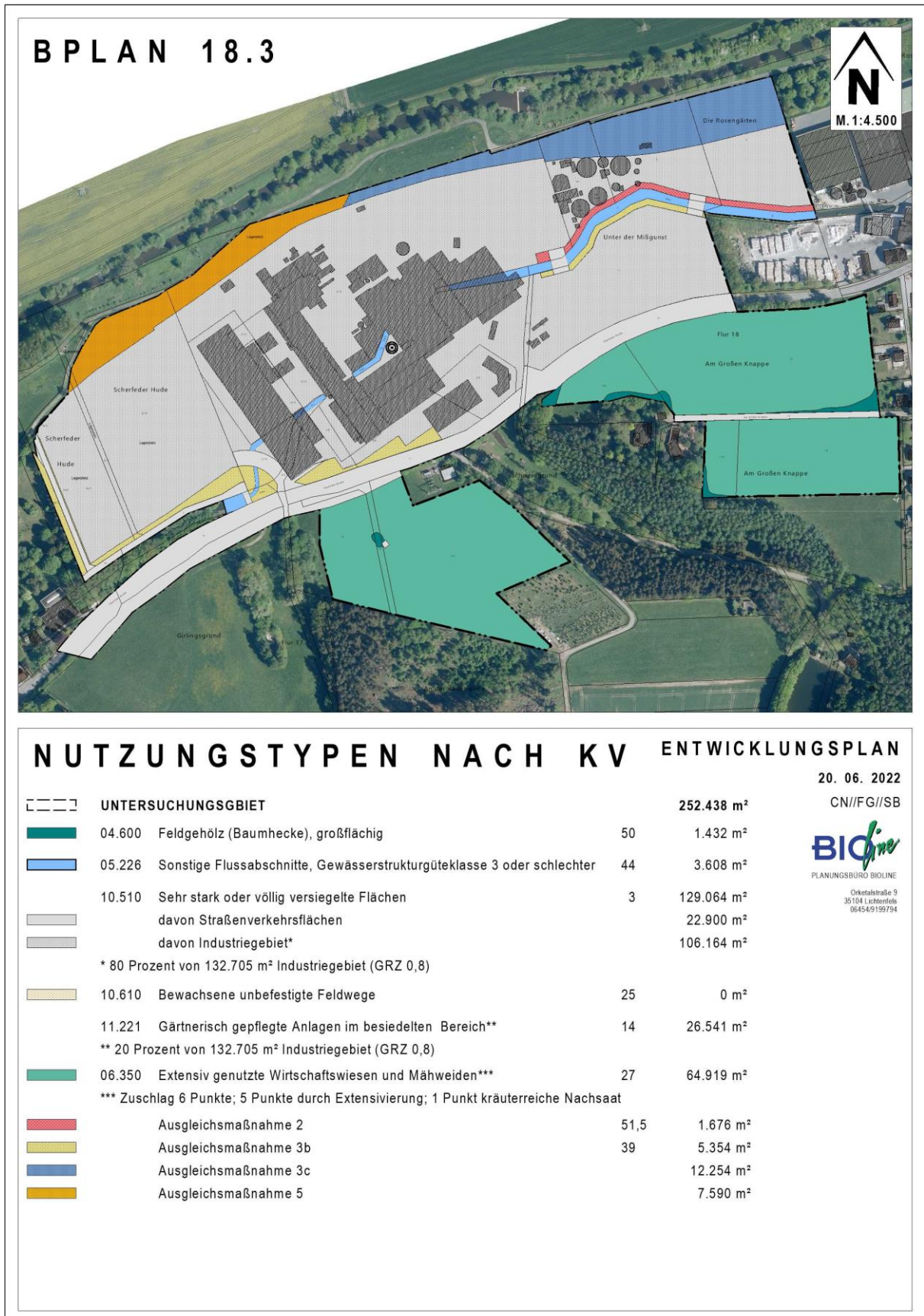
Nutzungstyp nach Anlage 3 KV		BWP/m ²	Flächenanteil	Biotopwert
Typ-Nr.	Bezeichnung		Flächenanteil im KGV	Biotopwert im KGV
Bestand				
02.320	Ufergehölzsaum, standortgerecht mit <i>Alnus glutinosa</i> und <i>Fraxinus excelsior</i>	50	16.225 (25 Prozent von 64.900)	811.250 (50 BWP x Flächenanteil im KGV)
05.460	Feucht- und Nassstaudenfluren an Fließgewässern	44	22.715 (35 Prozent von 64.900)	999.460 (44 BWP x Flächenanteil im KGV)
10.510	Feucht- und Nasswiesen (Sumpfdotterblumenwiesen)	59	25.960 (40 Prozent von 64.900)	1.531.640 (59 BWP x Flächenanteil im KGV)
			64.900 (KGV)	3.342.350 51,5 Biotopwert je m ²

KGV = Kleinstes gemeinsames Vielfaches

Für die Bilanzierung wird entgegen der Kompensationsverordnung, bei der der letzte rechtmäßige Zustand maßgeblich bzw. der Zustand zu bewerten ist, der bei plangemäßer Pflege drei Vegetationsperioden nach Herstellung der Kompensationsmaßnahme zu erwarten ist, der vollentwickelte Zustand der Nutzungstypen angenommen. Durch die Annahme vollentwickelter Nutzungsstrukturen wird den Anregungen des Landkreises Waldeck-Frankenberg, Fachdienst Umwelt entsprochen.

Die Ausgleichmaßnahme mit der Bezeichnung „Fläche 3b“ wird als flächendeckende Gehölzpflanzung (Laubbäume) in artgerechten Abständen festgesetzt. Bei der Maßnahme sind mindestens 60 Prozent der folgenden Arten zu verwenden: Schwarzerle, Spitzahorn, Stieleiche, Traubenkirsche, Roter Hartriegel, Esche, Silberweide, Salweide, Aschweide, Holunder, Gemeiner Schneeball, Feldulme. Aufgrund der Entwicklungsziele wird für die Maßnahme der Biotoptyp Gebüsche, Hecken, Säume heimischer Arten auf frischen Standorten angenommen.





3.2 Naturschutzrechtlicher Ausgleich

Innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches werden Flächen und Maßnahmen zum Ausgleich festgesetzt. Hierbei soll eine ökologische Aufwertung der Grünlandflächen durch folgende Maßnahmen erzielt werden:

- › Zur Aushagerung ist in den ersten fünf Jahren eine mindestens dreimalige Mahd mit Abräumen des Schnittguts ohne zeitliche Bewirtschaftungseinschränkungen bei Verzicht auf jegliche Düngung durchzuführen.
- › Empfehlung einer Nachbeweidung
- › Nach der Aushagerung Durchführung einer Schlitzsaat mit Regiosaatgut zur Artanreicherung
- › Danach: Etablierung einer 2-schürigen Mahd mit Aufnahme bzw. Entfernung des Schnittguts. Das Schnittgut ist einer ordnungsgemäßen Verwendung bzw. ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Erster Mahdtermin ab Mitte Juni, möglichst in einem Zeitfenster von 2-3 Wochen. Zweiter Mahdtermin richtet sich nach dem zweiten Aufwuchs, in der Regel ab dem 01. September je nach Bewuchs.
- › Nachbeweidung alternativ zur zweiten Mahd ab dem 01. September möglich (kurzzeitige Nachbeweidung ohne Zufütterung, keine Standweide oder reine Koppelhaltung). Beweidung mit max. 2 Großvieheinheiten (GV) pro ha. Zur Vermeidung von erheblichen Boden- und Narbenschäden keine Beweidung bei durchnässtem Boden sowie im Spätherbst und Winter.
- › Düngeverzicht (kein Mist, Gülle, mineralischer Dünger etc.)
- › Verzicht auf Pflanzenschutzmittel
- › Keine Veränderung des Bodenreliefs
- › Die bestehende Gehölzkulisse ist zu erhalten, zu sichern und zu pflegen. Bei einer Entfernung müssen Bäume und Sträucher innerhalb der Geltungsbereiche ersetzt werden.

Durch Festsetzung der Ausgleichsmaßnahmen kann das bestehende Biotopwertdefizit ausgeglichen werden.

3.3 Bewertung

Durch die Änderung des vorliegenden Bauleitplans wird ein Eingriff in planungsrechtlich gesicherte aber tatsächlich noch nicht durchgeführte Ausgleichsmaßnahmen ausgelöst. Aufgrund der eingegangenen Anregungen wurde der vollentwickelte Wert des planungsrechtlich zu entwickelnden Biotoptyps – selbst wenn dieser sich nicht eingestellt hat - angenommen.

Durch die Veränderung der Gestalt und Nutzung der Grundflächen wurde ein Eingriff in die Natur und Landschaft vorgenommen.⁴ Die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts wird nachteilig beeinträchtigt. Daher ist für den Eingriff eine kompensatorisch wirksame Maßnahme, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturraums wieder herstellt, erforderlich.

Dem Eingriff wird daher ein Ausgleich in einer zehnfachen Größe gegenübergestellt. Durch die Maßnahme werden 65.000 Quadratmeter Grünland einer intensiven Bewirtschaftungsform entzogen und in eine extensive Bewirtschaftung überführt. Durch die Maßnahme kann die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts wiederhergestellt werden, wenn die Erstellung und Funktion der Maßnahme kontrolliert wird.

3.4 Maßnahme zur Überwachung der Umweltauswirkungen

Gemäß § 4c BauGB sollen die erheblichen Umweltauswirkungen, die aufgrund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten, überwacht werden, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen. Hierzu werden in diesem Kapitel die Maßnahmen zur Kontrolle sowie die zeitlichen Abstände festgelegt. Das Monitoring beschränkt sich auf die Schutzgüter, für die ein erheblicher Eingriff festgestellt wurde.

Die Stadt Diemelstadt beabsichtigt Dritte (z. B. Investoren) vertraglich an die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen und an die bestimmten Überwachungsmaßnahmen zu binden.

- Die Stadt hat sicherzustellen, dass die bauliche Umsetzung gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes erfolgt. Dies gilt insbesondere für die Maßnahmen zur Minderung des Eingriffs sowie für die Ausführung der festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen.
- Die Art und Qualität der Ausführung von Maßnahmen zum Ausgleich und Ersatz von Eingriffen hat gemäß den Vorgaben der Bauleitplanung zu erfolgen und ist von der Stadt durch entsprechende Kontrollen sicherzustellen.
- Realisierung und dauerhafter Erhalt sind durch dingliche Sicherung sowie durch geeignete Pflegemaßnahmen zu gewährleisten.
- Im Rahmen des Bebauungsplanes bzw. anderer Fachplanungen sind entsprechend den Entwicklungszielen der Ausgleichsmaßnahmen bzw. denen von Natur und Landschaft

⁴ Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) § 14 Eingriffe in Natur und Landschaft
(1) Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne dieses Gesetzes sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können

geeignete Zeiträume festzulegen, nach denen geprüft werden soll, ob sich Flächen oder Maßnahmen funktionsfähig und gemäß den festgesetzten Zielvorgaben entwickelt haben.

- Die Überprüfung dieser Maßnahmen ist von der Stadt sicherzustellen und hat durch einen Fachplaner, Sachverständigen oder Fachmann zu erfolgen.

Es wird darauf verwiesen, dass die Stadt Diemelstadt in eigener Verantwortung über das wann und wie der Abwicklung des Monitorings entscheidet (vgl. BVerwG, Beschl. V. 30.12.2009 – BN 13.09).

4 Alternative Standorte

Im Sinne der nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung zum Schutz der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Güter ist die Auswahl eines geeigneten Standortes ein entscheidender Faktor. Das hier gegenständliche Planverfahren umfasst die Flächen eines bestehenden Betriebs und soll eine Erweiterung dessen sichern.

Die Lage des Betriebs zwischen der vorhandenen Wohnbebauung des Stadtteils „Wrexen“ und der „Diemelau“ ist aufgrund der Betriebsabläufe der papierverarbeitenden Industrie historisch gewachsen. Das für die Produktion erforderliche Wasser kann einem Kanal („verlegte Orpe als Mühlegraben“, der ursprünglich für den Betrieb von Wassermühlen angelegt wurde, entnommen werden. Die besondere Lage ist aufgrund der umgebenden Strukturen ein limitierender Faktor für potentielle Expansionen.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Stadt Diemelstadt der ansässigen Firma eine Möglichkeit zur Erweiterung der Betriebsflächen unter Wahrung kommunaler und öffentlicher Interessen zu eröffnen, ohne eine Standortverlagerung auszulösen. Alternative Standorte für das Planungsvorhaben sind im Kontext der Ausgangssituation und Zielsetzung weniger geeignet, die Ausweisung am Ort des Bestandes stellt die bestmögliche Lösung dar.

5 Sonstige Angaben

5.1 Sachgerechter Umgang mit Abfällen

Die Darstellungen in Plänen des Abfallrechts sind nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe g BauGB zu berücksichtigen, sodass der sachgerechte Umgang mit Abfällen ein Mittel zur Gewährleistung des städtebaulichen Umweltschutzes ist. Bei der vorliegenden Bauleitplanung folgt der Umgang mit Abfällen den Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG).

5.2 Sachgerechter Umgang mit Abwässern

Der sachgerechte Umgang mit der Abwasserbeseitigung ist ein Mittel zur Gewährleistung des städtebaulichen Umweltschutzes. Bei der vorliegenden Bauleitplanung folgt der Umgang mit der Abwasserbeseitigung den Anforderungen des § 55 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und den sonstigen fachlichen Anforderungen des WHG.

5.3 Umgang mit erneuerbaren Energien

Gemäß dem Erneuerbare-Energie-Wärmegesetz EEWärmeG ist jeder Eigentümer von Gebäuden, die neu errichtet werden und eine Nutzfläche von mehr als 50 Quadratmeter aufweisen dazu verpflichtet, den Wärmeenergiebedarf durch die anteilige Nutzung von erneuerbaren Energien zu decken.

5.4 Technisches Verfahren

Um die Umweltprüfung vorzunehmen, wurden die übergeordneten Planwerke der räumlichen Gesamtplanung (Regionalplan Nordhessen 2009, Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan der Stadt Diemelstadt) sowie die Fachpläne der Landschaftsplanung (Landschaftsrahmenplan Nordhessen 2000) beachtet. Darüber hinaus wurden die Internet-Datenbanken des HLNUG in Bezug auf naturschutzrechtliche Schutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotope, Wasserschutzgebiete, Wasserrahmenrichtlinie, Bodeneigenschaften etc. abgefragt. Es wurden weitere Erhebungen durch verschiedene Begehungen des Plangebietes durch fachkundiges Personal durchgeführt. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonst. Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit wurde genutzt, um den Untersuchungs- und Detaillierungsrahmen der Umweltprüfung und des Umweltberichts festzulegen. Bei der Zusammenstellung der Unterlagen ergaben sich bisher keine Schwierigkeiten.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Firma Smurfit Kappa Wrexen Paper & Board möchte ihren Betrieb erweitern und optimieren, um den aktuellen Markterfordernissen Rechnung tragen zu können. Dazu beabsichtigt das Unternehmen im Zentrum des Betriebsgeländes die Betriebsflächen, hauptsächlich für die Lagerung von Papierballen, zu erweitern. Diesem Vorhaben stehen im rechtskräftigen Bebauungsplan festgesetzte Kompensationsmaßnahmen entgegen, die nunmehr verlagert werden müssen. Für die Erreichbarkeit der zusätzlichen Betriebsflächen ist eine Teil-Überbauung des begrabigten Mühlgrabens („Orpe“) südlich der Betriebsfläche im Bereich „Unter der Mißgunst“ erforderlich.

Die Stadt Diemelstadt beabsichtigt den Bebauungsplan zur Förderung der privaten Initiative zum Erhalt und der Schaffung neuer Arbeitsplätze unter Wahrung kommunaler und öffentlicher Interessen zu ändern, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die industrielle Erweiterung zu schaffen. Mit der Änderung des Bebauungsplanes soll der Bedeutung des Planvorhabens für die Stadt Diemelstadt Rechnung getragen werden, da die ortsansässigen Papierfabriken seit mehr als 100 Jahren ein wesentliches Standbein der Wirtschaft in der Stadt Diemelstadt darstellen. Smurfit Kappa Wrexen Paper & Board GmbH beschäftigt aktuell circa 300 Mitarbeiter am Standort Wrexen.

Durch die Änderung des Bebauungsplanes wird ein Eingriff in planungsrechtlich gesicherte aber tatsächlich noch nicht durchgeführte Ausgleichsmaßnahmen ausgelöst. Aufgrund der eingegangenen Anregungen wurde der vollentwickelte Wert des planungsrechtlich zu entwickelnden Biotoptyps – selbst wenn dieser sich nicht eingestellt hat - angenommen. Durch die Veränderung der Gestalt und Nutzung der Grundflächen wurde ein Eingriff in die Natur und Landschaft vorgenommen. Die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts wird nachteilig beeinträchtigt. Daher ist für den Eingriff eine kompensatorisch wirksame Maßnahme, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturraums wieder herstellt, erforderlich.

Dem Eingriff wird daher ein Ausgleich in einer zehnfachen Größe gegenübergestellt. Durch die Maßnahme werden 65.000 Quadratmeter Grünland einer intensiven Bewirtschaftungsform entzogen und in extensive Bewirtschaftung überführt. Durch die Maßnahme kann die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts wiederhergestellt werden, wenn die Erstellung und Funktion der Maßnahme kontrolliert wird.

**KURZERLÄUTERUNGEN
STRASSENBAU**

**BEBAUUNGSPLANVERFAHREN
B-PLAN NR. 18
„INDUSTRIEGEBIET WREXEN“**

Neuplanung des Straßenanschlusses an der
Werkszufahrt „West“ mit Errichtung einer
Linksabbiegespur an der Landesstraße 3438



SMURFIT KAPPA WREXEN

PAPER & BOARD GMBH

Diemelstadt Wrexen

Mai 2022

VERZEICHNIS DER ENTWURFSBESTANDTEILE

1.0 KURZERLÄUTERUNGEN ZU
BEBAUUNGSPLANVERFAHREN

PLANUNTERLAGEN – siehe nachfolgendes Planverzeichnis

Planverzeichnis – Straßenbau

5. LAGEPLÄNE

5.1	Lageplan Straßenbau ohne Freihaltefläche Straßenbau	M = 1 :	250
5.1.1	Lageplan Straßenbau mit Freihaltefläche Straßenbau	M = 1 :	250
5.2	Lageplan Schleppkurven Zufahrt rechtsabbiegend	M = 1 :	250
5.3	Lageplan Schleppkurven Zufahrt linksabbiegend	M = 1 :	250
5.4	Lageplan Schleppkurven landwirtschaftliche Zugmaschine	M = 1 :	250
5.5	Lageplan Schleppkurven landwirtschaftliche Zugmaschine	M = 1 :	250
5.6	Lageplan Sichtfelder	M = 1 :	250

6. HÖHENPLÄNE

6.1	Höhenplan Achse 200 – Werksein- und ausfahrt West	M = 1 :	250 / 25
-----	---	---------	----------

14. QUERSCHNITTE

14.1	Straßenquerschnitte	M = 1 :	50
------	---------------------	---------	----

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	DARSTELLUNG DER BAUMAßNAHME	1
1.1	Straßenbauliche Beschreibung.....	1
2.0	TECHNISCHE GESTALTUNG DER BAUMASSNAHME.....	2
2.1	Trassenbeschreibung	2
2.2	Straßenquerschnitt	3
2.3	Entwässerung.....	4
2.4	Baugrund	5
2.5	Nachweise	5
3.0	UNTERFÜHRUNGSBAUWERK „ORPE“	1

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Es konnten keine Einträge für ein Abbildungsverzeichnis gefunden werden.

TABELLENVERZEICHNIS

Es konnten keine Einträge für ein Abbildungsverzeichnis gefunden werden.

1.0 DARSTELLUNG DER BAUMAßNAHME

Die SMURFIT Kappa Paper & Board GmbH (*nachfolgend als „Smurfit Kappa“ benannt*) beabsichtigt das Betriebsgelände am westlichen Stadtrand von Diemelstadt im Ortsteil Wrexen durch eine neue Ein- und Ausfahrt „West“ an das überregionale Straßenverkehrsnetz der Landesstraße 3438 anzubinden.

Das Werksgelände der Firma „Smurfit Kappa“ ist derzeit über zwei genutzte Anbindepunkte, der Werkszufahrt „Ost“ und der Zufahrt „Verwaltung“ an das Straßennetz der L3438 angeschlossen. Die derzeitige Werkszufahrt „West“ ist für den Verkehr verschlossen und dient lediglich als Notzufahrt für Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge.

Um die geplante Werksein- und -ausfahrt „West“ zu realisieren, wird es notwendig, die vorhandene Landesstraße 3438 auszubauen und um eine Linksabbiegespur mit gegenläufiger Sperrfläche zu erweitern. Im weiteren Verlauf der Erschließung wird es erforderlich, die Vorflut „Orpe“ stromabwärts der vorhandenen Gewölbebrücke durch ein neues Unterführungsbauwerk zu queren (siehe Pkt. 3.0).

Im Jahr 2015 wurde bereits eine Entwurfsplanung zu dem Straßenanschluss mit Linksabbiegestreifen und dem Unterführungsbauwerk des Vorfluters „Orpe“ durchgeführt. Aufgrund von fehlender Flächenverfügbarkeit und nicht zustande kommender Einigung mit anliegenden Grundstückseigentümern/-innen ist dieser Straßenanschluss verworfen worden. Im Zuge der 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 18 „Industriegebiet Wrexen“ wird ein neuer Straßenanschluss östlich des derzeit planungsrechtlichen gesicherten Straßenanschlusses entwickelt. Der Straßenanschluss wird somit auf den planungsrechtlichen Flächen des ursprünglichen Bebauungsplans Nr. 18 liegen.

1.1 Straßenbauliche Beschreibung

Die geplante Baumaßnahme verläuft im vorgesehenen Ausbaubereich ausschließlich durch unbebaute Außenlagen der Stadt Diemelstadt im Stadtteil Wrexen. Die geplanten straßenbautechnischen Anlagenteile (Linksabbiegespuren und „Werksein- und -ausfahrt“) werden überwiegend in der vorhandenen Straßenparzelle errichtet.

Bei der zu beplanenden Ausbaumaßnahme handelt es sich um Anlagenteile an einer anbaufreien, einbahnigen Straße außerhalb bebauter Gebiete. Im Sinne der Richtlinie für integrierte Netzgestaltung RIN 2008 sowie der Richtlinie für die Anlage von Landstraßen RAL 2012 ergeben sich die nachstehenden Entwurfs- und

Betriebsmerkmale für das Straßenkonzept und die daraus resultierenden Randbedingungen und Anforderungen in der Straßenraumgestaltung von:

Verbindungsfunktionsstufe:	regional III
Einstufungskriterien:	GZ-MZ (Verbindung von Grundzentren zu Mittelzentren und zwischen Grundzentren)
Kategoriengruppe:	LS III (Landstraßen)

Verkehrsart:	Allgemein (ohne Einschränkungen)
Zulässige Geschwindigkeit:	70 km/h außerorts
Querschnitt:	einbahnig
Knotenpunkte:	Plangleiche Einmündung

2.0 TECHNISCHE GESTALTUNG DER BAUMASSNAHME

2.1 Trassenbeschreibung

Die vorgegebenen Grenzverhältnisse entlang der Landesstraße 3438 lassen großzügige Trassenänderungen und Anpassungen nicht zu, so dass die geplante Trassenführung in den vorhandenen Linienführungen verläuft. Die Linienführung in der Höhe orientiert sich an der vorhandenen Topographie sowie an der ordnungsgemäßen Oberflächenentwässerung. Die verwendeten Trassierungselemente sind so aufeinander abgestimmt, dass innerhalb des geplanten Streckenabschnittes keine Unstetigkeiten auftreten und eine gleichbleibende Ausbauqualität erreicht wird.

Die Kreuzungsgeometrie der Linksabbiegespur zum Einbiegen in die geplante Werksein- und -ausfahrt „West“ bildet unter Einbezug der vorhandenen Fahrbahnbreiten eine asymmetrisch- rechtsseitig verzogene Linksabbiegespur mit gegenläufiger Sperrfläche.

Die Kreuzungsgeometrie nach RAL 12 Form EKL3, LA2, RA4, KE4 ergibt folgende Werte:

Stat. 0 + 245.130 Plangleicher Anschluss „Werksein- und -ausfahrt West“ mit asymmetrischer Fahrbahnverziehung

Knotengeschwindigkeit VK	70 Km/h
Durchgehende Fahrbahnbreite	4.000 m
Durchgehende Fahrstreifenbreite	3.500 m
Fahrstreifenbreite Linksabbiegespur	3.250 m
Aufstelllänge LA	20.000 m
Verzögerungsstrecke LV	20.000 m
Verziehungsstrecke LZ	70.000 m
Verziehungsstrecke für 1.50 m LN	40.000 m
Spurwechselstrecke LZ1	30.000 m
Einbiegeradius ER	15.00 m
Ausbiegeradius AR	15.00 m
Eckausrundung Rechtseinbieger R2 (Dreiteiliger Korbbogen 2:1:3)	12.00 m
Eckausrundung Rechtsabbieger R (Dreiteiliger Korbbogen 2:1:3)	10.00 m

Die aufgezeigten Grenzwerte sind für die Homogenität der Geschwindigkeitsverteilung entlang der Strecke sowie für die Charakteristik und Qualität dieses Straßenabschnittes ausreichend. Die erforderlichen Haltesichtweiten, um ein Fahrzeug vor einem unerwarteten Hindernis auf der Fahrbahn zum Halten zu bringen, sind auf der gesamten Streckenlänge vorhanden (RAL 12, Pkt. 6.6.3 Anfahrtsichtweite VK 70 km/h, Länge 110,00 m).

2.2 Straßenquerschnitt

Die asymmetrische Aufweitung der Landesstraße L3438 erfolgt in Fahrtrichtung Wrexen rechtsseitig (südlich) und wird im Teilausbau durchgeführt. Der vorhandene Straßenaufbau bleibt bestehen. Die durch die Aufweitung resultierende Fahrbahnverbreiterung wird in den Randbereichen der vorhandenen Anschnittsböschung durchgeführt. Erforderlicher Grunderwerb wird durch Smurfit Kappa erbracht.

Die Ermittlung der Bauklassen erfolgte nach RStO 12, Tafel 1, Zeile 1, Bk 3,2. Die Mehr- oder Minderdicken in Folge örtlicher Verhältnisse und die Einstufung der Frostempfindlichkeitsklasse F2 von mindesten 55 cm Mindestdicke des frostsicheren Straßenaufbaus ist berücksichtigt.

Fahrbahnoberbau Landestraße 3438 Aufweitung und Werkszufahrt West:

4,0 cm	Asphaltbetondeckschicht
5,0 cm	Asphaltbinderschicht
13,0 cm	Asphaltbetontragschicht
<u>38,0 cm</u>	<u>Frostschutzschicht</u>
60,0 cm	Gesamtaufbau

Da es sich um eine angebaute Maßnahme handelt, passt sich die vorgesehene Querneigung den vorhandenen Querneigungen an. Der vorhandene Querschnitt weist ein Quergefälle von 2,5 % auf. Die beidseitigen Bankette erhalten Querneigungen von 12 bzw. 6 %. Die Böschungen des Straßenkörpers erhalten eine Regelneigung von 1 : 1,5. In Einmündungsbereichen werden die Querneigungen der Anschlussstraße den jeweiligen Längsneigungen der übergeordneten Straße (Landesstraße 3438) verzogen und angepasst.

Die Ausbaubreiten und Querschnittsbreiten setzen sich wie folgt zusammen.

Ausbauquerschnittsbreiten Landestraße 3438:

Fahrstreifen	=	2 * 4,00 m	=	8,00 m
Linksabbiegestreifen	=	1 * 3,25 m	=	3,25 m
<u>Bankette</u>	=	<u>2 * 1,50 m</u>	=	<u>3,00 m</u>
Gesamtbreite	=		=	14,25 m

Im Zuge des Bauleitverfahrens 3. Änderung des B-Plans Nr. 18 „Industriegebiet Wrexen“ werden Freihalteflächen für einen möglichen Ausbau der Radwegeverbindung zwischen OT Orpethal und OT Wrexen freigehalten. Das Baurecht wird durch das B-Planverfahren erwirkt. Die Umsetzung des Radweges und der damit zusammenhängenden Erdarbeiten ist nicht Teil dieser Planung, wurde aber bei der Erstellung der Geltungsbereichsgrenzen berücksichtigt. Eine informative Darstellung der Freihalteflächen und des Aufbaus sind in den Planunterlagen 5.1.1 und 14.1 zu sehen.

2.3 Entwässerung

Die im Ausbautentwurf vorgesehenen Maßnahmen zu den Oberflächenentwässerungen erfolgen über die Quer-/Längsneigungen der Fahrbahnen und straßenbegleitende seitlichen Gräben entlang der Landestraße 3438 in vorhandener Lage. In Überführungsbereichen von vorhandenen bzw. geplanten Grabenanlagen werden die Durchlassbauwerke BW E-001 bis BW E-003 mit vorhandenem Gefälle und Durchmesser angepasst und verlängert. Vorgesehene Dränageleitungen werden an

das vorhandene Dränagenetz angeschlossen und der Vorflut zugeführt. Diese Entwässerungslösung entspricht der vorhandenen Situation.

2.4 Baugrund

Kenntnisse über den vorhandenen Baugrund liegen nicht vor und werden im Zuge der weiteren Planung der Erschließungsmaßnahmen eingeholt. Die Maßnahme liegt außerhalb von Trinkwasserschutzgebieten, Überschwemmungsgebieten und anderen ausgewiesenen Schutzgebieten. Kampfmittelfreiheit wurde durch eine Anfrage über Kampfmittelbelastungen beim Regierungspräsidium Darmstadt, Kampfmittelräumdienst des Landes Hessen, im Jahr 2015 bereits abgefragt.

2.5 Nachweise

Erforderliche Prüfungen der Befahrbarkeit der Verkehrsflächen mittels Schleppkurvennachweisen und der Prüfung der freizuhaltenden Sichtfelder ergeben keine Beanstandungen.

Zusätzlich zu den Schleppkurvennachweisen der geplanten Zufahrt „West“ sind die Befahrbarkeit der vorhanden Gewölbebrücke und der Zufahrten zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen ebenfalls geprüft worden. Das verwendete Bemessungsfahrzeug für die Schleppkurvennachweise der Zufahrt und des Unterführungsbauwerkes ist Lastzug. Das Bemessungsfahrzeug der Zufahrten zu den landwirtschaftlichen Flächen ist Traktor mit Anhänger. Die Nachweise sind in den Plänen 5.2 – 5.6 zu entnehmen.

3.0 UNTERFÜHRUNGSBAUWERK „ORPE“

Der Vorfluter „Orpe“ verläuft parallel zur Landesstraße 3438. Im Planungsbereich der neuen Werkszufahrt West verlässt der Gewässerverlauf nach der vorhandenen Gewölbebrücke die Gewässerparzelle in Richtung Norden auf das Grundstück von Smurfit Kappa und verläuft unterirdisch weiter. Oberstromig der geplanten Zufahrt befindet sich an der „Sägemühle“ ein Stauwehr zur Abflussregulierung.

Im Zuge der Erschließung der Werkszufahrt „West“ wird im Anschluss der Zufahrt ein Unterführungsbauwerk über den Vorfluter „Orpe“ stromabwärts der vorhandenen Gewölbebrücke notwendig. Das Unterführungsbauwerk wird ausschließlich auf Grundstücken im Eigentum von „Smurfit Kappa“ errichtet. Durch die Errichtung des neuen Unterführungsbauwerks besteht keine Betroffenheit Dritter.

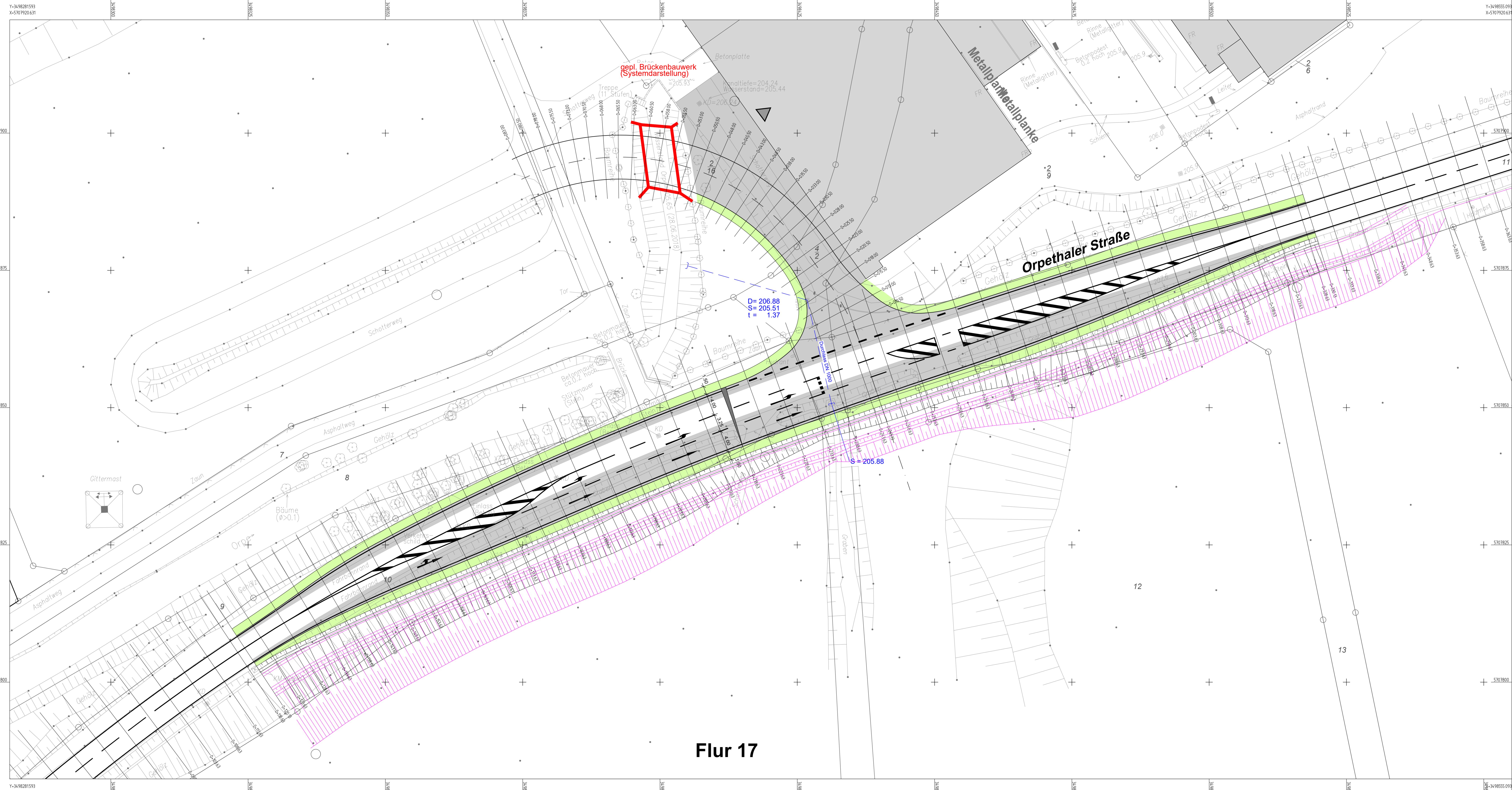
In der weiteren Planung wird erforderlich, dass hydraulische Prüfungen durchgeführt werden. Es wird berücksichtigt, dass durch das geplante Unterführungsbauwerk der Abflussquerschnitt des Vorfluters „Orpe“ nicht nachteilig verändert oder verringert wird. Die Unterkonstruktion des geplanten Bauwerks wird sich höhenteknisch oberhalb der Unterkonstruktion der vorhandenen Gewölbebrücke befinden. Im Falle von Starkregenereignissen, die einen erhöhten Abfluss des Gewässers „Orpe“ zur Folge haben, ist somit die vorhandene Gewölbebrücke der geringste und damit limitierende Gewässerquerschnitt. Die durch ein hinterlegtes digitales Geländemodell ermittelten Höhenknoten ergeben zudem, dass - bevor der maximale Wasserspiegel die Bauwerksunterkonstruktion der vorhandenen Gewölbebrücke sowie des geplanten Unterführungsbauwerkes erreicht wird - die Vorflut „Orpe“ bordvoll und oberstromig über die Uferbegrenzungen getreten ist.

Im Zuge der Entwurfsplanung des Straßenanschlusses an der Werkszufahrt „West“ wird eine Tragwerksplanung des Unterführungsbauwerkes notwendig.

Diemelstadt - Wrexen,

Aufgestellt: i.A. Mayer
Vellmar, 16.05.2022

OPPERMANN GMBH
Beratende Ingenieure



Kreuzungsgeometrie: LA2			
Station 0 + 245.13		Smurfit Kappa Werkszufahrt West	
Linksabbieger asymmetrisch			
Knotengeschwindigkeit V x	70 Km/h	STVO-gebunden VZ 274-70	
vord. Fahrbahnbreite	2x2,93 m		
gepl. Fahrstreifenbreite	3,50 m		
gepl. Fahrbahnbreite	4,00 m		
Fahrstreifenbreite Linksabbiegespur	3,25 m		
Aufstelllänge L _A	20,00 m		
Verzögerungstrecke L _V	20,00 m		
Verzögerungstrecke L _Z	70,00 m		
Spurwechselstrecke L _W	40,00 m		
Spurwechselstrecke L _Z	30,00 m		
Einbiegeradius	ER	15,00 m	
Ausbiegeradius	AR	15,00 m	
Eckausrundung Rechtsabbieger	R _R	12,00 m	
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)			
Eckausrundung Rechtsabbieger	R _L	10,00 m	
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)			

Zeichenerklärung

- Einschnittböschung
- Mude
- Straßenebenenflächen
- Gehweg
- Fahrbahn mit Achse und Fahrstreifenaufteilung
- Freihaltefläche Radweg

D = 206.88
S = 205.51
t = 1.37

S = 205.88

Flur 17

ENTWURF

Smurfit Kappa

Wrexen Paper & Board GmbH
Orpethaler Straße 50
D-34474 DIEMELSTADT
Telefon (0 56 42) 79 - 0 Telefax (0 56 42) 79 - 177
www.smurfitkappa.de

Bauherr: Planverfasser:

Diemelstadt, den Velmar, den

OPPERMANN GMBH

INGENIEURBÜRO • BERATENDE INGENIEURE

Adalbert-Stifter-Straße 17 - 19 Telefon (05 61) 82 90 7 - 0
34246 VELLMAR Telefax (05 61) 82 90 7 - 77
www.oppermann-ingenieure.de info@oppermann-ingenieure.de

Bearbeitet	Datum	Unterschrift	Projekt
Gezeichnet	Mai 2022	Bomkessel	Werksein- und ausfahrt Betriebsgelände West Smurfit Kappa
Geprüft	Mai 2022	Leisen	
	Mai 2022	Bomkessel	

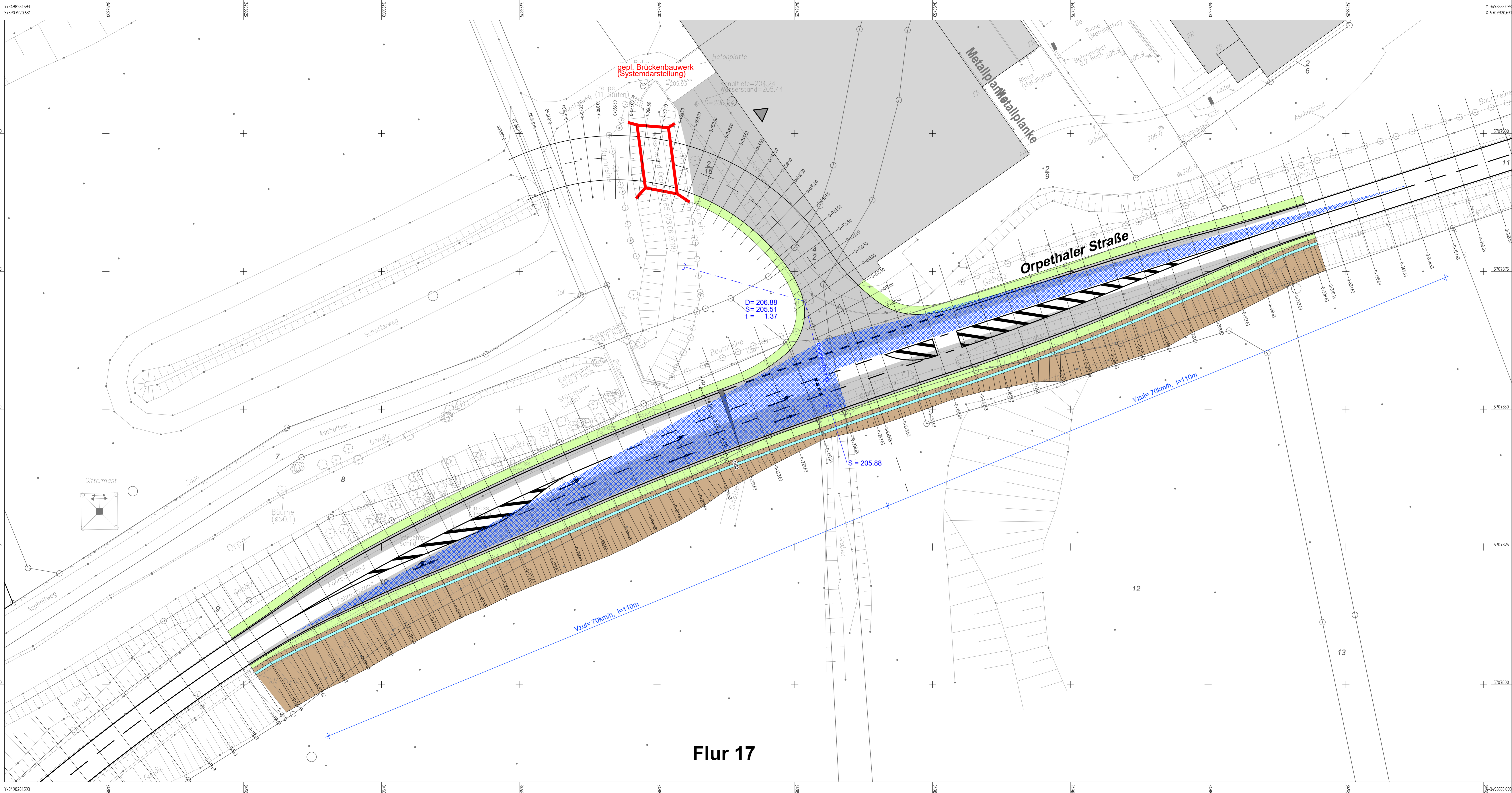
Maßstab 1 : 250 M.d.H. 1 :

Anlage Blatt Nr. 5.1.1 Planbezeichnung: Lageplan Straßenbau mit Freihaltefläche Radweg

Unterlage 5

Blattgröße L 1.32 | B 0.59 | m² 0.78 Projekt Nr. V 12 078P Ausfertigung

Der Inhalt der Pläne ist als Ganzes und in seinen Teilen in konzeptioneller, funktionaler, konstruktiver und gestalterischer Hinsicht geistiges Eigentum und urheberrechtlich geschützt. Weitergabe an Dritte, Vervielfältigungen und Verwendungen ohne Zustimmung der Verfasser ist untersagt.



Kreuzungsgeometrie: LA2	
Station 0 + 245.13	Smurfit Kappa Werkszufahrt West Linksabbieger asymmetrisch
Knotengeschwindigkeit V x	70 Km/h
vord. Fahrbahnbreite	2x2,95 m
gepl. Fahrbahnbreite	3,50 m
gepl. Fahrbahnbreite	4,00 m
Fahrbahnbreite Linksabbiegespur	3,25 m
Aufstelllänge L _A	20,00 m
Verzögerungstrecke L _V	20,00 m
Verzögerungstrecke L _Z	70,00 m
Spurwechselstrecke L _W	40,00 m
Spurwechselstrecke L _Z	30,00 m
Einbiegeradius	ER 15,00 m
Ausbiegeradius	AR 15,00 m
Eckausrundung Rechtsabbieger	R= 12,00 m
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)	
Eckausrundung Rechtsabbieger	R= 10,00 m
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)	

Zeichenerklärung

- Einschnittböschung
- Mude
- Straßenebenenflächen
- Gehweg
- Fahrbahn mit Achse und Fahrbahnaufteilung
- Bankett

ENTWURF

Smurfit Kappa
 Wrexen Paper & Board GmbH
 Orpethaler Straße 50 D-34474 DIEMELSTADT
 Telefon (0 56 42) 79 - 0 Telefax (0 56 42) 79 - 177
 www.smurfitkappa.de

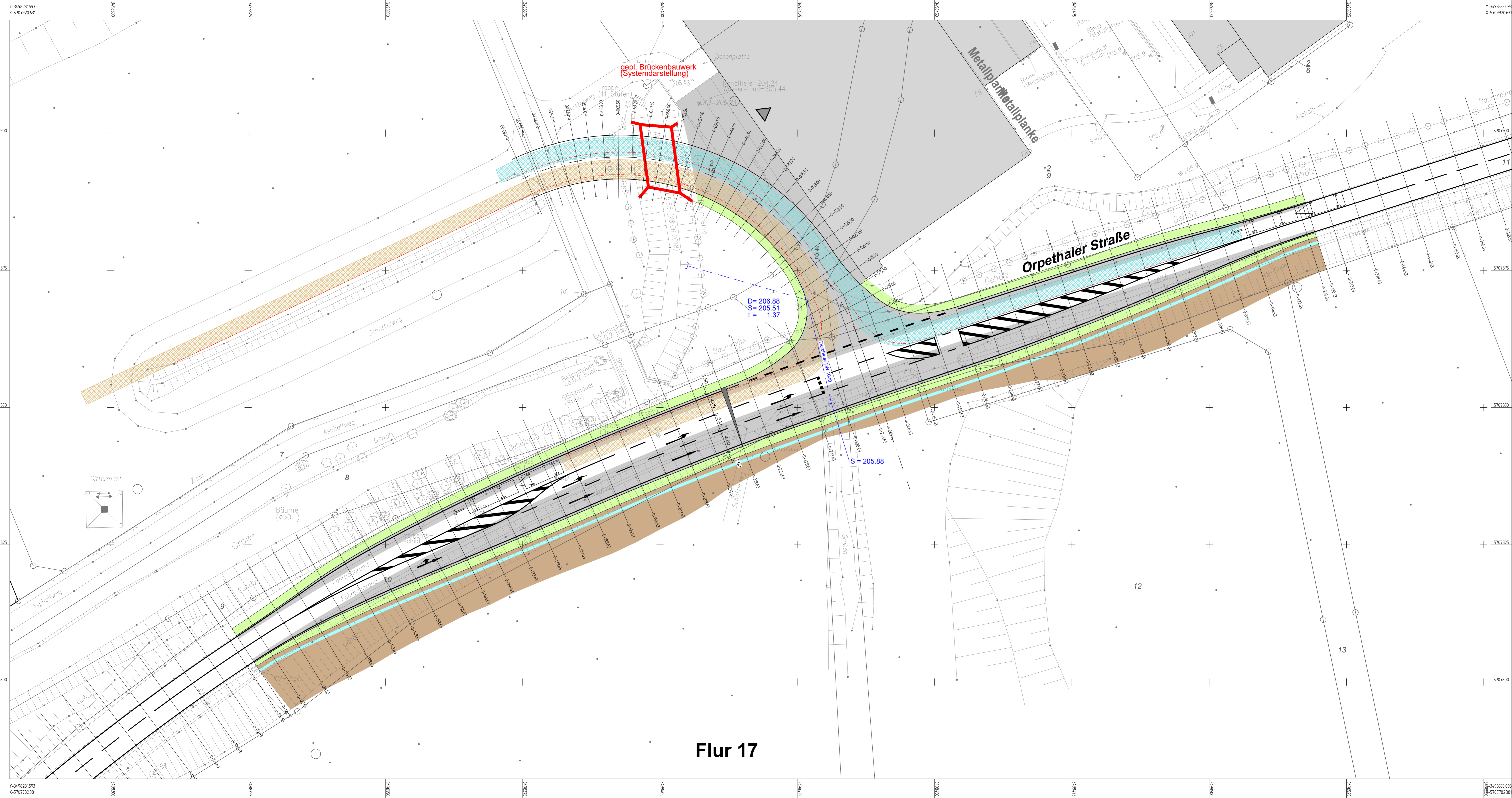
Bauherr:	Planverfasser:
Diemelstadt, den	Velmar, den

OPPERMANN GMBH
 INGENIEURBÜRO • BERATENDE INGENIEURE
 Adalbert-Stifter-Straße 17 - 19 Telefon (05 61) 82 90 7 - 0
 34246 VELLMAR Telefax (05 61) 82 90 7 - 77
 www.oppermann-ingenieure.de info@oppermann-ingenieure.de

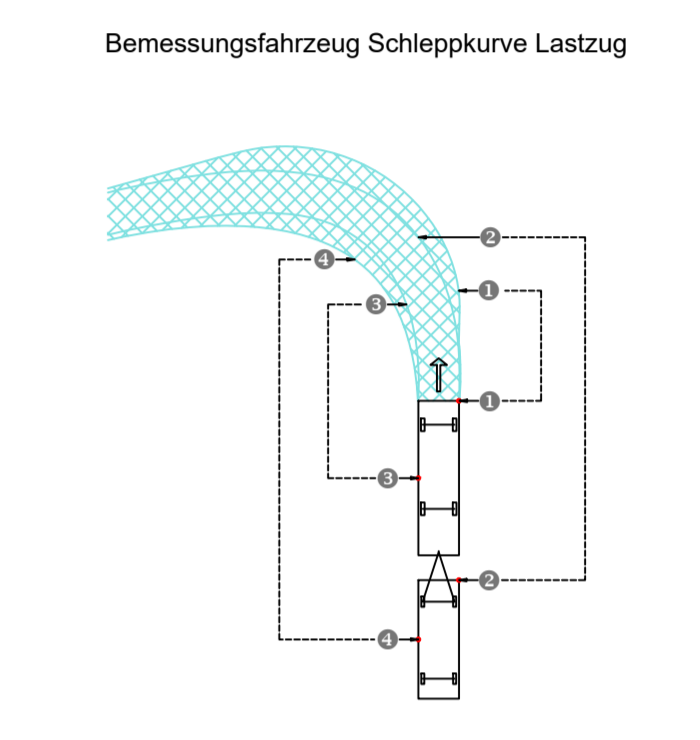
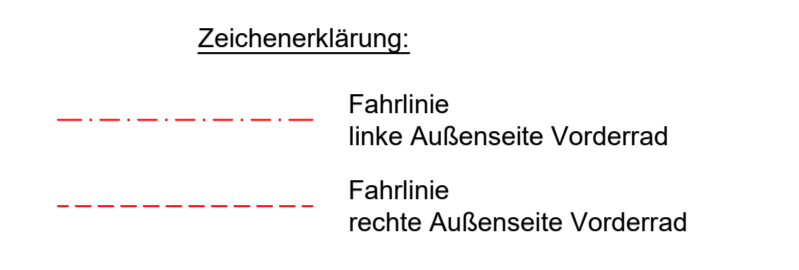
Bearbeitet	Datum	Unterschrift	Projekt
Gezeichnet	Mai 2022	Bornkessel	Werksein- und ausfahrt Betriebsgelände West Smurfit Kappa
Geprüft	Mai 2022	Leisen	
Maßstab	1: 250	M.d.H. 1:	
Anlage	Blatt Nr. 5.6		Planbezeichnung: Lageplan Straßenbau Sichtfelder

Blattgröße L 1,32 | B 0,59 | m² 0,78 | Projekt Nr. V 12 078P | Ausfertigung
 Der Inhalt der Pläne ist als Ganzes und in seinen Teilen in konzessioneller, funktionaler, konstruktiver und gestalterischer Hinsicht geistiges Eigentum und urheberrechtlich geschützt. Weitergabe an Dritte, Vervielfältigungen und Verwendungen ohne Zustimmung der Verfasser ist untersagt.

Flur 17



Kreuzungsgeometrie: LA2	
Station 0 + 245.13 Smurfit Kappa Werkszufahrt West Linksabbieger asymmetrisch	
Knotengeschwindigkeit V x	70 Km/h
vord. Fahrbahnbreite	2x2,95 m
gepl. Fahrfahrbreite	3,50 m
gepl. Fahrbahnbreite	4,00 m
Fahrfahrbreite Linksabbiegespur	3,25 m
Auflastlänge L _A	20,00 m
Verzögerungstrecke L _V	20,00 m
Verzögerungstrecke L _Z	70,00 m
Spurwechselstrecke L _W	40,00 m
Spurwechselstrecke L _Z	30,00 m
Einbiegeradius	ER 15,00 m
Ausbiegeradius	AR 15,00 m
Eckausrundung Rechtsabbieger R _R	12,00 m
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)	
Eckausrundung Rechtsabbieger R _L	10,00 m
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)	



ENTWURF

Smurfit Kappa

Wrexen Paper & Board GmbH
 Orpethaler Straße 50
 Telefon (0 56 42) 79 - 0 Telefax (0 56 42) 79 - 177
 www.smurfitkappa.de

Bauherr: Planverfasser:
 Diemelstadt, den Vellmar, den

OPPERMANN GMBH

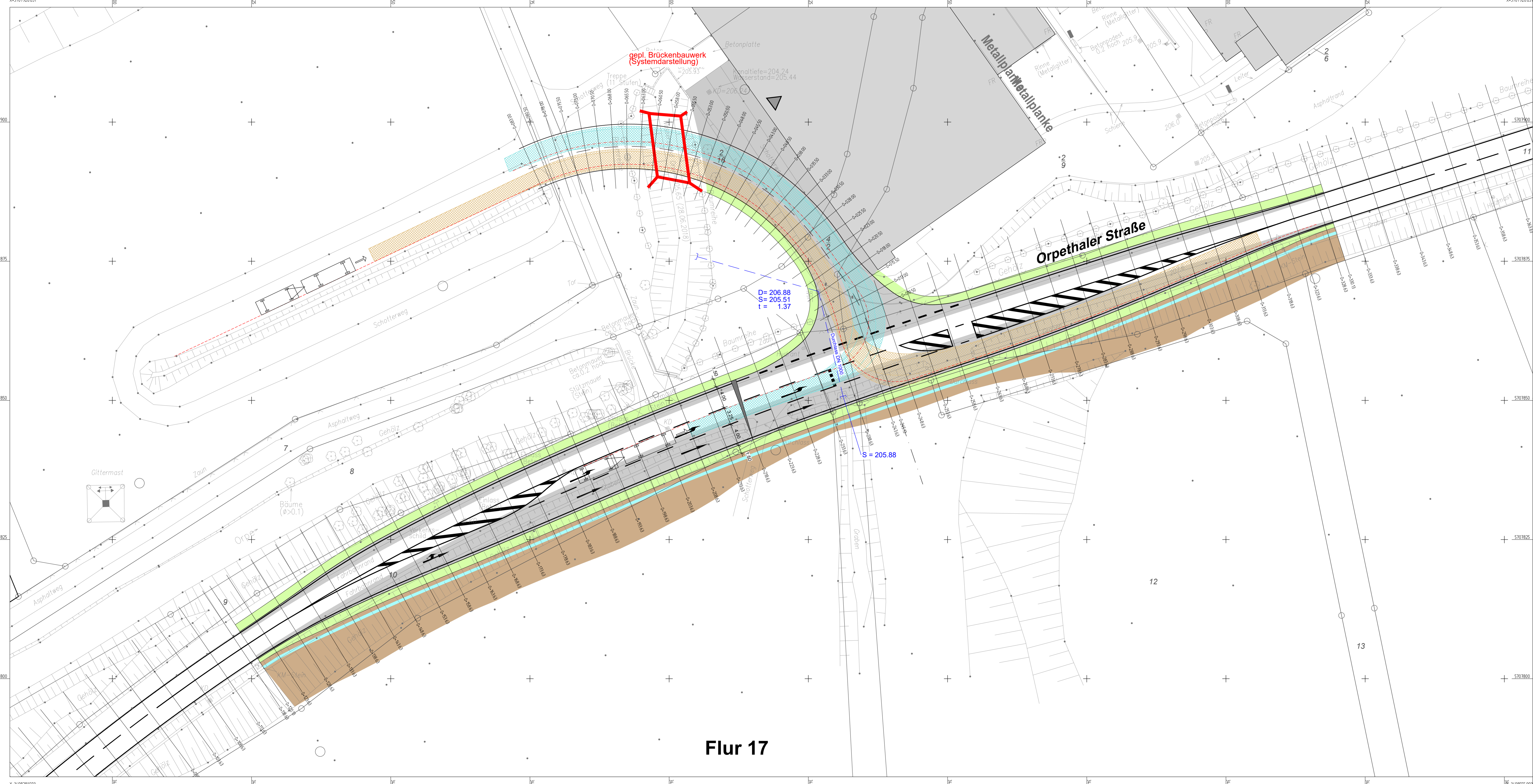
INGENIEURBÜRO • BERATENDE INGENIEURE

Adalbert-Stifter-Straße 17 - 19 Telefon (05 61) 82 90 7 - 0
 34246 VELLMAR Telefax (05 61) 82 90 7 - 77
 www.oppermann-ingenieure.de info@oppermann-ingenieure.de

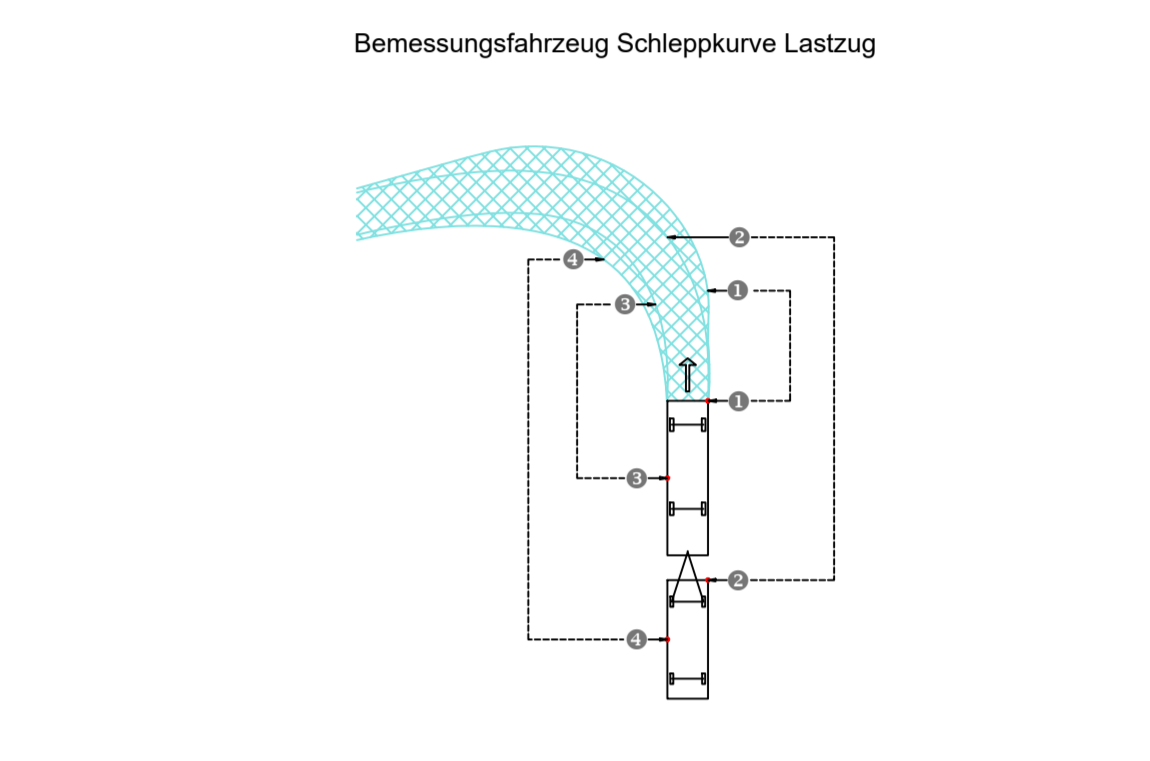
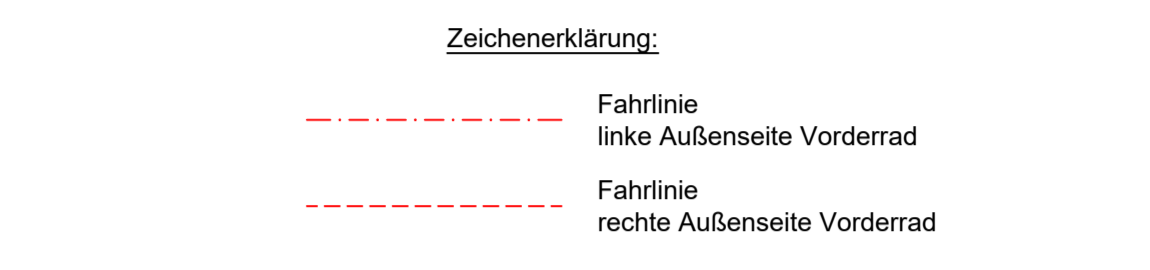
Bearbeitet	Datum	Unterschrift	Projekt
Gezeichnet	Mai 2022	Bornkessel	Werksein- und ausfahrt Betriebsgelände West Smurfit Kappa
Geprüft	Mai 2022	Leisen	
Maßstab	1 : 250	Bornkessel	
M.d.L.	1 :	M.d.H.	1 :
Anlage	Blatt Nr. 5.2		Planbezeichnung: Lageplan Schleppkurven Zufahrt Ausfahrt und Einfahrt rechtsabbiegen
Unterlage	5		

Blattgröße: L 1.32 | B 0.59 | m² 0.78 | Projekt Nr. V 12 078P | Ausfertigung

Der Inhalt der Pläne ist als Ganzes und in seinen Teilen in konzessioneller, funktionaler, konstruktiver und gestalterischer Hinsicht geistiges Eigentum und urheberrechtlich geschützt. Weitergabe an Dritte, Vervielfältigungen und Verwendungen ohne Zustimmung der Verfasser ist untersagt.



Kreuzungsgeometrie: LA2	
Station 0 + 245.13 Smurfit Kappa Werkszufahrt West Linksabbieger asymmetrisch	
Knotengeschwindigkeit V x	70 Km/h
vord. Fahrbahnbreite	2x2.95 m
gepl. Fahrstreifenbreite	3.50 m
gepl. Fahrbahnbreite	4.00 m
Fahrstreifenbreite Linksabbiegespur	3.25 m
Aufstelllänge L _A	20.00 m
Verzögerungstrecke L _V	20.00 m
Verzögerungstrecke L _Z	70.00 m
Spurwechselstrecke L _S	40.00 m
Spurwechselstrecke L _Z	30.00 m
Einbiegeradius	ER 15.00 m
Ausbiegeradius	AR 15.00 m
Eckausrundung Rechtsabbieger R ₁	12.00 m
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)	
Eckausrundung Rechtsabbieger R ₂	10.00 m
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)	



ENTWURF

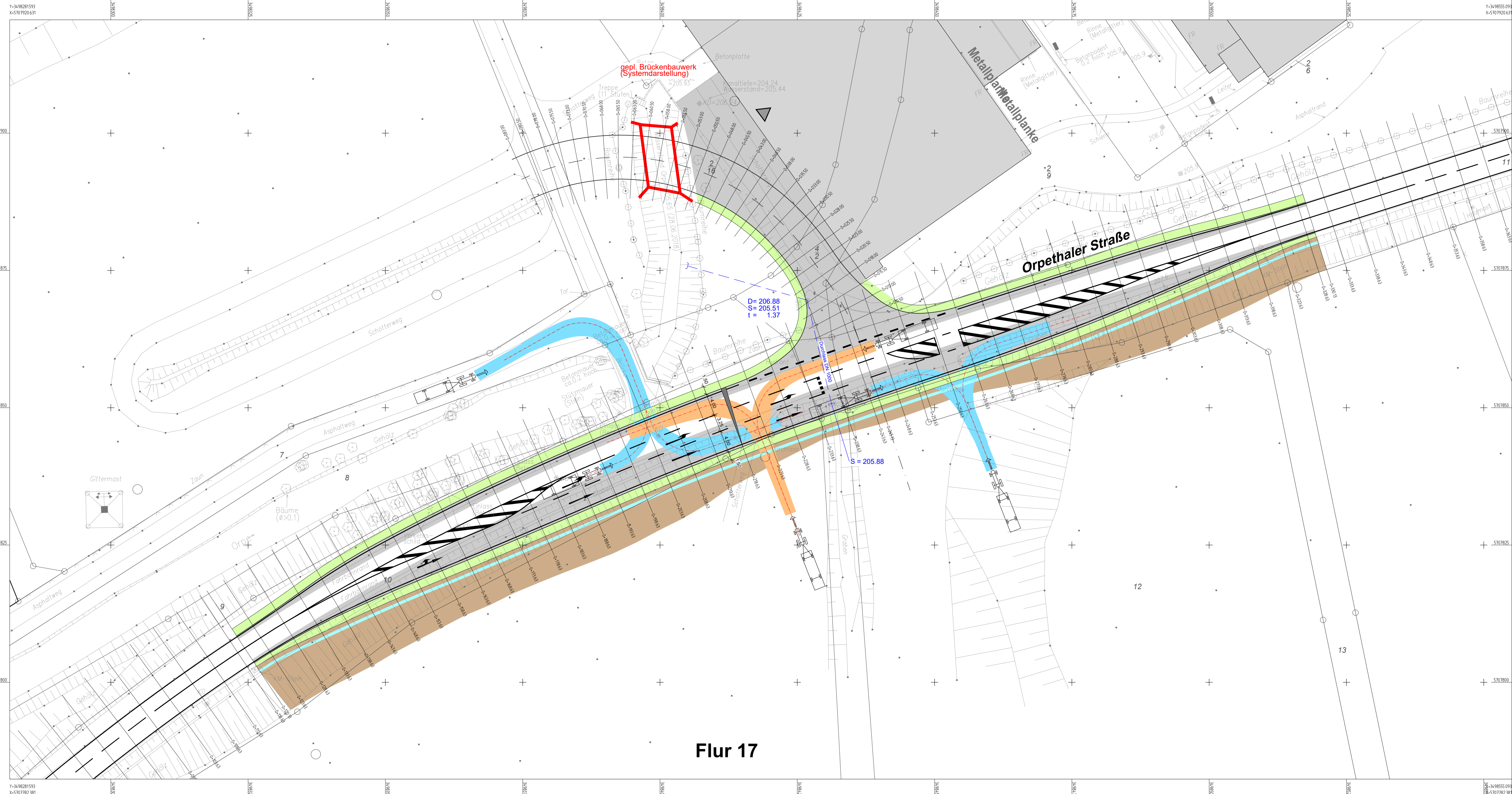
Smurfit Kappa
 Wrexen Paper & Board GmbH
 Orpethaler Straße 50
 Telefon (0 56 42) 79 - 0
 www.smurfitkappa.de

Bauherr: Planverfasser:
 Diemelstadt, den Velmar, den

OPPERMANN GMBH
 INGENIEURBÜRO • BERATENDE INGENIEURE
 Adalbert-Stifter-Straße 17 - 19
 Telefon (05 61) 82 90 7 - 0
 34246 VELLMAR
 www.oppermann-ingenieure.de
 Telefon (05 61) 82 90 7 - 77
 info@oppermann-ingenieure.de

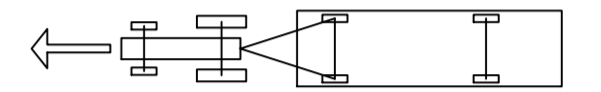
Bearbeitet	Datum	Unterschrift	Projekt
Gezeichnet	Mai 2022	Bornkessel	Werksein- und ausfahrt Betriebsgelände West Smurfit Kappa
Geprüft	Mai 2022	Leisen	
Maßstab	1 : 250	Bornkessel	
M.d.L.	1 :	M.d.H.	1 :
Anlage	Blatt Nr. 5.3		Planbezeichnung: Lageplan Schleppkurven Zufahrt Ausfahrt und Einfahrt linksabbiegen
Unterlage	5		

Blattgröße | L 1.32 | B 0.59 | m² 0.78 | Projekt Nr. V 12 078P | Ausfertigung



Kreuzungsgeometrie: LA2			
Station 0 + 245.13	Smurfit Kappa Werkszufahrt West	Linksabbieger asymmetrisch	
Knotengeschwindigkeit V x	70 Km/h	STVO-gebunden VZ 274-70	
vord. Fahrbahnbreite	2x2,93 m		
gepl. Fahrbahnbreite	3,50 m		
gepl. Fahrbahnbreite	4,00 m		
Fahrbahnbreite Linksabbiegespur	3,25 m		
Aufstelllänge L _A	20,00 m		
Verzögerungsstrecke L _V	20,00 m		
Verzögerungsstrecke L _Z	70,00 m		
Spurwechselstrecke L _W	40,00 m		
Spurwechselstrecke L _Z	30,00 m		
Einbiegeradius	ER	15,00 m	
Ausbiegeradius	AR	15,00 m	
Eckausrundung Rechtsabbieger	R _R	12,00 m	
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)			
Eckausrundung Rechtsabbieger	R _L	10,00 m	
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)			

Bemessungsfahrzeug Schleppkurve landwirtschaftliche Zugmaschine mit Anhänger



ENTWURF
Smurfit Kappa
 Wrexen Paper & Board GmbH
 Orpethaler Straße 50 | D-34474 DIEMELSTADT
 Telefon: (0 56 42) 79 - 0 | Telefax: (0 56 42) 79 - 177
 www.smurfitkappa.de

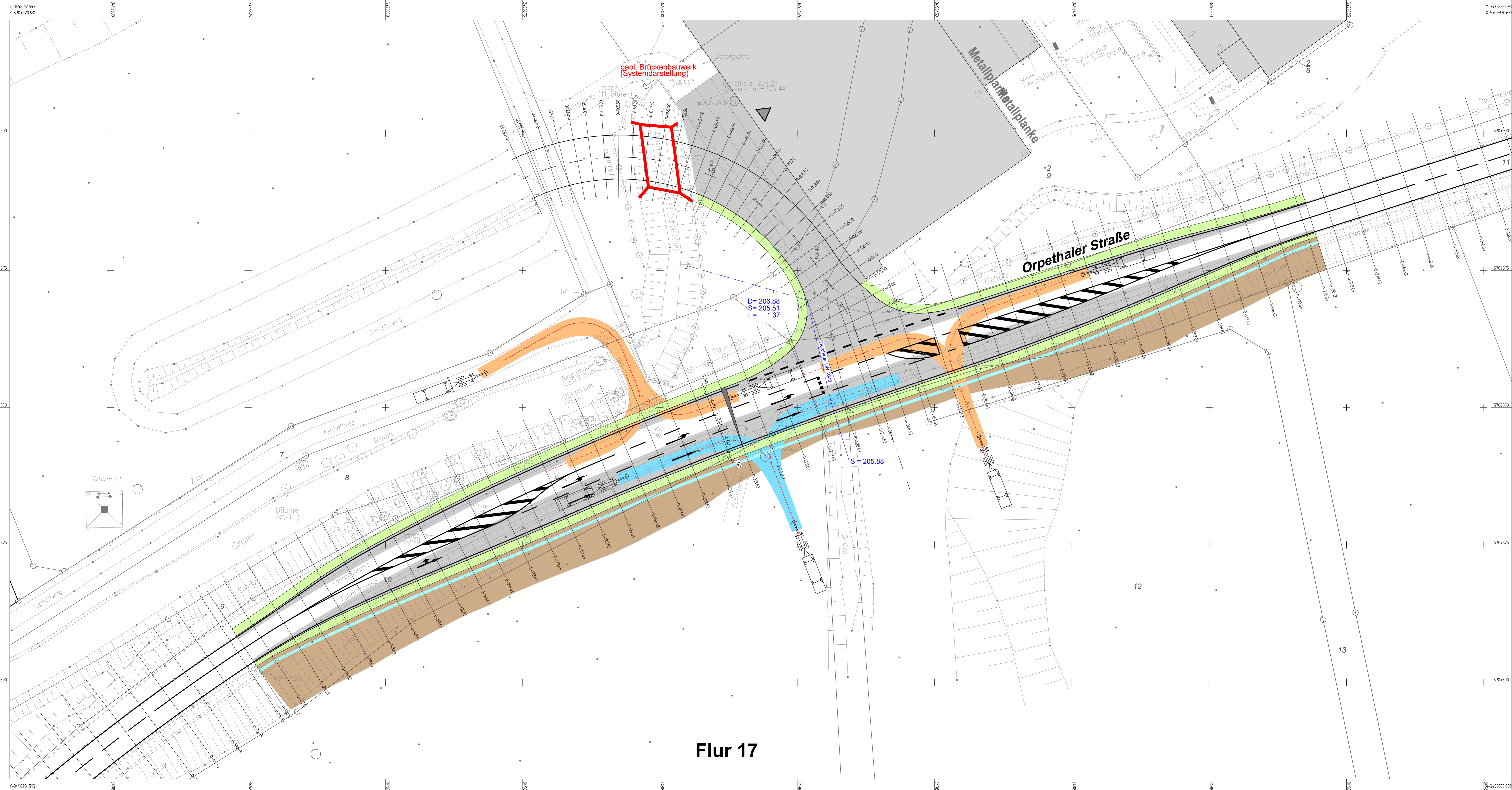
Bauherr:	Planverfasser:
Diemelstadt, den	Velmar, den

OPPERMANN GMBH
 INGENIEURBÜRO • BERATENDE INGENIEURE
 Adalbert-Stifter-Straße 17 - 19 | Telefon: (05 61) 82 90 7 - 0
 34246 VELLMAR | Telefax: (05 61) 82 90 7 - 77
 www.oppermann-ingenieure.de | info@oppermann-ingenieure.de

Bearbeitet	Datum	Unterschrift	Projekt
Gezeichnet	Mai 2022	Bornkessel	Werksein- und ausfahrt Betriebsgelände West Smurfit Kappa
Geprüft	Mai 2022	Leisen	
	Mai 2022	Bornkessel	
Maßstab	1 : 250	M.d.H. 1 :	Planbezeichnung: Lageplan Schleppkurven landwirtschaftliche Zugmaschine
Anlage		Blatt Nr. 5.4	
Unterlage	5		

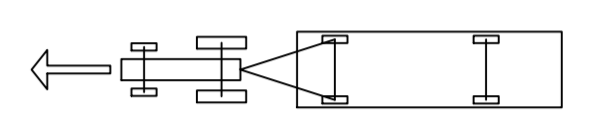
Blattgröße: L 1.32 | B 0.59 | m² 0.78 | Projekt Nr. V 12 078P | Ausfertigung
 Der Inhalt der Pläne ist als Ganzes und in seinen Teilen in konzessioneller, funktionaler, konstruktiver und gestalterischer Hinsicht geistiges Eigentum und urheberrechtlich geschützt. Weitergabe an Dritte, Vervielfältigungen und Verwendungen ohne Zustimmung der Verfasser ist untersagt.

Flur 17



Kreuzungsgeometrie: LA2			
Station 0 + 245.13	Smurfit Kappa Werkszufahrt West	Linksabbieger asymmetrisch	
Knotengeschwindigkeit V x	70 Km/h	STVO-gebunden VZ 274-70	
vord. Fahrbahnbreite	2x2,93 m		
gepl. Fahrbahnbreite	3,50 m		
gepl. Fahrbahnbreite	4,00 m		
Fahrbahnbreite Linksabbiegespur	3,25 m		
Aufstelllänge L _A	20,00 m		
Verzögerungstrecke L _V	20,00 m		
Verzögerungstrecke L _Z	70,00 m		
Spurwechselstrecke L _W	40,00 m		
Spurwechselstrecke L _Z	30,00 m		
Einbiegeradius	ER	15,00 m	
Ausbiegeradius	AR	15,00 m	
Eckausrundung Rechtsabbieger	R=	12,00 m	
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)			
Eckausrundung Rechtsabbieger	R=	10,00 m	
(Dreitellige Korbbogenfolge 2:1:3)			

Bemessungsfahrzeug Schleppkurve landwirtschaftliche Zugmaschine mit Anhänger



ENTWURF
Smurfit Kappa
 Wrexen Paper & Board GmbH
 Orpethaler Straße 50
 Telefon: (0 56 42) 79 - 0
 www.smurfitkappa.de

Bauherr:	Planverfasser:
Diemelstadt, den	Velmar, den

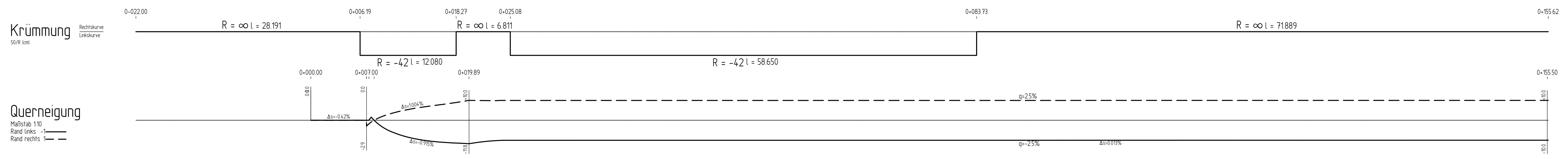
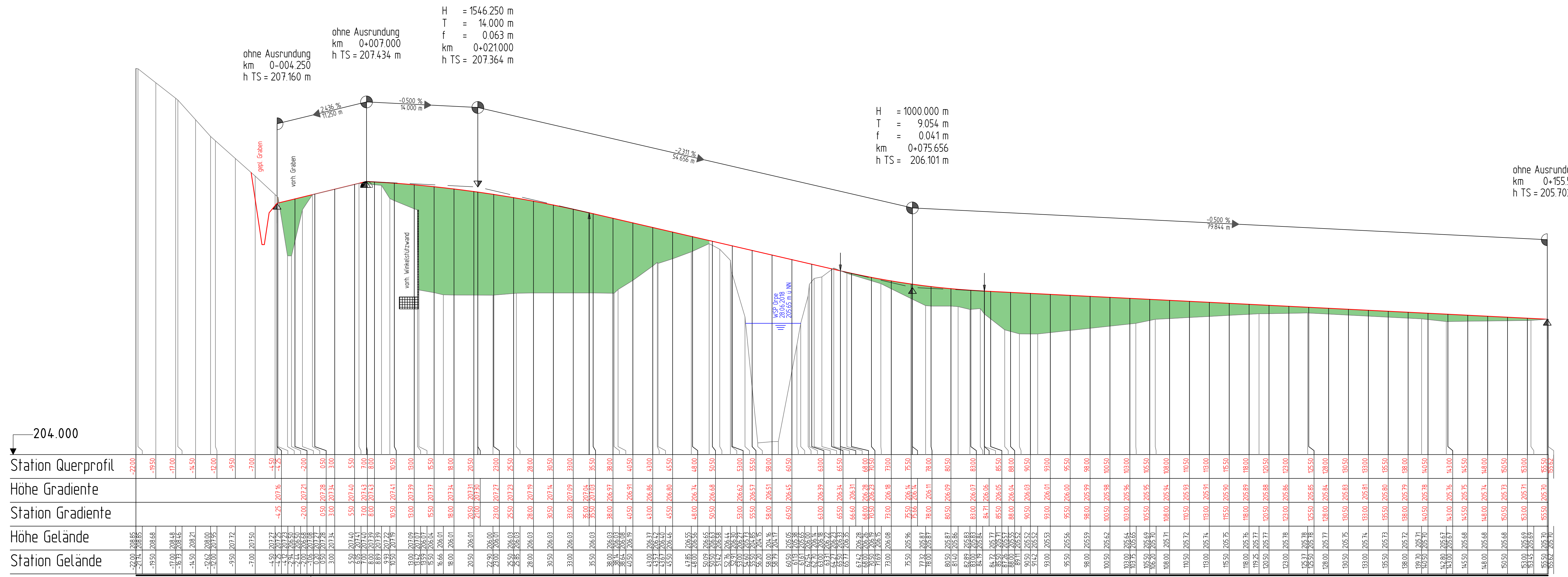
OPPERMANN GMBH
 INGENIEURBÜRO • BERATENDE INGENIEURE
 Adalbert-Stifter-Straße 17 - 19
 Telefon: (05 61) 82 90 7 - 0
 34246 VELLMAR
 www.oppermann-ingenieure.de
 Telefon: (05 61) 82 90 7 - 77
 info@oppermann-ingenieure.de

Bearbeitet	Datum	Unterschrift	Projekt
Gezeichnet	Mai 2022	Bornkessel	Werksein- und ausfahrt Betriebsgelände West Smurfit Kappa
Geprüft	Mai 2022	Leisen	
	Mai 2022	Bornkessel	
Maßstab	1 : 250	M.d.H. 1 :	Planbezeichnung: Lageplan Schleppkurven landwirtschaftliche Zugmaschine
Anlage		Blatt Nr. 5.5	
Unterlage	5		

Blattgröße | L 1.32 | B 0.59 | m² 0.78 | Projekt Nr. V 12 078P | Ausfertigung
 Der Inhalt der Pläne ist als Ganzes und in seinen Teilen in konzessioneller, funktionaler, konstruktiver und gestalterischer Hinsicht geistiges Eigentum und urheberrechtlich geschützt. Weitergabe an Dritte, Vervielfältigungen und Verwendungen ohne Zustimmung der Verfasser ist untersagt.

Flur 17

Projekt: I:\Projekte\Smurfit Kappa\172079P_Einfahrt-SMURFIT KAPPA\CAD\Strahlplan_2022\EN-S-LS_V12079P.dwg
 Datum: 03.05.2022 LEB Layout



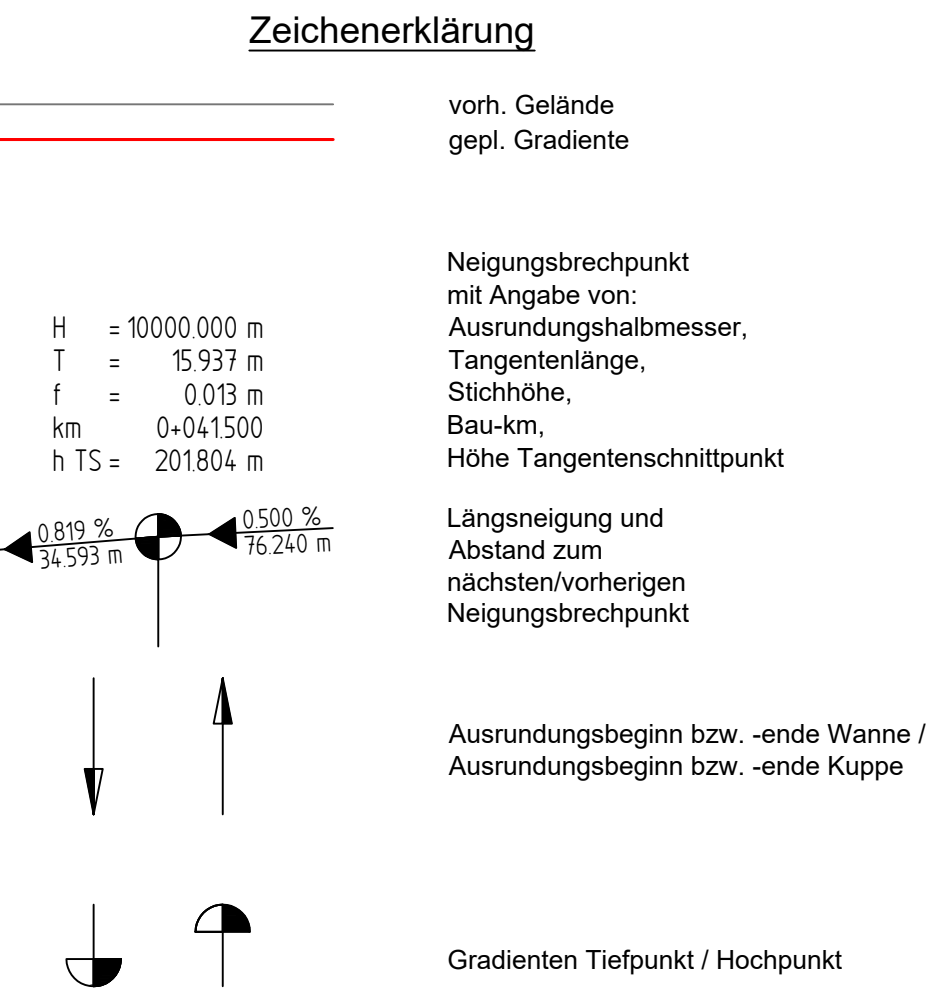
ohne Ausrundung
 km 0+007.000
 h TS = 207.434 m

ohne Ausrundung
 km 0+004.250
 h TS = 207.160 m

H = 1546.250 m
 T = 14.000 m
 f = 0.063 m
 km 0+021000
 h TS = 207.364 m

H = 1000.000 m
 T = 9.054 m
 f = 0.041 m
 km 0+075.656
 h TS = 206.101 m

ohne Ausrundung
 km 0+155.500
 h TS = 205.702 m



ENTWURF
Smurfit Kappa
 Wrexen Paper & Board GmbH
 Orpelhaier Straße 50
 D-34474 DIEMELSTADT
 Telefon (0 56 42) 79 - 0
 www.smurfitkappa.de
 Telefax (0 56 42) 79 - 177

Bauherr: Diemelstadt, den
 Planverfasser: Vellmar, den

OPPERMANN GMBH
 INGENIEURBÜRO • BERATENDE INGENIEURE
 Adalbert-Stifter-Straße 17 - 19 Telefon (05 61) 82 90 7 - 0
 34246 VELLMAR Telefax (05 61) 82 90 7 - 77
 www.oppermann-ingenieur.de info@oppermann-ingenieur.de

Bearbeitet	Mai 2022	Unterschrift	Bornkessel	Projekt: Werksein- und ausfahrt Betriebsgelände West Smurfit Kappa
Gezeichnet	Mai 2022	Leisen		
Geprüft	Mai 2022	Bornkessel		
Maßstab	1 : 1 : 250	M.d.H.	1 : 25	Planbezeichnung: Höhenplan Achse 200 Werksein- und ausfahrt West
Anlage	Blatt Nr. 6.1			
Unterlage	6			Projekt Nr. V 12.078 P
Blattgröße	L 1.14	B 0.42	m² 0.48	Ausfertigung

Der Inhalt der Pläne ist als Ganzes und in seinen Teilen in konzeptioneller, funktionaler, konstruktiver und gestalterischer Hinsicht geistiges Eigentum und urheberrechtlich geschützt. Weitergabe an Dritte, Vervielfältigungen und Veröffentlichungen nur mit Zustimmung der Verfasser!

Datum: 04.05.2022

Verkehrskonzept Smurfit Kappa Wrexen Paper & Board

In diesem Dokument soll das aktuelle sowie das zukünftige Verkehrskonzept auf dem Betriebsgelände der Smurfit Kappa Wrexen GmbH beschrieben werden.

Es werden die vier Haupt-Verkehrsströme beschrieben:

- 1) Mitarbeiter PKW
- 2) LKW Anlieferung Rohstoffe (Altpapier und Hilfsstoffe)
- 3) LKW Versand Fertigware Papier
- 4) LKW Versand Fertigware Pappe

1. Aktuelles Verkehrskonzept:

Im aktuellen Konzept gibt es zwei Zu-/Ausfahrten zum Betriebsgelände:

- LKW Zufahrt im Osten
- PKW Zu-/Ausfahrt sowie LKW Ausfahrt am Verwaltungsgebäude.

Des Weiteren gibt es noch eine Not-/Feuerwehrezufahrt im Westen des Betriebsgeländes. Da hier keine regelmäßigen Zu- oder Abfahrten erfolgen, wird diese Zufahrt in diesem Konzept nicht weiter betrachtet.

Verkehrsstrom 1 – Mitarbeiter PKW:

Die Zu-/Ausfahrt von Mitarbeitern erfolgt am Verwaltungsgebäude. Aktuell sind 280 Personen beschäftigt davon arbeiten ca. 170 Mitarbeiter innerhalb der Tagschicht (7 und 17 Uhr) und 110 Mitarbeiter im Schichtbetrieb (hauptsächlich 5-Schichtsystem Früh 6-14 Uhr; Spät 14-22 Uhr; Nacht 22-6 Uhr), pro Schicht sind folglich 22 Schicht-Mitarbeiter anwesend.

Daraus resultieren pro Tag maximal 236 Zufahrten und 236 Abfahrten auf die Landstraße (170 Tagschicht + 3x22 Schicht). Hierbei handelt es sich um einen absoluten Maximalwert, nicht berücksichtigt sind bspw.

Fahrgemeinschaften oder Mitarbeiter die mit dem Fahrrad oder dem unmittelbar am Werksgelände verlaufenden ÖPNV zur Arbeit kommen. Aufgrund des Schichtbetriebs verteilen sich diese Zu- und Abfahrten zudem über mehrere Zeiträume.

Das höchste Verkehrsaufkommen erfolgt durch die Personen im Tagschichtbetrieb morgens zwischen 7-8 Uhr und nachmittags zwischen 15-17 Uhr mit maximal 170 Zu- und Abfahrten, allerdings verteilen sich auch diese aufgrund der Gleitarbeitszeit über einen gewissen Zeitraum.

Realistisch betrachtet kommt es zu ca. 200 Zu- und Abfahrten durch PKW pro Tag.

Verkehrsströme 2 + 3 + 4:

Sämtliche LKW fahren aktuell über die Zufahrt Ost in das Werk ein und über die Ausfahrt am Verwaltungsgebäude aus. Eine Auswertung der LKW Fahrten über das gesamte Jahr 2021 hat im Durchschnitt 118 LKW pro Arbeitstag ergeben. Pro LKW ergibt sich eine Zu- und eine Abfahrt.

2. Verkehrskonzept Planung

Durch die geplanten innerbetrieblichen Maßnahmen (Verlegen der Haupteinfahrt, neue Lagerflächen für Rohstoffe sowie deren verkehrliche Erschließung) ergeben sich keinerlei Produktionssteigerungen. Somit sind hiermit auch keine zusätzlichen dauerhaften Verkehrsbelastungen zu erwarten. Die zusätzlichen Lagerflächen müssten lediglich einmalig gefüllt werden.

Im finalen Verkehrskonzept gibt drei Zu-/Ausfahrten zum Betriebsgelände:

- (1) Neue Zu-/Ausfahrt West (mit Linksabbieger)
- (2) Neue PKW Zufahrt Verwaltungsgebäude (nur Einfahrt)
- (3) LKW + PKW Ausfahrt am Verwaltungsgebäude (nur Ausfahrt)

Verkehrsstrom 1 – Mitarbeiter PKW:

Die Zufahrt aller Mitarbeitern sowie Besucher erfolgt über eine reine Zufahrt ca. 60m westlich vom Verwaltungsgebäude (2). Die Besucherparkplätze unmittelbar vor dem Verwaltungsgebäude entfallen. Die

Ausfahrt der Mitarbeiter erfolgt zusammen mit einem Teil der LKW über die reine Ausfahrt im Bereich des Verwaltungsgebäudes (3). Die Anzahl der Mitarbeiter PKW bleibt gegenüber dem heutigen Stand gleich.

Verkehrsströme 2 + 4:

Sämtliche LKW dieser beiden Verkehrsströme (Anlieferung Rohstoffe + Versand Pappe) fahren zukünftig über die neue Zu/Ausfahrt im Westen des Betriebsgeländes (1) ein und über die reine Ausfahrt im Bereich des Verwaltungsgebäudes (3) aus. Die gesamte Anzahl LKW bleibt gegenüber dem heutigen Stand gleich. Von dem oben genannten durchschnittlich 118 LKW pro Tag entfallen auf diese beiden Verkehrsströme durchschnittlich 79.

Verkehrsstrom 3 – Versand Papier:

Sämtliche LKW für den Versand Papier fahren zukünftig über die neue Zu/Ausfahrt im Westen des Betriebsgeländes (1) ein und ebenfalls über diesen Weg wieder aus. Auf diesen Verkehrsstrom entfallen durchschnittlich 39 LKW pro Tag. Pro LKW ergibt sich eine Zu- und eine Abfahrt.

Aus diesem Verkehrsströmen ergeben sich durchschnittliche folgende Verkehrsbewegungen pro Zu/Ausfahrt:

	Zufahrt	Ausfahrt	SUMME
(1) Neue Zu-/Ausfahrt West (mit Linksabbieger)	118 (LKW)	39 (LKW)	157
(2) Neue PKW Zufahrt Verwaltungsgebäude (nur Einfahrt)	200 (PKW)		200
(3) LKW + PKW Ausfahrt am Verwaltungsgebäude (nur Ausfahrt)		200 (PKW) 79 (LKW)	279